

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Deshalb widersprechen wir einer Unterbrechung dieser Sitzung und möchten den Fortgang der Beratungen am heutigen Tag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kerkhoff.

Es liegt ein Antrag der Fraktionen der SPD und der FPD vor, die Sitzung zu unterbrechen. Gemäß § 39 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung kann auf Antrag einer Fraktion die Sitzung mit Mehrheitsbeschluss unterbrochen werden. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wer stimmt für die Sitzungsunterbrechung? – Das sind SPD, FDP und die AfD. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Antrag auf Unterbrechung der Sitzung abgelehnt.**

(Zuruf von Christian Dahm [SPD] – Ralf Witzel [FDP]: Das habe ich seit 20 Jahren noch nie erlebt!)

Ich lasse dann über die Ergänzung der heutigen Tagesordnung abstimmen, zuerst über den Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung zu Punkt 1 um die Vorlage 18/617. Das ist der Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt der Ergänzung der heutigen Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Damit ist der **Tagesordnungspunkt 1 um diese Vorlage 18/617 ergänzt.**

Nun lasse ich abstimmen über den Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung zu Punkt 1 um den Antrag Drucksache 18/2239. Das ist der Antrag von SPD und FDP. Wer stimmt hier zu? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist der **Tagesordnungspunkt 1 um den Antrag Drucksache 18/2239 ergänzt.**

Nun lasse ich über den Antrag auf Ergänzung des Tagesordnungspunkts 1 um den Antrag Drucksache 18/2231 von CDU und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Wer stimmt der entsprechenden Ergänzung der heutigen Tagesordnung zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der **Tagesordnungspunkt 1 um den Antrag Drucksache 18/2231 ergänzt.**

Jetzt muss ich noch hinsichtlich des Antrags Drucksache 18/2231 abstimmen lassen, weil hier ein Widerspruch der Fraktion der FDP bezüglich der Drucksachenfrist vorlag. Wer stimmt dafür, dass der Beratungsgegenstand auf heute festgelegt wird? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt

dagegen? – Das sind SPD, FDP und AfD. Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der **Beratungsgegenstand ausdrücklich auf heute festgelegt.** Es ging darum, dass nach § 72 unserer Geschäftsordnung normalerweise frühestens am zweiten Tag nach Verteilung der Drucksachen mit der Debatte begonnen wird. Damit haben wir es jetzt aber komplett abgestimmt.

Ich rufe auf:

## 1 **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine (NRW-Krisenbewältigungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/1951

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/2123

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2232

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2241

zweite Lesung

In Verbindung mit:

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/1200  
Drucksache 18/1500 – Ergänzung

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/2121

dritte Lesung

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2192

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2193

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2194

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2195

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2196

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2197

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2198

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2199

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2200

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2202

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2203

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2205

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2206

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2207

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2208

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2209

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2210

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2211

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2212

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2213

Änderungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2214

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2215

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2216

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2217

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2233

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2234

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2235

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2236

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/2237

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/2238

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2242

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 – GFG 2023)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/1100  
Drucksache 18/1402 – Ergänzung

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/2124

dritte Lesung

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/1501

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 18/2122

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Einwilligung des Landtags gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2023 in Ausgaben zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und in die Aufnahme von Krediten**

Vorlage 18/617

In Verbindung mit:

**Krise braucht Klarheit: Hilfe für Menschen, Betriebe, soziale Infrastruktur und Kommunen in Nordrhein-Westfalen rechtssicher auf den Weg bringen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/2239

In Verbindung mit:

**Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18b Landeshaushaltsordnung (LHO) in Verbindung mit Artikel 109 Absatz 3 Satz 2, 2. Alternative GG**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2231

Ich weise darauf hin, dass die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart haben, dass während des gesamten Tagesordnungspunkts Zwischenfragen sowie Kurzinterventionen nicht zulässig sind. Dementsprechend verfahren wir.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile für die SPD ihrem Fraktionsvorsitzenden Kutschaty das Wort.

(Beifall von der SPD)

**Thomas Kutschaty**<sup>\*)</sup> (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden das Jahr 2022 in schlechter Erinnerung behalten, und damit meine ich an dieser Stelle ausnahmsweise nicht die chaotischen Haushaltsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen, sondern das, was für viele Diskussionen den Anlass bietet.

In Europa wütet ein Krieg. Russland hat die Ukraine überfallen. Das Putin-Regime begeht jeden Tag erneut Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Bei uns im Land frisst die Inflation Einkommen und Kaufkraft. Die Energiepreise sind so drastisch gestiegen, dass viele Unternehmen und Privathaushalte in existenzielle Notlagen geraten. Gleichzeitig führt der Klimawandel auch bei uns in Mitteleuropa zu bisher ungeahnten Folgen in Form von Dürren und Hitzewellen. Es ist also keine Übertreibung, wenn ich sage: Wir blicken heute dem Ende eines Jahres entgegen, das wir als eines der dunkelsten in der jüngsten Geschichte Europas bezeichnen können.

Und doch: Es gab auch Lichtblicke, kleine Lichtblicke zwar, aber hell genug, um etwas Hoffnung zu geben. Omarabdalaziz hat Abitur gemacht, genauso wie seine Schwestern Malva und Miyan. Alle drei sind Einserabiturienten, die besten ihrer Jahrgänge. Und sie haben noch etwas gemeinsam: Sie sind nicht in Deutschland geboren, sondern in Syrien. Sie sind vor Bomben und Terror zu uns geflohen, gerade einmal sechs Jahre ist das her. Malva und Miyan sind heute in Moers zu Hause, Omarabdalaziz in Gelsenkirchen-Schalke. Als sie hier ankamen, sprachen sie kein Wort Deutsch, jetzt wollen alle drei Medizin studieren. „Medizin ist cool“, haben sie gesagt, „da kann ich anderen Menschen helfen und Leben retten“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was spricht eigentlich dagegen, diesen drei Abiturienten jetzt endlich die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen? Gar nichts spricht dagegen!

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] –  
Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wer auch immer behauptet, die Einbürgerung dieser jungen Menschen nach weniger als sechs Jahren sei eine Entwertung der deutschen Staatsbürgerschaft, kann danach nur noch eines tun: sich in Grund und Boden schämen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von  
der FDP)

Diese jungen Menschen sind ein Gewinn für unser Land. Sie zeigen, was in Nordrhein-Westfalen möglich ist. Sie zeigen, was Deutschland kann, wenn es herausgefordert wird. Sie haben Solidarität erfahren und sind jetzt bereit, Solidarität zu leisten und selbst solidarisch zu sein. Das macht unser Land stark und widerstandsfähig, und Widerstandskraft braucht unser Land jetzt am allermeisten. In Deutschland

wollen Rechtspopulisten die gleiche Tyrannei errichten, wie sie Putin in Russland errichtet hat. Einige planen Staatsstrieche und Bürgerkriege. Andere wollen die Wirtschaftskrise als Sprengsatz gegen die Institutionen unserer Demokratie nutzen.

Den rechten Putschisten wurde das Handwerk gelegt. Das war ein Verdienst unserer Polizei, unserer Sicherheitsbehörden. Ein herzliches Dankeschön an alle Ermittlerinnen und Polizisten, die daran beteiligt waren! Da ist in den letzten Wochen eine großartige Arbeit geleistet worden.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Es ist jetzt Aufgabe von Regierungen und Parlamenten, dafür zu sorgen, dass aus den Folgen von Krieg, von Inflation und Energiekrise keine Krise der Demokratie wird. Was es dazu braucht, liegt auf der Hand: Führungsstärke und Verantwortungsbewusstsein, Aufrichtigkeit und Kompetenz, Sachverstand und Weitsicht. Leider zeichnet gerade nichts davon die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen aus.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Nichts davon können Herr Wüst und sein Kabinett vorweisen. In Berlin hat die Ampel 400 Milliarden Euro gegen die Krise in Stellung gebracht. In Nordrhein-Westfalen haben die Menschen von ihrer Landesregierung nichts zu erwarten. Sie scheitert an den einfachsten Dingen. Diese Regierung versagt seit Monaten bei dem Versuch, ein eigenes Maßnahmenpaket gegen die Krise auf den Weg zu bringen. Sie hat illegal Kredite aufgenommen und ist des Verfassungsbruchs überführt worden. Erst bestreitet sie die Notlage, dann erklärt sie die Notlage, später bestreitet sie die selbst erklärte Notlage, heute soll es jetzt wieder eine neue Notlage geben – und das alles innerhalb von nur vier Wochen. Wer soll da die Übersicht behalten?

(Beifall von der SPD und der FDP)

Diese Regierung beklagt Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe und will damit eine Notlage rechtfertigen. Dann verbucht sie plötzlich über ein Wochenende gefundene Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe. Nachtragshaushalte werden in den Landtag eingebracht und wieder zurückgezogen. Hilfen gegen die Energiekrise werden erst verzögert, dann noch für Dezember versprochen und schließlich wieder auf die lange Bank geschoben. Ich erinnere mich noch gut an die Diskussionen aus der vorletzten Woche darüber, warum hier ein solches Tempo gemacht werden musste. Sie wollten unbedingt noch in 2022 Hilfsmaßnahmen auszahlen.

(Christian Dahm [SPD]: Ja! – Sven Wolf [SPD]: Das muss noch vor Weihnachten ausbezahlt werden!)

Dazu waren Sie bereit, die Verfassung zu brechen. Von wegen, Hilfe noch 2022: Kein einziger Cent

kommt dieses Jahr bei den Menschen und Vereinen in Nordrhein-Westfalen an. Kein einziger Cent, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das macht Vertrauen kaputt, denn nach dem Verfassungsbruch kommt jetzt bei Ihnen der Wortbruch.

(Widerspruch von der CDU)

In dieser Landesregierung und in Ihren Fraktionen herrscht ein einziges Chaos. Sie kriegen es nicht geregelt.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Einen solchen Dilettantismus hat das Land noch nicht erlebt. In der schwersten Krise des Jahrzehnts wird Nordrhein-Westfalen von Amateuren regiert. Was CDU und Grüne uns heute zur Abstimmung vorlegen, ist überhaupt kein Regierungsprogramm gegen die Krise. Es ist ein Programm gegen Ihre eigene Regierungskrise, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ihr Sondervermögen ist nach wie vor nicht verfassungsfest. Es ist schlecht begründet, schlecht gemacht, aber vor allem nicht ausreichend. Es gibt keine Entlastungen für Familien, keine ausreichende Unterstützung für unsere notleidenden Kommunen, keine ausreichende Unterstützung für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Nein, Schwarz-Grün ist keine Koalition für Krisenzeiten. Dazu mangelt es an Weitblick, Verantwortungsbewusstsein und Kompetenz. Schwarz-Grün ist die falsche Koalition für diese Zeit.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Wir haben schon vor Monaten vor den Folgen dieser Energiekrise gewarnt, vor den sozialen, den wirtschaftlichen und auch vor den finanziellen Folgen. Das haben nicht nur wir getan, sondern auch die FDP, die Gewerkschaften, die Unternehmensverbände, die Vereine und die Sozialverbände. Sie alle haben gewarnt. Doch diese Regierung hat alle Warnungen in den Wind geschlagen. Der Ministerpräsident tat das, was er immer tut, wenn es um Verantwortung geht: Er zeigte nach Berlin.

In anderen Ländern wurden zur gleichen Zeit schon längst Hilfspakete auf den Weg gebracht. Es gab Krisengipfel mit Kommunen, Sozialverbänden und Unternehmen, weil man wissen wollte, was gebraucht wird. In Nordrhein-Westfalen war man völlig planlos. Im Haushalt 2023, den Sie in dem Wissen aufgestellt haben, dass wir uns in einer Krise befinden, haben Sie keinen einzigen Cent Vorsorge zur Krisenbewältigung getroffen. CDU und Grüne haben bei der Aufstellung des Haushalts 2023 so getan, als gäbe es keine Energiekrise und keine Inflation. Das ist grob fahrlässig. Das hätten Sie bereits berücksichtigen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Es kam so, wie es kommen musste. CDU und Grüne wurden von der Realität eingeholt. Vier Wochen ist das nun her. Seitdem weiß diese Koalition nicht mehr ein noch aus. Kommunalfinzen geraten außer Kontrolle. Kitas, Vereine, viele Unternehmen und auch Familien sind in großer Not.

Doch die Regierung war auf nichts vorbereitet. Sie hatte kein Konzept, keinen Plan und keine Idee. Das Einzige, was es gab, war der überstürzte Plan, den Coronarettungsschirm mit Krediten aufzufüllen, die anschließend für den Haushalt zweckentfremdet werden sollten – eine Panikreaktion und übrigens grob verfassungswidrig, wie der Landesrechnungshof Ihnen attestiert hat, meine Damen und Herren. Anstatt danach Einsicht zu zeigen, schimpften die Regierungsfractionen nicht nur auf die Opposition – das dürfen Sie gerne machen –, sondern zweifelten auch noch an der Fachkompetenz des Landesrechnungshofes. Wissen Sie, was das ist? Das ist respektlos gegenüber Verfassungsorganen in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Es zeigt sich aber auch, wie hilflos und nervös das Regierungslager war. In einer nächsten Panikreaktion wurde die Notlage erklärt, um ein Sondervermögen zu ermöglichen. Plötzlich wurden wilde Summen in der Öffentlichkeit verbreitet. Erst wollte die Regierung 3,5 Milliarden gegen die Krise einsetzen, dann 5 Milliarden. Wie sich die Summen zusammensetzten, wofür sie das Geld ausgeben wollte, warum plötzlich 1,5 Milliarden Euro mehr, das sagten die Koalitionäre nicht, weil Sie es, glaube ich, selbst nicht wissen. Sie wissen es doch bis heute nicht.

Sie wollen Kreditermächtigungen für 5 Milliarden Euro haben, können heute aber nur für 1,6 Milliarden Euro Projekte nennen. Wozu die übrigen 3,4 Milliarden? Ich kann es Ihnen sagen: Sie wollen sich eine Schatztruhe mit Krediten auffüllen, um Ihren Haushalt zu finanzieren und im Zweifel auch noch Steuerausfälle zu kompensieren. Dafür ist ein Rettungsschirm, dafür sind Rettungsmaßnahmen aber nicht gemacht. Das wäre wieder verfassungswidrig!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie rennen sehenden Auges in die nächste Verfassungswidrigkeit hinein. Das sage ich Ihnen jetzt schon. Aber Wortbruch und Verfassungsbruch wechseln sich in dieser Regierung ja im Wochentakt ab.

Wir werden dafür jedenfalls keine Verantwortung übernehmen. Die Opposition hat einen Verfassungsauftrag. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Regierung an Recht und Gesetz hält. Genau das werden wir tun. Wir werden einen Verfassungsbruch nicht dulden.

Denn auch Ihre 1,6 Milliarden, die Sie heute noch schnell beschließen wollen, sind eine Mogelpackung. IT-Sicherheit von Universitäten oder Millionen für ein

Sirenenförderprogramm werden keine Energierechnungen bezahlen und keinen Job sichern. Anschaffungen für einen Ausweichsitz der Landesregierung und Pick-up-Fahrzeuge gehören, wenn überhaupt, in einen ordentlichen Haushalt, aber nicht in ein Krisenprogramm.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das ist nur der Versuch, Handlungsfähigkeit zu simulieren, wo in Wahrheit nur Hilflosigkeit herrscht. Ohne Beaufsichtigung durch den Landesrechnungshof, ohne die Beaufsichtigung durch die Opposition bringt diese Regierung kein verfassungsfestes Hilfspaket zustande. Was wir hier erleben, ist betreutes Regieren in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das Unvermögen der letzten Wochen hat Gründe. An der Spitze dieser Regierung gibt es keinen Weitblick, kein Verantwortungsbewusstsein, keine Krisenkompetenz. Der Ministerpräsident verhält sich auch in dieser Debatte so, als wäre ihm das alles egal. Seit zehn Minuten, Herr Wüst, sitzen Sie da und tun so, als ob Sie jetzt etwas ganz Wichtiges lesen müssten. Das glaubt Ihnen doch keiner. Lassen Sie mal diese alberne Posse, Herr Ministerpräsident!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und der FDP)

Herr Ministerpräsident, die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte Ihre Finanzpolitik einen „Totalschaden“. Und weiter:

„Wer nach Gründen sucht, warum der Kompetenzverlust der Union historische Dimensionen erreicht: Hier ist einer.“

Ich würde eher sagen: Hier sitzt einer.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ihre Regierung hat in einer bemerkenswerten Debatte vor 13 Tagen hier die Notlage für Nordrhein-Westfalen ausgerufen. Und was taten Sie, Herr Wüst? Sie hielten eine Rede zum Einzelplan 02, Teilbereich „Sport“. Nichts gegen Sportpolitik, aber war das Ihre Antwort? An einem Tag, an dem die Notlage für Nordrhein-Westfalen erklärt wird, scheuen Sie den Gang zum Redepult, halten fünf Minuten lang eine leidenschaftslose Rede zur Sportpolitik, und für alles andere muss Ihr Finanzminister den Kopf hinhalten. Das ist keine Übernahme von Verantwortung, Herr Wüst!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das Einzige, was wir von Ihnen immer und zu jeder Zeit bekommen, sind schöne Bilder, schöne Bilder vom Händeschütteln mit Sportlern und Künstlern, schöne Bilder aus Paris und Brüssel, von Ordensverleihungen oder vom Pflanzen von Bäumen. Führung und Verantwortung gibt es leider nicht. Herr Ministerpräsident, das Wort „Minister“ bedeutet so viel wie

„dienen“. Sie dienen aber nicht, Sie sorgen sich nur um schöne Fotos. Sie wären ein guter Ministerpräsident von Instagram. Genau das sind Sie auch: Sie sind ein Insta-Präsident, aber kein Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das Chaos der letzten Wochen wäre vermeidbar gewesen. Die demokratischen Fraktionen dieses Landtags hätten heute gemeinsam eine verfassungskonforme Erklärung der Notlage verabschieden können, wenn denn ausreichendes Daten- und Zahlenmaterial von der Regierung hätte vorgelegt werden können. Dann wäre auch der Weg für ein gemeinsames Sondervermögen zur Krisenbekämpfung frei gewesen.

Unsere Vorschläge sind seit Monaten bekannt. Wir wollen die Kaufkraft von Familien stärken, indem wir sie von Gebühren und Mobilitätskosten entlasten. Die Finanzen der Kommunen müssen stabilisiert werden. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, örtliche Einrichtungen zu unterstützen, Vereine zu retten, Menschen in Not zu helfen. Selbstverständlich müssen wir auch Unternehmen unterstützen, um Wertschöpfung zu erhalten und die Arbeitsplätze zu sichern. All das hätten wir gemeinsam verabschieden können, und zwar ohne die Verfassung zu brechen. Doch leider gesellte sich zu Ihrem Unvermögen auch noch Arroganz.

Im Übrigen ist das Krisenmanagement dieser Regierung auch auf allen anderen Ebenen mangelhaft. Das gilt zuallererst für die Kommunalfinanzen. Ohne handlungsfähige Städte und Gemeinden gibt es keine Daseinsvorsorge. Ohne zahlungsfähige Kommunen gelingt kein Krisenmanagement. Doch anstatt unsere Städte und Gemeinden mit ausreichend Finanzmitteln auszustatten, zwingt das Land sie in Schattenhaushalte. „Isolierung“ heißt das auf Neudeutsch oder – ein noch schönerer Begriff – „fiktive Vermögen“.

Meine Damen und Herren, fiktive Vermögen sind neue Schulden, für die Zinsen anfallen, die die Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden weiter einschränken. Die sogenannten Altschulden häufen sich mittlerweile auf über 20 Milliarden Euro. Jetzt steigen die Zinsen, die Probleme bei den Kommunen steigen rasant mit. Wie lange will diese Landesregierung noch abwarten, bis sie eine Lösung für das Altschuldenproblem vorlegt? Wie lange eigentlich noch?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es wäre jetzt Ihre Chance gewesen, nachdem Sie im Koalitionsvertrag verabredet haben, in diesem Jahr noch etwas liefern zu wollen, spätestens – das wäre schon eine Überschreitung gewesen; ich hätte es Ihnen durchgehen lassen – mit dem Haushalt 2023

etwas dazu vorzulegen. Nichts ist da drin. Es wird Zeit, dass diese Landesregierung endlich mal Verantwortung übernimmt.

(Beifall von der SPD, Henning Höne [FDP] und Marcel Hafke [FDP])

Angesichts des schlechten Krisenmanagements stellt sich doch auch die Frage: Um was hat sich diese Regierung eigentlich in den letzten Monaten gekümmert, wenn nicht um die Energiekrise? Gab es in den vergangenen Monaten irgendein Projekt, das den selbstgewählten Titel „Zukunftskoalition“ hätte rechtfertigen können?

Mit dem Eintritt der Grünen in die Landesregierung waren große Hoffnungen für die Energiewende verbunden, sie sind es immer noch. Ich habe für die SPD auch immer betont, dass wir die Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Leider hat sich auch an der Energiepolitik unseres Landes bislang nichts verändert, meine Damen und Herren.

Schon nach einem halben Jahr muss man feststellen, dass die Landesregierung ihre Ziele beim Ausbau der Windenergie verfehlen wird. Sie haben 1.000 neue Windkraftanlagen bis zum Ende dieser Legislaturperiode versprochen. Das werden Sie nicht schaffen, jedenfalls nicht, wenn Sie so weitermachen wie bisher.

An guten Absichten mangelt es ja nicht: Wind im Wald, Wind an Autobahnrändern, Wind in Gewerbegebieten, Bürgerenergiefonds – alles richtige Ziele. Nur, Sie haben keinen einzigen Plan auf den Tisch gelegt, wie Sie diese Ziele angehen und umsetzen wollen, meine Damen und Herren. Daran hapert's im Augenblick.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Florian Braun [CDU])

Das sage übrigens nicht nur ich, das sagt die gesamte Windenergiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Im November fanden zum ersten Mal seit der Pandemie wieder Windenergietage in Nordrhein-Westfalen in Bad Driburg statt. Das ist das Branchen- und Technologieevent zur Energiewende in Nordrhein-Westfalen. Ich war da. Wissen Sie, wer nicht da war? Die grüne Ministerin für Wirtschaft und Energie. Frau Neubaur hat es vorgezogen, die Messe für Medizintechnik in Düsseldorf an diesem Tag zu besuchen. Bei aller Wertschätzung für die Medizintechnik: Das sind doch bemerkenswerte Prioritäten für eine grüne Energieministerin. Aber es sind die falschen Prioritäten.

(Beifall von der SPD)

Man sollte eigentlich meinen, die Windenergiebranche sei so etwas wie die Heimatbasis einer grünen Ministerin – doch weit gefehlt! Die Branche ist

unzufrieden mit Ihnen, sehr unzufrieden sogar, weil es mit der Energiewende in Nordrhein-Westfalen nicht vorangeht. Das ist auch der Grund, warum Sie, Frau Neubaur, erst gar nicht dahin gefahren sind. Sie hatten Angst und Sorge, dort nichts verkünden zu können, und den Unmut der Branche wollten Sie sich nicht geben.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Es wird langsam lächerlich! – Zurufe von der CDU)

– Ja, Sie lästern. Wissen Sie, was da passiert ist? Frau Neubaur hat eine Abteilungsleiterin aus dem Ministerium auf die Konferenz geschickt. Diese Abteilungsleiterin – das habe ich noch nie erlebt auf Veranstaltungen – ist ausgebuht worden. Eine Abteilungsleiterin für Windenergiepolitik aus einem grünen Ministerium wird ausgebuht, und die Ministerin geht woandershin und stellt sich nicht dieser Basis. Das ist Kneifen, das ist Feigheit, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Ihr größtes Problem ist Ihr Koalitionspartner. Die CDU versucht doch, die Windkraft ihrem politischen Kalender unterzuordnen. In diesem politischen Kalender finden sich im Jahr 2025 Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Deshalb sollen nach ihrer Vorstellung am besten Planungsprozesse so lange verzögert werden, dass das im Wahljahr 2025 nicht für Konflikte vor Ort sorgt.

(Zurufe von der CDU)

Das ist der Grund für den untauglichen Zeitplan der Koalition. Die CDU fesselt die Grünen, und die merken es nicht mal.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

In die Energiepolitik kam erst Bewegung, als die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der 1.000-m-Abstandsregelung für Windräder in den Landtag einbrachte,

(Zurufe von der CDU: Oho!)

übrigens eine Forderung, die die Grünen mal zur Bedingung für den Eintritt überhaupt in eine Koalition gemacht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Oh ja!)

Nun plötzlich kam es in Koalitionskreisen wieder zu hektischem Treiben. Das kennen wir aus haushaltspolitischen Situationen. Frau Neubaur ließ über die Presse verbreiten, es werde jetzt ganz schnell einen Erlass ihres Ministeriums geben, der die 1.000-m-Regel zumindest beim Repowering abschaffen werde. Das war allerdings ein durch Unkenntnis belasteter Schnellschuss, denn per Erlass geht das gar nicht. Dazu braucht man ein Gesetz.

Und tatsächlich, auf den letzten Drücker präsentiert die Koalition ein Gesetz zum Repowering, die Frak-

tionen wohlgermerkt, nicht die Ministerin. Denn Zeit für eine Ressortabstimmung, für einen Kabinettsbeschluss gab es gar nicht mehr. Das musste jetzt hektisch durch die Fraktionen gemacht werden. Es ist wie es ist: Ohne den Gesetzentwurf der SPD gäbe es die Abschaffung der 1.000-m-Regelung beim Repowering immer noch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wie sich die Zeiten doch ändern! Die alte Kohlepartei SPD macht den Grünen Beine, wenn es um die Energiewende geht. Wer hätte das gedacht?

(Beifall und Lachen von der SPD – Zurufe von CDU und Grünen)

Ja, das hat auch Gründe. Die alte Kohlepartei ist jetzt die neue Energiepartei.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Wir wollen nicht nur Windkraft, weil sie das Klima schützt –

(Zuruf von Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE])

das ist nicht alles –, wir wollen Windkraft, weil sie Arbeit schafft, weil sie Wertschöpfung bedeutet und weil sie für gute Einkommen sorgt. Wir wollen die Windkraft, weil neue Energie die Zukunft unserer Industrie sichert. Es geht um viel mehr als nur um Klimaschutz. Es geht um Wirtschaft, um Industrie.

Dazu braucht Nordrhein-Westfalen eine Industriepolitik, die ihren Namen verdient. Eine solche Industriepolitik gibt es aber nicht; in Ihrem Haushalt sehe ich dazu auch keine Ansätze. Die Transformation kommt nicht voran. Im Gegenteil, seit dem Regierungswechsel hat es sogar Rückschritte gegeben. Frau Neubaur redet immer gerne über ökologische Transformation, aber wenn es darauf ankommt, dann bremsen Sie das aus.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Am meisten gebremst habt ihr!)

Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Südwestfalen, unsere Industrieregion Nummer eins im Übrigen, braucht dringend eine Wasserstoffinfrastruktur. Doch die Landesregierung stoppt die Förderung des Projekts HydroNet, ein zentrales Projekt für den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Südwestfalen und im Sauerland. Das ist eine Entscheidung gegen Zukunftsinvestitionen. Das ist eine Entscheidung gegen Arbeitsplätze. Das ist eine Entscheidung gegen Klimaschutz.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Und es ist auch eine Entscheidung gegen den ländlichen Raum, der übrigens gar nicht mehr so ländlich ist. Das ist der Raum, wo die Hidden Champions

unseres Mittelstandes zu Hause sind. Eine moderne Industrie ...

(Zurufe von der CDU)

– Sie erstaunt das ganz offensichtlich. Fahren Sie mal hin und schauen sich das an! Dann werden Sie schon mitkriegen, was da los ist.

(Beifall von der SPD)

Aber wahrscheinlich trauen Sie sich auch da schon wieder nicht hin, weil Sie die Unternehmen gerade im Stich lassen, weil Sie nichts tun für die erneuerbaren Energien und für die Unternehmen in dieser Region.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Von wegen, die Union ist eine Partei für den ländlichen Raum: Nichts machen Sie. Sie vernachlässigen den ländlichen Raum, wo Sie nur können.

(Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Und für die Industriepolitik gilt das Gleiche. Sie sehen einfach zu, wie der Stahlhersteller HKM in die Pleite rutscht. Diese Haltung ist eine marktliberale Position aus den 90ern des letzten Jahrhunderts. Der gesamte Stahlstandort Nordrhein-Westfalen ist in Gefahr. 45.000 Arbeitsplätze in dieser Region hängen daran.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Aber Sie unternehmen nichts, es gibt nur schöne Worte, dass Sie Transformation machen wollen. Passen Sie auf, dass wir überhaupt noch Industrie haben, die Sie transformieren können. Jetzt geht es doch darum, konkret zu helfen!

(Beifall von der SPD, Marcel Hafke [FDP] und Henning Höne [FDP] – Sarah Philipp [SPD]: Richtig!)

Nein, liebe Regierung, Sprechblasen sind keine Industriepolitik. Bisher haben Sie nichts vorzuweisen.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Dann sagen Sie doch mal!)

In den letzten Monaten gab es mehr Rückschritt als Fortschritt. Nordrhein-Westfalen braucht Investitionen in die drei großen Is: Industrie, Innovation und Infrastruktur. Es geht um schnelles Internet und 5G. Es geht um erneuerbare Energien. Es geht um Wasserstofftechnologien. Besonders der ländliche Raum braucht eine Investitionsoffensive, er erhält sie aber nicht. Sie begehen hier einen strategischen Fehler.

(Beifall von der SPD)

Wir leben im Augenblick in einer Zeit nicht gekannter Unsicherheit. Deswegen ist es unsere politische Aufgabe, so viel soziale Sicherheit zu organisieren wie irgend möglich. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen, es geht um den Erhalt von Kaufkraft, und

zuerst geht es um den Erhalt jener Sicherheit, die nur eine Wohnung bieten kann.

Umso wichtiger wäre eine Landesregierung, die mit eigenen Initiativen für bezahlbares Wohnen sorgt: durch eigene Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau, durch besseren Mieterschutz und bessere Regelungen gegen Mieterhöhungen und nicht zuletzt durch eine am Allgemeinwohl orientierte Bodenpolitik, die Spekulationen unterbindet. Doch nichts dergleichen passiert in Nordrhein-Westfalen. Die schwarz-grüne Koalition hat sich dazu entschieden, die gescheiterte Wohnungsbaupolitik fortzusetzen.

In Nordrhein-Westfalen leben über 10 Millionen Menschen zur Miete. Frau Scharrenbach hat deren Schutzrechte geschliffen, wo sie nur konnte. Die Mieten sind so stark gestiegen wie seit Jahrzehnten nicht. Gute und bezahlbare Neubauwohnungen für Menschen und Familien mit Normaleinkommen gibt es faktisch nicht mehr. Das ist die Bilanz von Frau Scharrenbach. Der öffentliche Wohnungsbau liegt am Boden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber in Ihrem Haushalt findet sich keine Initiative, kein Plan, keine Idee dazu, was man dagegen tun könnte und was man besser machen wird. Sie werden den Mieterschutz nicht verbessern. Sie werden den öffentlichen Wohnungsbau nicht befeuern, und erst recht werden Sie Bodenspekulationen nicht unterbinden.

Die Straßenausbaubeiträge schaffen Sie übrigens auch nicht ab. Das hatten Sie versprochen, Sie haben es aber nicht getan. Die Bescheide, die in diesen Tagen verschickt werden, treffen die Eigentümer in Herz und Magen. Sie bringen sie in finanzielle Not. Doch Hilfe kann auch in diesem Bereich von der Landesregierung niemand erwarten. Sie haben vor der Wahl falsche Versprechungen gemacht. Das ist Wahlbetrug, den ich Ihnen hier attestiere.

(Beifall von der SPD)

Diese Landesregierung hat den Kampf um bezahlbares Wohnen aufgegeben. Die einzigen Verbesserungen, die aktuell kommen, stammen vom Bund. Es gibt die erste große Wohngeldreform seit 1957. In Nordrhein-Westfalen werden davon Hunderttausende Menschen profitieren.

(Zuruf von Thomas Schnelle [CDU])

Die Einführung des neuen Wohngeldes ist allerdings kompliziert. Sie kostet Zeit; das räume ich ein. Anstatt aber die Kommunen dabei zu unterstützen, steht Ministerin Scharrenbach nur am Seitenrand und schimpft über den Bund. Frau Ministerin Scharrenbach, wenn Sie sich mal in die andere Richtung drehen würden, könnten Sie mir zuhören,

(Beifall von der SPD)

wenn ich Ihnen sage ...

(Alexander Vogt [SPD]: Hat sie gar nicht gehört!)

– Sie redet immer noch weiter.

Frau Scharrenbach, wie alt sind Sie eigentlich? 13? Was soll das denn jetzt sein?

(Beifall und Heiterkeit von der SPD – Energi-scher Widerspruch von der CDU – Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Jetzt reicht's! Unverschämt! – Zuruf: Das ist eine Frechheit! – Raphael Tigges [CDU]: Peinlich! – Dr. Günther Bergmann [CDU]: Unverschämt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Frau Ministerin, Ihre zur Schau gestellte Ignoranz, aber auch Ihre zur Schau gestellte Schadenfreude über die Umsetzung des neuen Wohngeldes sowie Ihr demonstratives Desinteresse an den Nöten von Mieterinnen und Mietern zeigen einmal mehr, in welch schlechten Händen die Wohnungsbaupolitik hier in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Eiskalt ist sie!)

Das gilt leider auch für die Bildungspolitik. Die Lage in unseren Kitas und Schulen ist ernst; so ernst war sie noch nie. Nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung fehlen in Nordrhein-Westfalen 100.000 Kita-Plätze und 25.000 Erzieherinnen und Erzieher. Keine Expertin und kein Experte hält das Kinderbildungsgesetz noch für zeitgemäß. Unsere Kitas sind strukturell unterfinanziert. Das gesamte Bildungssystem ist unterfinanziert.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Kein Bundesland gibt pro Schülerin und Schüler so wenig Geld aus wie Nordrhein-Westfalen. Es fehlen 8.000 Lehrerinnen und Lehrer. Der Unterrichtsausfall war nie größer als jetzt. Fast 20 % unserer Schülerinnen und Schüler können am Ende der Grundschule nicht richtig lesen und schreiben. An Mathematik scheitern sogar fast 30 %. So ist die Lage in unserem Bildungssystem.

Wie reagiert die schwarz-grüne Koalition darauf? Die Koalitionsfraktionen loben sich dafür, 76 Millionen Euro zusätzlich für Kinder, Bildung und Sport in den Haushalt 2023 eingestellt zu haben. Meine Damen und Herren, das sind gerade einmal 0,07 % des Landeshaushaltes. Die Hütte brennt, und Sie kommen nur mit einem Eimer Wasser, um zu löschen. Das ist zu wenig, um diesen Mangel zu beseitigen.

(Beifall von der SPD, Marcel Hafke [FDP] und Henning Höne [FDP])

Auch das jüngste Programm gegen den Lehrkräftemangel wird den Unterrichtsausfall nicht stoppen. Jede Expertin wird Ihnen das bestätigen. Ich weiß, Sie wollen das nicht hören, aber Nordrhein-West-

falen erleidet gerade eine Bildungskatastrophe. Das nicht wahrhaben zu wollen, ist auch eine Form von Realitätsverlust.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Dieser Realitätsverlust kommt uns übrigens teuer zu stehen. Es geht um die Kinder. Es geht um die Würde der Kinder, um einen guten Kita-Platz und eine gute Schule.

Es hängt aber viel mehr davon ab als nur das Schicksal eines einzelnen Kindes. Davon hängt die gesamte Wirtschaftskraft unseres Landes ab. Wir reden doch immer über den Fachkräftemangel. Wo, wenn nicht in den Schulen, entstehen die neuen Fachkräfte von morgen?

Wir dürfen nicht länger Schlusslicht in der Bildungspolitik sein. Wir müssen auch bei den Bildungsausgaben auf Platz 1 kommen. Aber Sie tun nichts, um diesen großen Wurf zu machen. Das ist keine vernünftige Schulpolitik. Sie versündigen sich an der Zukunft der Kinder in unserem Land.

(Beifall von der SPD)

Das zeigt das Grundproblem dieser Regierung. Ziele, für die man Konflikte durchstehen müsste, werden erst gar nicht angegangen. Was keine schönen Fotos produziert, hat keine Priorität. Deshalb ist das Krisenmanagement des Ministerpräsidenten so chaotisch. Deswegen ist die Finanzpolitik so verfassungswidrig. Deswegen ist die Energie- und Industriepolitik seiner Regierung so erfolglos.

Nordrhein-Westfalen verdient mehr Kompetenz, mehr Weitsicht, mehr Verlässlichkeit. Vor allem verdient Nordrhein-Westfalen mehr Mut. Denn die Zukunft gehört nicht den Verzagten, nicht den Ängstlichen und schon gar nicht den Angstmachern. Die Zukunft gehört den Mutigen, aber nicht dieser Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die Fraktion der CDU spricht der Vorsitzende Schick.

**Thorsten Schick<sup>1)</sup>** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsrede ist nicht irgendeine Rede. Es geht um die Frage, welchen Blick man auf das Land für das kommende Jahr hat.

(Christian Dahm [SPD]: Stimmt!)

Herr Kutschaty, Ihr Blick scheint weniger auf das Land,

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

sondern offenbar nur auf den Ministerpräsidenten und die Landesregierung

(Zurufe von der SPD)

und auf das, was man an ihr kritisieren kann, gerichtet zu sein.

(Nadja Lüders [SPD]: Wer legt denn den Haushalt vor? – Christian Dahm [SPD]: Falscher Textbaustein, Herr Kollege!)

Ja, Sie sind Oppositionsführer. Kritik an der Landesregierung gehört zur Jobbeschreibung. Das ist auch völlig in Ordnung.

(Zuruf von der SPD: Danke!)

Demokratie lebt vom Wettbewerb zwischen Opposition und Regierung, aber auch die Opposition hat Verantwortung für die Menschen. Es gehört auch zu Ihrer Verantwortung als Oppositionsführer, dass das Land und die Menschen gut durch diese Zeit kommen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Um es konkret zu machen: Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten als stellvertretender Bundesvorsitzender Ihrer Partei dazu beigetragen,

(Zuruf von der SPD: In Berlin!)

dass der Bund schneller Klarheit schafft. Das hätte hier im Haushaltsverfahren geholfen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Lachen von der SPD und Henning Höne [FDP] – Zurufe von der SPD)

Dass es länger gedauert hat: geschenkt.

(Zuruf von Volkan Baran [SPD])

Jetzt, da endlich klar ist, wo das Land ergänzen muss,

(Nadja Lüders [SPD]: Schaffen Sie es doch einfach ab!)

jetzt, da das Land gefordert ist, Lücken des Bundes zu schließen,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

jetzt, wenn es darum geht, den Menschen zu helfen, diese Krisenhilfe abzulehnen und gegen sie zu stimmen, hinterlässt bei mir den Eindruck, dass es Ihnen trotz aller Beteuerungen nicht um Hilfe geht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es geht Ihnen nicht um die Menschen, nicht darum, dass wir die Leute gut durch den Winter kriegen,

(Nadja Lüders [SPD]: Welchen Winter denn genau? – Henning Höne [FDP]: Es gab ja auch gar keinen Anlass zu Kritik!)

sondern einzig darum, Kritik an dieser Landesregierung zu üben und parteipolitische Geländegewinne zu erzielen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir können es auch konkret machen.

Sie haben die Situation der Kommunen angesprochen, verschweigen aber den Kommunalgipfel der Landesregierung, über den 1 Milliarde Euro für die Kommunen mobilisiert worden ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Bundesmittel! – Zuruf von Justus Moor [SPD])

Warum sagen Sie dafür nicht Dankeschön in Richtung dieser Landesregierung?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie widmen sich in langen Ausführungen den erneuerbaren Energien, verschweigen aber das große Windpaket,

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

das CDU und Grüne am heutigen Tag einbringen und

(Lachen von der SPD – Nadja Lüders [SPD]: Heiße Luft!)

das ein großer Wurf für den Ausbau der erneuerbaren Energien in diesem Land ist. Solche Initiativen hat es in der Vergangenheit nicht gegeben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen weitere Beispiele nicht ersparen.

(Nadja Lüders [SPD]: Viel Flaute!)

Wochenlang fordern Sie das Ausrufen der Notlage. Als dann die rechtlichen Rahmenbedingungen genau dafür vorliegen, stimmen Sie auf einmal dagegen. Jetzt fordern Sie sogar, die Feststellung der Notlage zurückzunehmen.

(Nadja Lüders [SPD]: Hä?)

Noch offensichtlicher wird es an folgendem Beispiel: Gestern forderten Sie, die Steuermehreinnahmen dieses Jahres für Hilfen zu nutzen,

(Nadja Lüders [SPD]: Reden Sie jetzt mit sich selbst, oder was?)

obwohl Sie wissen, dass der Landesrechnungshof genau das bereits als verfassungswidrig gebrandmarkt hat. Er hat uns allen ins Stammbuch geschrieben,

(Henning Höne [FDP]: Uns allen? Ihnen! – Zurufe von der SPD: Ihnen!)

dass Mehreinnahmen zwingend zur Tilgung zu nutzen sind.

Man stelle sich einmal vor, die Landesregierung hätte versucht, eine Ausnahme davon zu begründen. Herr Kutschaty, dann wäre doch Ihr empörter Aufschrei gekommen.

Das ist es, was ich meine. Es geht Ihnen nicht um Hilfe, sondern um Angriff, und die Menschen in diesem Land merken das.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

So weit der Rückblick. Gute Politik muss aber nach vorne schauen,

(Sarah Philipp [SPD]: Mal schauen, wie lange das bei euch hält heute!)

sie muss Menschen eine Perspektive geben. Wir, CDU und Grüne, blicken daher immer nach vorne.

Dazu passend beschließen wir heute den Haushalt für das Jahr 2023.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Dieser gestaltet Zukunft. Das ist umso wichtiger, weil wir in schwierigen Zeiten leben. CDU und Grüne – das ist die Botschaft – lassen die Menschen in schwierigen Zeiten nicht alleine. Darauf können sie sich verlassen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir schaffen Rechtssicherheit in einer Lage, die sich permanent wandelt.

Erst am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag die Preisbremsen für Gas, Wärme und Strom beschlossen. Erst am Freitag ist dieses Paket durch den Bundesrat gegangen.

(Zuruf von der AfD)

Gefühlt sind diese Pakete schon lange durch, aber das ist nicht der Fall.

Fakt ist, dass wir nicht auf lange Zeit planen können. Daher muss die Zukunftscoalition auf Sicht fahren. Wenn auf der Strecke Hindernisse auftreten, müssen diese umfahren werden. Wenn sich die Lage ändert, müssen Entscheidungen angepasst werden. Das haben wir getan.

(Lachen von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wenn man Rechtssicherheit schaffen will, ist dies ein notwendiger Vorgang.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich verstehe – das gestehe ich allen zu –, dass das gesamte Haushaltsverfahren eine Herausforderung für uns alle ist – für die Landesregierung, aber natürlich auch für uns Fraktionen hier im Landtag. Allerdings kann niemand bestreiten, dass wir in besonderen Zeiten leben.

Wir kämpfen in der Politik auf allen Ebenen mit Krisen.

Der Klimawandel: Ich erinnere an die Starkregenkatastrophe im Sommer 2021, die allein in Nordrhein-Westfalen 49 Todesopfer gefordert hat.

Die Coronapandemie ist noch nicht vorbei mit ihren Folgen für Kinder und Familien, das Gesundheitssystem bis hin zu kommunalen Finanzen.

Wir müssen Reichsbürger, Antisemitismus und Hate Speech erleben.

Da ist der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine mit seinen Folgen wie Inflation, Energiekrise und Flüchtlingsbewegung.

Folgendes hat mich besonders bewegt: Während wir hier am vierten Advent im Warmen zusammensitzen, hat Putin erneut Kiew bombardieren lassen. Seine Bomben, Raketen und Panzer töten jeden Tag Menschen – Soldatinnen und Soldaten, die ihr Land befreien wollen, genauso wie unschuldige Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder.

Seine Waffen zerstören die Infrastruktur der Ukraine. Putin will den Menschen systematisch die Lebensgrundlage nehmen. Der Diktator im Kreml will die freie und unabhängige Ukraine von der Landkarte tilgen. Er will, dass Menschen frieren.

Putin will, dass Menschen Richtung Westen fliehen, weil er Flüchtlinge als Druckmittel gegen Europa nutzen will. Putin war noch nie ein lupenreiner Demokrat. Der russische Machthaber ist ein Kriegsverbrecher – in Syrien genauso wie in der Ukraine.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Henning Höne [FDP])

Sein Angriffskrieg hat Folgen für Nordrhein-Westfalen, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Wer vor Putins Krieg und vor seinen Bomben flieht, dem müssen wir und werden wir helfen. Das ist unsere humanitäre Verantwortung.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich bin stolz darauf, dass dies bei den demokratischen Fraktionen hier im Landtag genauso Konsens ist wie bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die anständige Versorgung der Flüchtlinge ist am Ende des Tages aber auch eine Frage des Geldes. Seit Beginn des Krieges hat allein Nordrhein-Westfalen fast 200.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Das sind fast so viele Menschen, wie etwa Hagen oder Oberhausen Einwohner hat. Die Zahl der Flüchtlinge hat damit längst die Dimension der Jahre 2015 und 2016 erreicht. Alle, die bereits zu diesem Zeitpunkt politisch aktiv waren, wissen um die Herausforderungen.

Alle, die heute Verantwortung tragen, bekommen von der kommunalen Familie doch die gleichen Rückmeldungen wie ich. Wir müssen uns auf weitere Flüchtlinge einstellen. Die Unterbringung ist nicht die einzige Herausforderung, weil es vor allem Familien sind, die bei uns Schutz und Hilfe suchen. Selbstverständlich müssen die Kinder in der Kita betreut und in der Schule unterrichtet werden.

Dafür müssen wir Vorsorge treffen. Wir müssen jetzt die Voraussetzung schaffen, damit wir im kommenden Jahr auf jede neue Lage reagieren können.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe mich erst gestern mit den Präsidenten aller drei kommunalen Spitzenverbände – Landrat Thomas Hendele, Oberbürgermeister Thomas Kufen und Bürgermeister Eckhard Ruthemeyer – getroffen. Wir waren uns einig, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung und -integration weiter von Bund und Land nachhaltig finanziert werden muss. Wir waren uns aber auch einig, dass aktuell niemand vorhersehen kann, welche Belastungen noch auf uns zukommen werden.

Bislang haben die Kommunen das sehr gut hinbekommen. Dafür danke ich ihnen im Namen der CDU-Landtagsfraktion, aber sicherlich auch im Namen aller demokratischen Fraktionen hier im Landtag sehr herzlich.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Anders als in den vergangenen Jahren wird der Zuzug von Flüchtlingen in diesem Winter leider nicht nachlassen – nicht, solange der Krieg in der Ukraine andauert; nicht, solange Putin gezielt Kraftwerke, Strom- und Heizungsnetze angreifen lässt; nicht, solange Flucht die einzige Chance ist, das eigene Leben und das Leben der Familie zu schützen.

Das Ergebnis wird eine neue Fluchtbewegung in Gebiete sein, in denen Menschen den harten Winter überstehen können. Dazu zählt Deutschland; dazu zählt Nordrhein-Westfalen. Dabei zähle ich auf die Solidarität in unserem Land; denn Nordrhein-Westfalen muss ein sicherer Ort für Flüchtlinge aus der Ukraine bleiben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir müssen uns aber ehrlich machen. Damit werden die Belastungen für den Landeshaushalt steigen, und zwar in einer Größenordnung, die die bisherigen Prognosen übertreffen wird.

Als Folge des Krieges sind die Energiepreise dramatisch angestiegen: Strom um 28 %, Diesel um 55 % im Vergleich zum Jahr 2019; der Preis für Heizöl hat sich um 100 % erhöht, und auch der Preis für Erdgas hat sich verdoppelt.

Ich habe – wie wahrscheinlich auch viele von Ihnen – in diesen Tagen Post von meinem Energieversorger bekommen. Er hat den Preis pro Kilowattstunde fast verdoppelt. Ich kann dies genau wie Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verkraften. Das können aber diejenigen nicht verkraften, die schon vor dem Krieg kaum etwas auf die hohe Kante legen konnten. Daher ist es richtig, dass das Land aus dem Sondervermögen 270 Millionen Euro für Tafeln, Wohnungsloseneinrichtungen und die Schuldnerberatung vorsieht.

Es gibt einen dramatischen Hilferuf der Tafeln in Nordrhein-Westfalen, die die steigenden Preise für Nahrungsmittel und Energie zum Betrieb der Kühllager selbst kaum stemmen können. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich die Sprecherin der Tafeln in Nordrhein-Westfalen, Petra Jung:

Vor Beginn des Ukrainekrieges hatten wir 350.000 Kundinnen und Kunden. Nun sind es über eine halbe Millionen. Wir haben eine irre anwachsende Zahl an Kunden.

Ich habe vor zwei Wochen eine bedrückende Reportage im WDR gehört. Dort kam eine junge Mutter zu Wort. Sie schämt sich, das Angebot der Tafeln in Anspruch nehmen zu müssen. Der Weg dorthin ist für sie ein Spießrutenlauf, und sie hat permanent Angst davor, erkannt zu werden.

Sie kennen sicherlich die Aktion „Weihnachtswunschbaum“, die es in ganz vielen Städten in Nordrhein-Westfalen gibt. Morgen werde ich, wie vielleicht auch weitere Kollegen aus diesem Parlament, Geschenke an Kinder aus armen Familien verteilen.

Wir beschweren uns wahrscheinlich in der Vorweihnachtszeit, wenn im Kaufhaus die Schlange an den Kassen zu lang ist oder der Paketbote nicht klingelt. Es gibt aber genügend Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen, die sich für ihre Kinder keine Weihnachtsgeschenke leisten können. Sie wären froh, einmal in der Schlange stehen zu können. Genau für diese Kinder wird die Landesregierung, ebenfalls aus dem Sondervermögen, ein kostenloses Frühstück bezahlen. Ich denke, das ist ein gutes Signal, das mit diesem Sondervermögen verbunden ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das Geld wird knapp für viele Familien, die nun wegen des Krieges und der Inflation deutlich mehr Geld für die Dinge des alltäglichen Lebens aufwenden müssen. Die Energiekosten sind das eine. Das andere sind die Lebensmittelpreise. Kostete der Wocheneinkauf bei einem Discounter früher 60 Euro, sind es jetzt schnell 100 Euro.

Daher ist es richtig, dass der Bund ein Entlastungspaket für die Menschen geschnürt hat. Es gab einiges zu kritisieren und nachzubessern. Darüber haben wir an dieser Stelle bereits diskutiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass es die Ministerpräsidenten

Hendrik Wüst und Stephan Weil waren, die es geschafft haben, die Forderungen der Länder parteiübergreifend zu einen und einzubringen.

Wir waren uns auch einig, dass der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen unmittelbar von diesen Entlastungen des Bundes hart betroffen ist. Die Beteiligung am Entlastungspaket des Bundes kostet uns in Nordrhein-Westfalen jährlich 4 Milliarden Euro. Das entspricht den Gesamtausgaben des Landes pro Jahr beispielsweise für den Einzelplan von Verkehrs- und Umweltminister Oliver Krischer. Es entspricht den Gesamtausgaben, die wir in Nordrhein-Westfalen für die Polizei pro Jahr haben. So viel nur einmal als Einordnung, was diese Summe bedeutet.

Sie sehen: 4 Milliarden Euro hat man als Minister der Finanzen nicht mal eben über. Man muss außerdem wissen: Rund 90 % des Haushaltes sind gebunden – vor allem durch Personal, Zuweisungen an die Kommunen und andere rechtliche Notwendigkeiten.

Diese Landesregierung hat aber von Anfang an gesagt, dass sie dort ergänzen wird, wo der Bund nicht oder nicht ausreichend unterstützt. Jetzt, wo die Hilfen des Bundes endlich konkreter sind, sehen wir auch die Bedarfe in Nordrhein-Westfalen. Es ist vollkommen richtig, bei diesen Hilfen Schwerpunkte zu setzen. Ich nenne einige Beispiele.

Damit Sporthallen weiter offen bleiben, gibt es über 55 Millionen Euro. Als Vorsitzender eines Stadtsportverbandes weiß ich genau, wie wichtig diese Unterstützung vor Ort ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Gerade Kinder und Jugendliche haben doch in der Coronazeit auf so viel verzichten müssen. Nach zwei Coronawintern soll nicht noch ein dritter mieser Winter hinzukommen, in dem nicht einmal mehr in der Sporthalle Handball oder Volleyball gespielt oder geturnt werden kann, weil sie geschlossen werden muss.

Es gibt über 60 Millionen Euro, damit Kitas warm bleiben.

Damit sich Studierende weiterhin das Mittagessen in der Mensa leisten können, gibt es vom Land 20 Millionen Euro.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Jugendbildungsstätten bekommen über 6 Millionen Euro, damit sie in der kalten Jahreszeit geöffnet bleiben können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir denken aber auch an diejenigen, die mit kleineren Summen Großes erreichen können. Weil durch die Krise mehr Tiere ausgesetzt oder abgegeben werden, unterstützen wir zum Beispiel Tierheime mit 1,5 Millionen Euro.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie sehen: Die Zukunftskoalition aus CDU und Grünen hält dieses Land zusammen.

Damit diese Hilfen bei den Menschen ankommen, braucht es Rechtssicherheit. Das ist die Maxime unseres Handelns. Dafür haben wir die Hinweise unter anderem des Landesrechnungshofs beachtet, geprüft und umgesetzt. Das ist ein normaler Vorgang.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Menschen jetzt und in der Krise zu helfen, ist das einzige Ziel unseres Verfahrens. Ja, von außen betrachtet sieht das nicht immer aus wie aus einem Guss. Die Wahrheit ist auch: Ich selbst hätte es mir anders gewünscht. Ja, mit dem Wissen von heute – sprich: den Informationen von heute – hätten wir das eine oder andere auch anders gemacht. Aber die Lage ist dynamisch. Politik muss auf diese reagieren – manchmal, wie heute, auch tagesaktuell.

Wir können heute nicht überblicken, wie sich das Jahr 2023 entwickeln wird. Die Kosten für die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge sind nicht kalkulierbar. Wir wissen nur, dass sie steigen werden.

Die Energiepreise werden den energieintensiven Unternehmen erhebliche Mehrkosten bescheren. Das trifft Nordrhein-Westfalen als energieintensives Land mit einer starken Chemie- und Stahlindustrie in besonderem Maße. Eine Rezession ist nicht unwahrscheinlich.

Daher ist die Politik gut beraten, jetzt Vorsorge zu treffen, damit wir 2023 schnell und passgenau helfen können. Daher brauchen wir das Sondervermögen für das Jahr 2023. Die zusätzlichen Einnahmen in diesem Jahr müssen wir in die Schuldentilgung stecken. Es nicht zu tun – ich sage es noch einmal –, wäre Verfassungsbruch. Mit dem Sondervermögen 2023 können wir hingegen Rechtssicherheit, Flexibilität und Schnelligkeit für das kommende Jahr herstellen, das – mit Blick auf den Kalender – bereits in ein paar Tagen beginnt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen das Sondervermögen nicht für uns. Wir brauchen das Sondervermögen für das Land und für die Menschen, damit wir für das, was kommt, bestmöglich gerüstet sind. Kluge Autofahrer ziehen Winterreifen auch nicht erst dann auf, wenn die Straßen vereist sind.

Aber zur Wahrheit gehört auch: Kein Finanzminister, gleich welcher Partei, musste bisher einen Haushalt in so vielen Krisen auflegen, wie das im Augenblick der Fall ist – in Zeiten einer anhaltenden globalen Pandemie; in Zeiten, in denen Europa wieder in

Kriegsgefahr ist und in denen in Europa Krieg geführt wird.

Marcus Optendrenk hat genau dies getan und einen Haushalt in allerschwierigsten Zeiten aufgestellt. Deshalb gilt es jetzt, nach vorne zu schauen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Selbstverständlich kann man sich als Opposition jetzt hinstellen und sagen, man habe dies vor Monaten alles schon gewusst.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ja, es gab tatsächlich Anzeichen. Aber vermuten ist nicht das Gleiche wie wissen. Es sitzt sich hier im Plenum etwas anders, wenn man weiß, dass man zu Hause die Kerze ausgepustet hat, und es nicht nur vermutet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, worum geht es in der Politik? Für uns geht es darum, den Menschen zu helfen. Mit dem heutigen Beschluss über den Haushalt und das Sondervermögen können wir vielen Menschen helfen. Dafür stellt das Parlament als Haushaltsgesetzgeber der Landesregierung Geld zur Verfügung, damit diese das Leben der Menschen in Nordrhein-Westfalen verbessern kann, damit diese die Krisen dieser Zeit angehen kann und damit diese das Land auf die Herausforderungen der kommenden Jahre vorbereiten kann.

Daher enthält dieser Haushalt bereits erste Schwerpunkte des Zukunftsvertrages von CDU und Grünen. Deshalb hat der Haushalt 2023 zwei Ziele: gut durch die Krise kommen und das Land und die Menschen fit für die Zukunft machen. So bleibt Nordrhein-Westfalen stark.

Vier Bereiche, in denen wir deutliche Akzente setzen, möchte ich beispielhaft nennen.

Nordrhein-Westfalen ist das Industrie- und Energieland Nummer eins in Deutschland. Zwischen Südwestfalen und dem Münsterland sowie der Städtereion Aachen und Minden-Lübbecke gibt es Tausende energieintensiver Industriebetriebe. Das sind gute Arbeitsplätze, die Familien Sicherheit geben. Für diese kämpfen wir.

Ich komme aus einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas. Doch die wirtschaftliche Stärke Südwestfalens kann nicht von der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen abgekoppelt werden. Es gibt Gründe, warum es hier in den vergangenen Jahren so gut lief. Dazu gehört der Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dazu gehören kluge Entscheidungen der Unternehmerinnen und Unternehmer. Nicht vergessen darf man die guten Rahmenbedingungen, die die Politik vorgibt. Gemeinsam sichert all dies Arbeitsplätze und den Wohlstand in ganz Nordrhein-Westfalen.

Es ist kein Zufall, dass Nordrhein-Westfalen besser aus der Coronakrise gekommen ist als andere Bundesländer. Die hohen Energiepreise treffen allerdings genau dieses Wirtschaftssystem in Nordrhein-Westfalen. Sie gefährden damit den sozialen Frieden.

Mit diesem Haushalt bringt die Zukunftscoalition Klimaschutz und Industrie zusammen. Um Wohlstand und Arbeitsplätze zu erhalten, müssen wir Industrieland bleiben. Da ist der Leitsatz der Zukunftscoalition von CDU und Grünen, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen, richtig. Nie war er einleuchtender als im Augenblick.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dieser Haushalt 2023 gibt dafür den finanziellen Unterbau. Wir wollen energiesouverän werden. Nordrhein-Westfalen hat keine Kernkraftwerke, und Nordrhein-Westfalen steigt bis 2030 aus der Kohle aus. Daher müssen wir und daher werden wir das heimische Potenzial an erneuerbaren Energien nutzen.

Ich habe es gerade schon angesprochen, will es aber noch einmal bekräftigen: Dafür legen wir heute ein wegweisendes Windenergiepaket hier auf den Tisch.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unser Ziel ist es, 1.000 zusätzliche Windenergieanlagen in den kommenden fünf Jahren zu errichten.

Zusätzlich geben wir mit unseren Haushaltsänderungsanträgen 2 Millionen Euro für Geothermie aus.

Außerdem legen wir einen Schwerpunkt auf das Thema „Wasserstoff“. Wir geben 95 Millionen Euro zusätzlich aus, damit in Zukunft klimaneutraler Stahl im Herzen des Ruhrgebiets gekocht werden kann. Hierhin fließt bis 2026 insgesamt rund 1 Milliarde Euro.

Das sind die Zukunftsinvestitionen, Herr Kutschaty, die Sie angemahnt haben. Diese Investitionen müssen Sie nicht anmahnen. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben diese Investitionen längst im Fokus und werden die entsprechenden Schwerpunkte setzen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch hier zeigt sich: Wir halten dieses Land zusammen.

Alle Menschen müssen sich in Nordrhein-Westfalen zu jeder Zeit und an jedem Ort sicher fühlen. Das gilt für den Spaziergang im Park genauso wie für das Surfen im Internet. Null Toleranz gilt weiterhin. Wir dulden keine Rechtsextremisten. Wir dulden keinen Antisemitismus. Wir stoppen die Organisierte Kriminalität. Wir gehen online auf Streife. Es darf keine rechtsfreien Räume geben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Daher stellen wir jedes Jahr zusätzlich 3.000 angehende Polizeibeamte ein. Wir stellen auch Spezialisten für Cyberkriminalität, Wirtschaftsexperten und Experten gegen Umweltkriminalität ein. Die Zahl der Cybercrimefälle ist in diesem Jahr stark gestiegen. Laut Landeskriminalamt gab es über 30.000 Fälle, rund ein Viertel mehr als noch im Jahr 2020, und die Wahrheit ist: Das Dunkelfeld dürfte deutlich größer sein.

Um mit den Tätern mindestens Schritt zu halten, verstärken wir die bundesweit bereits größte Cybercrimeeinheit noch einmal zusätzlich. Nordrhein-Westfalen ist bereits das Land mit dem größten Erfolg gegen Cyberkriminalität. Wir werden diese Vorreiterrolle weiter ausbauen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das gilt auch für den Kampf gegen Kindesmissbrauch. Um die schrecklichen Missbrauchstaten an Kindern, Jugendlichen und sogar Säuglingen noch besser zu verfolgen, legen wir als Zukunftscoalition noch einmal 1 Million Euro für modernste KI, also Künstliche Intelligenz, obendrauf. Ich meine diese Drohung sehr ernst: Kein Täter darf sich sicher fühlen. Wir wollen jeden kriegen, der sich an Kindern und Jugendlichen vergeht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Daher soll auch jede pädagogische Fachkraft in der Kinderbetreuung Anzeichen von Kindesmissbrauch oder Kindesmisshandlung erkennen und wirksame Maßnahmen ergreifen können. Dazu brauchen wir Fortbildung im Bereich „Kinderschutz“ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas. Konsequenterweise stellen CDU und Grüne dafür weitere 3 Millionen Euro zur Verfügung.

Um die Sexualstraftäter verurteilen zu können und gleichzeitig das Leid der Kinder nicht zu vergrößern, ist eine kindgerechte Justiz notwendig. Wir fördern diese weiterhin.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Dafür ermöglichen wir mit einem Haushaltsänderungsantrag zusätzliche Fortbildungen für Richter und Staatsanwälte.

Der Katastrophenschutz war lange Stiefkind in Nordrhein-Westfalen. Das ändern wir von CDU und Grünen. Für Personal und Technik geben wir in diesem Haushalt fast 80 Millionen Euro aus. Wir haben genau hingehört und schaffen das an, was die Retter in der Not brauchen. Daher war es uns wichtig, auch die ganz Kleinen zu unterstützen. Deshalb haben wir die Zuschüsse für die Kinderfeuerwehr angepasst.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Nach diesen Ausführungen ist es nicht weiter verwunderlich, sondern selbsterklärend: Für uns stehen Kinder und Familien im Fokus. Die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche muss gerade nach der schwierigen pandemischen Zeit gefördert werden; denn Kinder sind die Zukunft unseres Landes.

Daher investiert die Zukunftscoalition insgesamt fast 30 Millionen Euro in Bildung und Chancen für Kinder und Familien. Den Alltagshelfern und Kitas geben wir Planungssicherheit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Für mehr Lehrer, kleinere Klassen und bessere Bildung steigen wir in A13 ein.

Mit unseren Änderungsanträgen geben wir 5 Millionen Euro zusätzlich für 1.600 Ferienfreizeiten sowie Familienerholung für einkommensschwache Familien. Das ist ein wichtiges Signal für Kinder und Jugendliche, die unter Corona besonders gelitten haben.

Nordrhein-Westfalen ist das Sportland Nummer eins. Der Sport in Nordrhein-Westfalen mit seinen 5 Millionen Mitgliedern und rund 18.000 Vereinen macht unser Land mit aus. Sport hält fit, bildet, aktiviert, begeistert und bringt Menschen – das ist mindestens genauso wichtig – ganz unterschiedlicher Herkunft zusammen. Sport verbindet Menschen aus allen Alters- und Bevölkerungsgruppen.

Gerade mit der Coronapandemie hat sich gezeigt, welch hohen Stellenwert der Sport für den gesellschaftlichen Zusammenhalt besitzt. Wir müssen alles tun, um weitergehende Einschränkungen im Freizeit- und Amateursport in der augenblicklichen Krise zu vermeiden. Daher erhöhen CDU und Grüne den Sportetat um weitere 5 Millionen Euro auf 35 Millionen Euro.

Besonders im Fokus steht dabei für mich – und hoffentlich auch für alle Fraktionen – das Thema „Schwimmen“; denn Schwimmenlernen rettet Leben. Daher sehen wir 3 Millionen Euro zusätzlich allein dafür vor.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Doch ohne Personal gibt es keine Schwimmangebote. Deshalb starten wir eine Übungsleiteroffensive und fördern die Ausbildung von Schwimmtrainerinnen und Schwimmtrainern.

Ich begrüße es natürlich sehr, dass der Sport in einer ersten Tranche 55 Millionen Euro erhalten kann, damit kein Sportverein in die Insolvenz gehen muss. Wir können es uns nicht erlauben, dass hier Strukturen zerstört werden. Auch dies ist ein gutes Signal, das von dem Sondervermögen ausgeht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will diesen Haushalt so zusammenfassen: Sobald

Probleme auftauchen, handelt diese Zukunftscoalition. Wir nehmen Anregungen von außen an, wir stellen uns der Kritik, und wir passen unsere Politik den Gegebenheiten an – nicht andersherum.

CDU und Grüne legen mit diesem Haushalt und unseren Änderungsanträgen einen guten Haushalt vor. Ich lade die Opposition herzlich ein, an dieser Zukunft mitzuwirken.

(Zuruf von der SPD: Ah! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist ein Haushalt, der in schwierigen Zeiten Orientierung gibt. Es ist ein Haushalt, der Nordrhein-Westfalen gut durch die aktuelle Krise bringt. Es ist ein Zukunftshaushalt von CDU und Grünen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Schick. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt deren Fraktionsvorsitzender Henning Höne.

(Mehrere Abgeordnete der CDU verlassen den Plenarsaal. – Christian Dahm [SPD]: Sie können ruhig hierbleiben! Es wird bestimmt noch spannend!)

**Henning Höne\*** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Kolleginnen und Kollegen der CDU, die jetzt gehen müssen, wünsche ich guten Appetit.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall von der FDP und der SPD)

Da gibt es offensichtlich noch Wichtigeres zu tun.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Morgen ist der kürzeste Tag des Jahres. Das passt ja zum kürzesten Haushaltsberatungsverfahren, das dieser Landtag jemals gesehen hat. Es gibt allerdings einen Unterschied. Ab Donnerstag werden die Tage wieder länger. Aber ob ab Donnerstag dieser Landesregierung ein Licht aufgeht? Ich habe da so meine Fragezeichen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Herr Kollege Schick, wenn Sie hier gerade versuchen, jegliche Kritik der Opposition zum Selbstzweck zu machen, dann frage ich mich: Unter welcher Glocke waren Sie eigentlich die letzten acht Wochen?

(Beifall von der FDP und der SPD)

Die Skala der Realitätsverweigerung von Schwarz-Grün scheint nach oben hin offen – und das, was wir eben erlebt haben, war schon ein ziemlicher Rekord.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

In einem ereignisreichen Beratungsverfahren gab es gestern Nachmittag neue Nachrichten. Dann hatte ich erst ein bisschen Sorge und eine gewisse innere Unruhe, weil das Vorbereiten einer Rede auch Zeit kostet und ich überlegt habe: Mensch, muss ich da jetzt wieder von vorne starten?

Dann habe ich mir angeschaut, was geändert werden soll. Relativ schnell war klar, dass gar nicht so viele Anpassungen notwendig sind, weil die Kehrtwende vom gestrigen Montag sich nahtlos in das einreicht, was wir in den letzten Wochen gesehen haben. Das war, wenn man so möchte, die Sahnehaube zu dem, was hier präsentiert wurde. Erst sollen Coronarettungsmittel aufgenommen, umgebucht werden, dann wurde dieser Plan wieder beerdigt. Erst fordert Frau Neubaur, die Notlage festzustellen; der Finanzminister widerspricht. Dann kommt das doch für 2022 und für 2023, und dann soll das für 2022 doch nicht kommen.

Erst soll ganz dringend schon 2022 ausgezahlt werden. Darum benötigte man dieses hektische Verfahren. Jetzt reicht das allerdings eigentlich doch, weil der 01.01.2023 gar nicht mehr so weit weg ist, wie uns das Herr Kollege Schick gerade dargelegt hat. – Was für eine Erkenntnis.

Erst soll es einen zweiten Nachtragsaushalt geben, dann ist das auch nicht mehr notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich leben wir in dynamischen, unruhigen und unsicheren Zeiten. Darum ist es gut, dass sich die Menschen in diesen Zeiten wenigstens auf eines verlassen können, denn es gibt eine Konstante, und das ist die Unzuverlässigkeit dieser schwarz-grünen Landesregierung.

(Beifall von der FDP und der SPD)

In diesem Beratungsverfahren gab es ausreichend Kehrtwenden und ausreichend verfassungsrechtliche Zweifel für mehrere Legislaturperioden. Politisch müsste Ihnen das hochnotpeinlich sein, aber damit müssen Sie selber klarkommen. Im Ergebnis ist das allerdings schlecht fürs Land.

Das waren keine guten Wochen für Nordrhein-Westfalen. Denn das Vertrauen in diese Regierung, das Vertrauen in das Wort dieses Ministerpräsidenten, und das Vertrauen in das Wort dieses Finanzministers ist nachhaltig gestört und, ich sage an dieser Stelle, vielleicht sogar unwiderruflich.

Schuld daran sind nicht die unruhigen Zeiten. Schuld daran ist auch nicht der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine, wie das immer wieder gesagt wird. Andere Bundesländer schaffen das nämlich viel, viel besser.

Die Verantwortung dafür trägt diese Landesregierung. Die Verantwortung tragen die regierungstragenden Fraktionen. Stehen Sie endlich dazu, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP und der SPD)

Man bringt ja viel Geduld mit – auch ich hatte viel Geduld –, aber irgendwann reißt auch der dickste Geduldsfaden. Und man denkt am Anfang einer Legislaturperiode: Na ja, ein paar Startschwierigkeiten. Das muss sich alles erst noch finden, es gab ja doch ein paar Veränderungen. – Spätestens seit gestern Nachmittag ist aber festzustellen: Es ist mindestens Unvermögen, das hier präsentiert wird. Vielleicht ist es aber sogar Vorsatz oder Gleichgültigkeit, und das sind keine guten Nachrichten für dieses Land.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Dieses Vorgehen, das wir heute Morgen noch einmal gesehen haben, nämlich mit kurzfristig eingereichten Anträgen zu hantieren, schadet dem Vertrauen nicht nur noch weiter, sondern damit machen sich die regierungstragenden Fraktionen übrigens auch zum Erfüllungsgehilfen der Staatskanzlei. So viel zu dem Thema „Wir sind selbstbewusst“. Nichts sind Sie in den letzten Tagen. Sie winken hier einfach nur durch.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, was steht hier eigentlich zur Debatte? Was ist der Anlass für diese Kehrtwende? Wir debattieren heute unter anderem den ersten eigenen Haushalt dieser Koalition und den ersten Haushalt, der vollständig unter der Verantwortung von Ministerpräsident Wüst erstellt wurde, und es ist Zeit für eine erste Bilanz.

Diese Landesregierung, diese Koalition ist eine Koalition der verpassten Chancen. Im September haben wir den ersten Nachtragshaushalt debattiert. Dabei ging es um 1 Milliarde Euro. Sie haben das für langfristig wirkende Förderprogramme und für Besoldungsanpassungen genutzt. Das mag wünschenswert sein, allerdings hatte das keinerlei Bezug zur akuten Krisenbekämpfung.

Sie haben den Ernst der Lage im September verkannt. Sie haben ihn übersehen, Herr Schick. Sie haben eine Chance vertan, die Menschen zu entlasten. Sie haben eine Chance vertan, die Kommunen zu stützen. Sie haben eine Chance vertan, um die soziale Infrastruktur zu stärken.

Im Oktober habe ich an dieser Stelle das Angebot gemacht, zur Krisenhilfe interfraktionelle Gespräche zu führen. Da haben Sie die zweite Chance vertan, denn dieses Angebot verhallte im Rund des Plenums. Gesprächsangebote der Fraktionen gab es in dem Moment, in dem Sie selber mit dem Rücken zur Wand standen.

Dann haben wir im November den ersten Nachtrag verabschiedet, und es gab unterschiedlichste Änderungsanträge von SPD und FDP. Worüber haben wir da abgestimmt? Mehr Geld für die Kommunen haben Sie abgelehnt. Mehr Geld für die Krankenhäuser haben Sie abgelehnt. Mehr Geld für die Pflege haben

Sie abgelehnt. Mehr Geld für die Kitas haben Sie abgelehnt. Mehr Unterstützung für den Mittelstand und für Selbstständige haben Sie abgelehnt. Diese Regierung verpasst Chance um Chance, um für dieses Land etwas Gutes zu tun, und sie merkt es dabei noch nicht einmal.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Sechs Wochen später sehen wir dann: Sie haben abgeschrieben. Die Armutskonferenz – wenn ich mich richtig erinnere, war das eigentlich ein Vorschlag der SPD – hat stattgefunden. Die Hilfe für die Kommunen – Herr Schick, Sie haben es gerade angesprochen – war schon vor Wochen ein Vorschlag der FDP; das kommt jetzt auch. Inhaltlich ist das insofern in Ordnung. Es gibt jedoch einen sehr wichtigen Unterschied, und dieser Unterschied lautet: Die Vorschläge aus der Opposition hätte man ohne neue Schulden finanzieren können.

Der Nachtragshaushalt war erst der Anfang, denn der Haushalt 2023 kommt dazu; ein wirklich schwieriges Unterfangen für diese Koalition mit mehreren Versuchen.

Der erste Versuch im Oktober war der Haushalt in Krisenzeiten. Da war der Koalition vor allem wichtig, sich gegenseitig treu zu bleiben, und man ist dann lieber der Verfassung fremdgegangen. Das war die Umbuchung der vermeintlichen Coronarestmittel. Der Trick ist aber aufgefallen. Es gab Zweifel und Kritik aus der Opposition. Es gab eine harsche Kritik des Landesrechnungshofes. Und da war sie wieder, die Chance für Sie, wirklich nachzubessern – verpasst!

Der zweite Versuch im Dezember – das ist 14 Tage her – war der Beschluss zur Notlage. Damals dachte ich „im Expressverfahren“. Im Vergleich zum heutigen Verfahren war das jedoch viel Beratungszeit, die wir hatten.

(Heiterkeit von der SPD)

Die Zweifel der Opposition wurden erneut übergangen. Der Rechnungshof kritisiert: fehlender Rechenweg, mangelhafte Begründung; wahrscheinlich verfassungswidrig.

Meine Damen und Herren, niemand in diesem Saal – auch ich nicht – zweifelt daran, dass wir uns in einer schwierigen, herausfordernden Lage befinden. Wir haben jedoch deutliche Zweifel an der Begründung der Notlage, und definitiv ist klar: Sie haben sich keinerlei Mühe gegeben, im Kernhaushalt Sparpotenzial zu identifizieren.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das ist Arbeitsverweigerung auf dem Rücken des Grundgesetzes und zulasten kommender Generationen.

Der erste und der zweite Versuch sind also missglückt, und, Herr Ministerpräsident, Ihre Landes-

regierung ist heute im Drittversuch. Studentinnen und Studenten wird im Drittversuch hier und da durchaus einmal angeraten, über eine berufliche Neuorientierung nachzudenken.

(Heiterkeit von der SPD)

Das wäre für Sie auf der Regierungsbank vielleicht etwas für die Weihnachtspause.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Gestern Abend gab es dann die nächste Kehrtwende. Sie treten mit dem dritten Versuch an,

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

der zweite Nachtragshaushalt wird zurückgezogen. Damit widersprechen Sie den Beschlüssen der eigenen regierungstragenden Fraktionen; die Tinte war noch gar nicht trocken.

Die Notlage für 2022 und 2023 wurde einmal festgestellt. Jetzt soll das für 2022 ausfallen, weil Sie angeblich und kurzfristig zusätzliche Steuereinnahmen gefunden haben, und ich betone: angeblich und kurzfristig. Letzten Donnerstag im Haushalts- und Finanzausschuss wussten Sie davon noch nichts. Über 1,3 Milliarden Euro über das Wochenende gefunden – was für ein froher vierter Advent das für den Finanzminister gewesen sein muss!

(Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Herr Minister Optendrenk, ich sage Ihnen: Es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten, wie das hätte passieren können. Erstens: Sie wussten am Donnerstag schon davon. Dann haben Sie im Ausschuss die Unwahrheit gesagt. Oder: Sie können es nicht besser. Mehr als 1 Milliarde Euro müssen auffallen, und das nicht nur mal eben über das Wochenende.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Schauen wir uns das noch mal an. Im Nachtragshaushalt haben Sie 1,2 Milliarden Euro verfrühstückt ohne Bezug zur Krise. Sechs Wochen später finden Sie 1,3 Milliarden Euro weitere Mehreinnahmen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass im Vollzug dieses Haushalts wahrscheinlich noch mal 1 Milliarde Euro übrig bleibt, in Summe also 3,5 Milliarden Euro. 3,5 Milliarden Euro wären ohne neue Kredite für Hilfe verfügbar gewesen, und zwar in einem ersten Schritt schon im September.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist einfach falsch!)

Sie haben sich für späte Hilfen mit Krediten entschieden, obwohl Sie die Wahl gehabt hätten, frühe Hilfen ohne Kredite auszuzahlen. Das ist der politische Fehler, den Sie gemacht haben und den wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ich gehe davon aus, dass Sie heute hier die Mehrheit haben und Ihren Weg gehen werden.

(Wilhelm Korth [CDU]: So ist es!)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Wir behalten uns rechtliche Schritte und auch Verfassungsklagen in jeglicher Hinsicht vor; denn schlussendlich bleiben zahlreiche Fehler bestehen.

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Auch der jetzige Notlagenbeschluss bleibt fehlerhaft und mangelhaft. Die Aussetzung der Schuldenbremse steht damit auf einem wackeligen Fundament. Das Sondervermögen kommt aus den Schulden, und es gibt keinerlei Einsparungen im Haushalt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt doch nicht!)

Hier geht es nicht um bloße Haushaltstechnik. Das hat die Kollegin Schäffer in der Pressekonferenz so dargestellt, nach dem Motto: Wir wollen helfen, die anderen wollen über Formalia streiten. – Herr Schick hat das eben auch so dargestellt.

Meine Damen und Herren, wenn es um die Verfassung geht, dann geht es um nichts weniger als um die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns. Der Staat kann Recht und Gesetz nur dann glaubwürdig durchsetzen, wenn er sich selbst auch daran hält. Das ist Verpflichtung für uns alle hier im Saal, aber insbesondere für diejenigen, die hier in der ersten Reihe sitzen, die einen Amtseid geleistet haben.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, sich daran zu halten. Es ist hochnotpeinlich für Sie, dass wir Sie so sehr daran erinnern müssen.

(Beifall von der FDP)

Die Prüfer für den Drittversuch mögen dann in Münster beim Verfassungsgerichtshof sitzen. Ich will noch mal deutlich sagen: Wenn wir klagen, werden wir das nicht tun, um Hilfen zu verhindern. Aber sollte es so sein, Herr Kollege Rock, ist völlig klar, wer die Verantwortung dafür trägt: Das ist diese Landesregierung, und das sind alle Abgeordneten, die gleich ihre Hand für diesen Haushalt heben.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wird ein Student beim Täuschen erwischt, trägt nicht der Prüfer, der ihn erwischt hat, die Schuld, sondern der Student selbst. In diesem Verfahren sind wir hier.

Die Landesregierung hatte seit September unzählige Chancen, Hilfen auf den Weg zu bringen, und zwar im Einklang mit der Verfassung und mit deutlich weniger als den jetzt geplanten 5 Milliarden Euro Schulden. Mit Änderungsanträgen haben wir gezeigt – und wir werden es heute auch noch mal zeigen –, wie das geht.

Sie haben jede dieser Chancen verstreichen lassen. Wir müssen feststellen: Selten war eine Landesregierung so wenig lernfähig wie Sie. Diese Landesregierung ist nicht nur eine Regierung der verpassten Chancen, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung ist auch eine Regierung der Dauerkampfer.

Der Ministerpräsident und seine Stellvertreterin waren offensichtlich gute Kandidaten für ihre jetzigen Ämter. Das hat das Wahlergebnis gezeigt. Die letzten sechs Monate im Amt haben gezeigt: Ein guter Kandidat im Wahlkampf ist noch lange kein guter Minister.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ihnen fehlt das Handwerkszeug, um Politik in der Praxis erfolgreich zu gestalten, und Ihnen fehlt das Gefühl, was gerade wirklich wichtig ist. Und der Ministerpräsident weiß nicht, was wirklich wichtig ist, gefällt sich aber in der Rolle des Repräsentanten. Eine Danksagung – da ist Herr Wüst dabei. Ein Grußwort – da ist Herr Wüst auch nicht weit. Eine Eröffnung – der Ministerpräsident ist dabei. Eine öffentliche Gratulation – Herr Wüst ist dabei. Ansonsten gilt das Motto: Ohne Kamera, ohne mich. – Hier sitzt ein Schönwetter-Ministerpräsident, meine Damen und Herren, mehr nicht.

(Beifall von der FDP und der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wieso habt ihr ihn dann gewählt?)

Wenn es in den Maschinenraum geht, und wenn es laut und dreckig wird, dann kneifen Sie. Sie können nur Kür, und Sie versagen bei der Pflicht. Dem ganzen Land ist schwindelig von Ihrer Haushaltspolitik und den Kehrtwenden. Der Ministerpräsident ist währenddessen abgetaucht und lässt den Finanzminister allein auf der Lichtung – ein Finanzminister, der sich über Jahre einen guten Ruf als kompetenter Fachmann aufgebaut hat,

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

der in wenigen Tagen, ja fast Stunden, völlig versaut wurde.

Waren im Verfahren bis gestern noch Hilfen in 2022 geplant, wird es also im Ergebnis in diesem Jahr ein Jahr wie jedes andere, als wäre nichts gewesen. Nun kommen 1,6 Milliarden Euro im nächsten Jahr. 50 Maßnahmen haben Sie hier vorgelegt und viele davon ohne jeglichen Bezug zur akuten Krisenbekämpfung. Kollege Kutschaty hat eben einige davon genannt.

Das kommt davon, wenn man das Handwerk nicht kann, wenn man das Handwerkszeug nicht besitzt. Ich bin mir sicher, dass das wie folgt gelaufen ist. Als erstes hat der Ministerpräsident in seiner Rede das Drei-Säulen-Programm vorgetragen. Erst dann hat

man hektisch in den Häusern nach Möglichkeiten und nach Programmen gesucht, die irgendwie in diese drei Säulen passen. Andersherum wäre es besser gewesen.

Um das noch mal deutlich zu sagen: Die Schuldenbremse ist für sich genommen nicht das Problem, im Gegenteil. Ich bin davon überzeugt: Gäbe es sie nicht, müssten wir sie erfinden.

(Beifall von der FDP)

Die Schuldenbremse ist zu unterscheiden von der schwarzen Null. Die Schuldenbremse erlaubt nämlich ausdrücklich Schulden, sie verlangt aber im Gegenzug eine verdammt gute Begründung. Die Regeln verlangen auch, dass zunächst die üblichen Ausgaben ernsthaft überprüft werden, und zwar über kleinere Anträge zu globalen Minderausgaben hinaus.

Sie haben sich im ersten Nachtrag neue Stellen für die Ministerien gegönnt. Weitere neue Stellen befinden sich auch im Haushalt 2023. Warum haben Sie das nicht eingespart? Sie bauen sich jetzt schon bei den Zinskosten einen Puffer für das nächste Jahr ein. Da könnte man mit Sicherheit eine halbe Milliarde Euro einsparen. Es gibt viele weitere Beispiele. Fest steht: Die Koalition verweigert sich schon der Diskussion.

Souveräne Unschärfe, Hochglanzbroschüren – das war alles im Wahlkampf. Das reicht jetzt aber nicht mehr; das reicht erst recht nicht in einer Krise. Anpacken ist gefragt. Sie regieren nicht, Sie reagieren lediglich, und zwar in Zeitlupe und nur auf Aufforderung, ob durch den Rechnungshof oder durch die Opposition. Diese Koalition muss man zum Jagen tragen, und das ist das Schlimmste, was einem Land in einer Krise passieren kann.

(Beifall von der FDP und Jochen Ott [SPD])

Diese Landesregierung ist eine Landesregierung der verpassten Chancen, der ewigen Wahlkämpfer und der weggeschobenen Verantwortung. Was sind die Folgen von diesem Chaos, von dieser Planlosigkeit, sei es nun aus Unvermögen oder mit Vorsatz? Was folgt aus einer Regierung, die keine Verantwortung übernehmen will? Die Folge heute wird der Beschluss eines grottenschlechten Haushalts sein, und damit hat dieses Land ein grottenschlechtes Fundament für die politische Arbeit in den kommenden Monaten. Da stellt sich schon die Frage, wann der Ministerpräsident auftaucht und Verantwortung übernimmt. Fototermine reichen nicht. Der Fingerzeig nach Berlin reicht nicht. Hier ist operative Verantwortung gefragt.

Das gilt für den Ministerpräsidenten, das gilt aber auch für seine Stellvertreterin. Frau Neubaur, gerade in Ihrem Aufgabenbereich tragen Sie eine enorme Verantwortung. Nordrhein-Westfalen wäre für sich allein genommen rein von der Wirtschaftskraft her

Mitglied der G20. Wir haben eine Wirtschaftsministerin, die ihrer Verantwortung in den vergangenen sechs Monaten nicht gerecht geworden ist und die – so mein Gefühl – in ihrem Amt noch gar nicht angekommen ist.

Indirekt bestätigen Sie das übrigens auch in Ihrem neuen Antrag zur Notlage. Da stellen Sie fest: Im ersten Halbjahr – Amtszeit Andreas Pinkwart – war wirtschaftlich noch alles wunderbar, und in den vergangenen sechs Monaten hat sich alles verschlechtert. Es scheint auch keinerlei Gründe zu geben, warum sich die Stimmung aufhellen könnte. Meine Damen und Herren, wie soll sich die Stimmung mit einer solchen Ministerin für Wirtschaft im neuen Jahr aufhellen?

(Beifall von der FDP und Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Hier sitzt eine Ministerin, die von der Zahl der vielen energieintensiven Unternehmen in Nordrhein-Westfalen überrascht wurde. Hier sitzt eine Ministerin, die den Vorsitz in der Wirtschaftsministerkonferenz hat, aus der man nichts gehört hat. Das Erste, was man von ihr gehört hat, war das Ergebnis des Hinterzimmerdeals mit RWE: 2030 raus aus der Kohle.

Ob dabei wirklich CO<sub>2</sub> eingespart wird oder ob das einfach nur ein teures Vergnügen für einen grünen Parteitagsbeschluss war, steht im Moment noch in den Sternen. Gleichzeitig hat ihr Kollege auf Bundesebene, Herr Habeck, in Katar Gas eingekauft und Verträge bis 2041 abgeschlossen. Wie passt das eigentlich zusammen? Wie glaubwürdig soll dann Ihre Energiepolitik hier vor Ort sein?

(Beifall von der FDP)

Natürlich braucht es Beschleunigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Es braucht Anstrengungen, damit wir effizienter werden und unseren Energieverbrauch reduzieren. Aber – so ist das in der Marktwirtschaft – wenn Preise zu hoch sind, sollte man dem mit einem größeren Angebot begegnen. Nur dann können wir Preise stabilisieren. Wir brauchen eine Brücke für mehr Versorgungssicherheit und für Preisstabilität. Die Preisbremsen können wir nicht über Jahre hinweg weiterlaufen lassen.

Es gibt eine Brücke bei den Erneuerbaren. Es gibt Kapazitätsgrenzen bei PV-Anlagen. Es gibt Hemmnisse beim Biogas. Da müssen wir ran. Es gibt aber auch eine fossile Brücke, und offensichtlich sieht Herr Habeck das genauso, ansonsten hätte er in Katar nicht Gas bis 2041 eingekauft. Wir müssen wir über die Kernenergie sprechen. Bis April reicht mir nicht aus, und ich glaube auch nicht, dass es unserem Land ausreichen wird, um erstens Stabilität im Netz zu schaffen und um zweitens Kohle teilweise zu ersetzen.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen auch über Schiefergas sprechen. Es mag nicht beliebt sein, es bringt auch nicht den Applaus des Tages, aber es ist doch immerhin ehrlicher, glaubwürdiger als der Import von Gas aus Nordamerika oder dem arabischen Raum. Wir müssen CO<sub>2</sub> durch höhere Effizienz und durch neue Technologien und nicht durch die schleichende Deindustrialisierung unseres Landes einsparen.

(Beifall von der FDP)

Weil wir beim Haushalt sind: Im Moment stehen energieintensive Unternehmen sehr im Fokus, aber ein sehr wichtiger Bereich in Nordrhein-Westfalen sind auch die Freien Berufe. Die Vorgängerregierung hat übrigens ein Institut geschaffen, um diese Freien Berufe zu stärken. Sie sparen eigentlich nicht in diesem Haushalt, außer wenn es darum geht – wir haben es vor 14 Tagen besprochen –, dringend notwendige volkswirtschaftliche Expertise einzukaufen. Und bei den Freien Berufen sparen Sie jetzt auch, die schwächen Sie. Geld für grüne Spielwiesen bleibt also, aber bei den Freien Berufen hat diese Landesregierung keinen Cent mehr übrig. Das ist eine schlechte Nachricht für dieses Land und für die Menschen, die dort Verantwortung tragen.

(Beifall von der FDP)

Wir sollten mit Blick auf die vergangenen Tage kurz über die Infrastruktur und die enormen Herausforderungen, die wir da haben, sprechen. Wir erleben im Bund, dass die Grünen die klare Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der Ampel blockieren, Planungsverfahren grundsätzlich zu beschleunigen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gibt es deswegen das neue LNG-Terminal, Herr Kollege?)

Wir erleben hier einen Verkehrsminister, der die Planungsbeschleunigungen ebenso blockiert. Wir erleben ein grünes Vorfeld, das mit Klagen droht, zum Beispiel beim Ersatzneubau der Brücke in Lüdenscheid. Wir haben einen Verkehrsminister, Herr Krischer, der eigentlich nur Projekte besucht, die er canceln möchte. Andere Verkehrsminister kommen, um einen ersten Spatenstich zu machen, er kommt, um den Stecker eines Projekts zu ziehen – Horst Becker lässt grüßen.

(Lachen von Christian Dahm [SPD] und Sarah Philipp [SPD])

Meine Damen und Herren, wenn man die Grünen an die Wirtschaft und an die Verkehrspolitik lässt, ist das ein Sterben auf Raten für ein Industrieland. Das gefährdet Tausende Arbeitsplätze hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und Jochen Ott [SPD] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Es fehlt noch der DDR-Vergleich, Herr Kollege! – Weiterer Zuruf)

Das Chaos der Landesregierung ist auch in anderen Bereichen spürbar. Die Digitalisierung möchte ich gerne ansprechen: Ende 2023 endet die Frist für das Onlinezugangsgesetz, OZG. Führerschein, Elterngeld – alles online möglich, so war zumindest der Plan. Diese Frist wird gerissen. Wir als FDP haben den Vorschlag in das Plenum eingebracht, bei der digitalen Kfz-Anmeldung voranzugehen. Das haben Sie abgelehnt. Wenn bei der Digitalisierung Fristen gerissen werden, müsste man doch eigentlich die Haushaltsmittel erhöhen und Tempo machen. Stattdessen reduzieren Sie hier die Ansätze. Meine Damen und Herren, Sie vertun hier erneut eine konkrete Chance dafür, das Leben der Bürger und der Unternehmer einfacher zu machen.

Der Kernbereich der Landespolitik ist natürlich die Bildung – auch hier: Verwaltung des Status quo, Lähmung durch Chaos. Sie schaffen mehr Stellen, wissen aber ganz genau, dass Sie die nicht werden besetzen können. Im Ergebnis ist ein Großteil der neu geschaffenen Stellen schon jetzt für die Schatulle von Minister Optendrenk bestimmt.

Punkt eins: Wir brauchen mehr Lehrkräfte, also brauchen wir mehr Studienplätze. Wir haben hier – das ist noch nicht lange her – einen konkreten Vorschlag für die Grundschullehrerausbildung in Aachen gemacht. Das hat die Koalition abgelehnt. Da gibt es also keine weiteren Lehrkräfte.

Punkt zwei: Schulverwaltungsassistenten – hier könnte man doch stärken, um die vorhandenen Lehrkräfte zu entlasten. Im Haushalt finden sich dazu leider keine Impulse, und das, obwohl der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung versprochen hat, er wolle Schulen mit besonderem Bedarf gezielt stärken. Man hätte die Talentschulen stärken oder ausbauen können. Wo ist denn da der Impuls? Wo ist denn insgesamt die schulpolitische Stärkung? Was folgt denn den Versprechen in der Regierungserklärung? Sie wollten laut Regierungserklärung Schulen besser, moderner und digitaler machen. Wo sind denn die Haushaltsmittel dafür? Kein Geld für Administratoren, kein Geld für Wartung, für Neuananschaffung von Hardware – man muss mal wieder feststellen: Auf das Wort dieser Regierung können sich die Menschen nicht verlassen.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen, dass NRW stark bleibt und die besten Zeiten noch vor uns liegen. Wir machen erneut konkrete Änderungsvorschläge zu diesem Haushalt, darunter 500 Millionen Euro für die Kommunen, um vielfältige Bedarfe vor Ort im Bereich der Jugendhilfe oder im Bereich des Sports abzudecken, rund 300 Millionen Euro für einen Sozialfonds – Krankenhäuser, Pflege, Reha brauchen unsere Unterstützung –, 1,2 Milliarden Euro für den Mittelstand, für sichere Arbeitsplätze in diesem Land, für Liquiditätskredite und Tilgungshilfen, damit es Luft zum Atmen gibt, 30

Millionen Euro, um Familien vor dem Energiesparen zu schützen, und ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr zur Entlastung von Familien.

Inhaltlich überschneiden sich manche Dinge durchaus mit den Vorschlägen der Koalition. Der Unterschied besteht aber darin, dass es bei uns ohne Sondervermögen und neue Schulden geht. Bei Ihnen geht es nur mit neuen Schulden und wahrscheinlich nicht im Einklang mit unserer Verfassung.

Heute enden Haushaltsberatungen, an die sich das Parlament noch lange erinnern wird. Wir erleben eine Landesregierung, die eine hochgradig problematische Beziehung zur Verfassung hat und damit das Vertrauen in den Rechtsstaat gefährdet. Wir erleben eine Landesregierung, die mehr Schulden als notwendig macht, weil sie schwierige Entscheidungen scheut. Wir erleben eine Landesregierung, die auf Fototerminen gerne glänzt, aber versagt, wenn es wirklich darauf ankommt. Wir erleben eine Landesregierung, die gerne Wahlkampf führt, aber ungern im Maschinenraum für die Menschen in diesem Land schuftet.

Diese Landesregierung verpasst Chancen und scheut Verantwortung. Sie regiert nicht, sondern reagiert, und zwar träge und wenig lernfähig. Das Vertrauen in die Landesregierung ist nach diesen Chaostagen nachhaltig gestört. Ich glaube nicht, dass dieses Vertrauen ohne personelle Konsequenzen wiederhergestellt werden kann. – Den Haushalt lehnen wir ab.

(Beifall von der FDP und der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Abgeordnete Brems.

**Wibke Brems<sup>\*)</sup> (GRÜNE):** Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Weihnachten ist eine Zeit der Ruhe und Einkehr. Umso stressiger ist meist die Zeit davor. Alle machen sich irgendwie Gedanken, wie sie anderen eine Freude machen können, schreiben Karten und erledigen längst Überfälliges. Doch in diesem Jahr kommen ganz neue Gedanken und Sorgen hinzu. Wir drehen die Heizung runter und sparen Strom, wo wir können, um gemeinsam gut durch den Winter zu kommen. Wir machen uns Sorgen über die steigenden Preise von Lebensmitteln, Strom und Gas. Eltern kämpfen mit einer Infektion ihrer Kinder nach der anderen und hoffen darauf, bloß nicht auf überfüllte Arztpraxen oder gar Kinderkrankenstationen angewiesen zu sein.

Das alles sind Auswirkungen der aktuellen Krise und von Versäumnissen oder Fehlentscheidungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Die Energiekrise ist die Folge des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Sie ist aber auch die Folge des jahre-

langen Strebens nach immer mehr vermeintlich günstigen fossilen Brennstoffen, statt nach heimischer und günstiger erneuerbarer Energie.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Situation in den Krankenhäusern unseres Gesundheitssystems hängt einerseits eng mit der immer noch nicht überstandenen Coronapandemie zusammen, andererseits hat der anstelle des eigentlich notwendigen Fokus auf Patient\*innen und angemessene Arbeitsbedingungen herrschende Sparzwang das Gesundheitswesen schon vorher massiv geschwächt und den Fachkräftemangel befeuert.

Das sind zwei Beispiele, die eindrucksvoll zeigen: Die politischen Versäumnisse der vergangenen Jahre und Jahrzehnte holen uns jetzt in vielen Bereichen mit aller Wucht ein und stellen uns vor enorme Herausforderungen. Die Krisen konfrontieren uns nicht nur kurzfristig mit akuten Problemen. Wir dürfen gleichzeitig nicht wieder dieselben Fehler machen und die langfristigen Herausforderungen aus dem Blick verlieren, sondern müssen diese angehen. Umso mehr Mut und Zuversicht braucht es jetzt von uns, die aktuell in Regierungsverantwortung stehen, um Entscheidungen zu treffen und Auswege zu finden. Diese Koalition hat diesen Mut, und wir in NRW haben das Know-how und die Menschen, um alle gemeinsam gut durch diese Krise zu bringen und unser Land auf die kommenden Krisen vorzubereiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gerade in Zeiten mit so vielen Unwägbarkeiten sehnen wir uns doch alle nach Sicherheit, Halt und Ruhe. Aber gerade jetzt ist die Lage besonders dynamisch. Die vergangenen Wochen waren für uns in Regierungsverantwortung – sagen wir – ereignisreich.

(Lachen von Christian Dahm [SPD] und Jochen Ott [SPD])

Nach der Regierungsbildung im Sommer und dem Nachtragshaushalt brach das dritte Entlastungspaket des Bundes über uns herein, verbunden mit einem wochenlangen Tauziehen über die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern. Dieses Tauziehen haben wir nicht extra veranstaltet, weil uns nach Corona die Sportfeste gefehlt hätten, sondern um uns dafür einzusetzen, dass das Land handlungsfähig bleibt und nicht weiter Sachen vom Bund aufgebürdet bekommt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Ihr habt doch nichts geändert!)

Die Einbringung des Haushalts 2023 war also mit entsprechend vielen Unsicherheiten belastet. Mit dem Drei-Säulen-Programm aus Krisenhilfe, Krisenresilienz und Krisenvorsorge wollten und werden wir auch mit dem neuen Sondervermögen Unternehmen und Menschen bei den bevorstehenden Herausforderungen unterstützen.

Die Kritik von der FDP, der SPD und dem Landesrechnungshof nehmen wir ernst. Wir haben dazu zwar eine andere Rechtsauffassung, uns geht es aber nicht darum, recht zu haben, sondern den Menschen in Nordrhein-Westfalen kurzfristig und nachhaltig zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Daher ist es jetzt der richtige Weg, eine außergewöhnliche Notsituation für 2023 festzustellen und von der Ausnahme zur Schuldenbremse Gebrauch zu machen, wie sie das Grundgesetz vorsieht. Denn als Wirtschaftsstandort mit energieintensiven Grundstoffindustrien trifft uns in Nordrhein-Westfalen die Energiekrise besonders hart. Das zeigt sich eben auch in den aktuellen Prognosen.

Ja, wir hätten gerne einfachere Rahmenbedingungen gehabt. Ich bin eben kurz darauf eingegangen. Wir haben die Situation mit multiplen Krisen, unklaren Rahmenbedingungen vom Bund. Aber außergewöhnliche Situationen erfordern eben auch außergewöhnliche Maßnahmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Herr Kutschaty von der SPD, Sie haben eben „Chaos“ angesprochen. Mir erscheint es so, dass Sie sich damit etwas auskennen. Denn das, was Sie in letzter Zeit gefordert haben, passt nicht so richtig zusammen.

Ihr finanzpolitischer Sprecher Herr Zimkeit hat erst Ende November an diesem Pult gefordert, die Notsituation, die gegeben ist – das waren seine Worte –, in den Haushaltsplanberatungen gemeinsam festzustellen, und hielt das für den verfassungskonformen Weg. Das haben Sie hier so gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

– Darüber brauchen Sie sich gar nicht aufzuregen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Es regt sich keiner auf, wir lachen uns nur kaputt!)

Jetzt machen wir das so, weil es eben in der jetzigen Situation die beste Möglichkeit ist, den Menschen zu helfen und NRW aus der Krise herauszubringen. Aber dann fordern Sie heute, dass die Landesregierung erst mal prüfen soll, ob eine Notsituation überhaupt in Betracht kommt.

Ich habe noch weitere Beispiele für Logikfehler in Ihrer Argumentation, angefangen mit dem Kollegen Höne von der FDP. Auch Sie müssen sich schon entscheiden: Werfen Sie uns jetzt vor, dass wir angesichts der dynamischen Lage die notwendigen Anpassungen vornehmen oder dass die Landesregierung dickköpfig ist? Nur eines von beiden geht, aber beides haben Sie hier dargestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Und die SPD fordert ein Entlastungspaket, sagt aber kein Sterbenswörtchen darüber, wie die Ideen finanziert werden sollen, wenn nicht mit Krediten durch Erklärung der Notsituation.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie müssen auch mal lesen, was Ihnen vorgelegt wird – oder verstehen, kann auch sein!)

Stattdessen mussten wir uns hier vor einigen Wochen in der zweiten Lesung des Haushalts stundenlang anhören, wo Sie überall Wünsche für Mehrausgaben haben. Dann legen wir am vergangenen Freitag ein Entlastungspaket in Höhe von 1,6 Milliarden Euro vor, und auf einmal ist das für die SPD auch nicht richtig. Es ist einfach nicht klar, was außer Meckern Sie wirklich wollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das Traurige daran ist, dass Sie damit fahrlässig in Kauf nehmen, dass die Entlastungen für die Menschen, Vereine, Institutionen und Unternehmen um Monate verzögert würden oder schlimmstenfalls gar nicht mehr möglich wären.

Noch eines: Ich bin keine Juristin und auch keine ehemalige Justizministerin, aber selbst mir ist klar, dass es eines Urteils des Landesverfassungsgerichts bedürfte, um die Verfassungsmäßigkeit eines Landeshaushalts festzustellen, und dass das nicht hier an diesem Pult geschieht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Diese Koalition zeigt mit den heutigen Beschlüssen: Wir sind handlungsfähig. Wir übernehmen Verantwortung, egal, ob man uns Steine in den Weg legt.

In der Rückschau ist klar: Ja, wir sind einen Umweg gegangen.

(Jochen Ott [SPD]: Umweg ist gut!)

Aber entscheidend ist doch, dass wir das Ziel erreichen. Wir handeln, und wir haben eine gute Lösung für die Menschen in unserem Land gefunden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ in Höhe von 5 Milliarden Euro gehen wir als schwarz-grüne Koalition jetzt den entscheidenden Schritt. Wir handeln, um NRW gut durch die Krise zu bekommen. Besonnen und klar haben wir nun gemeinsam die erste Tranche erarbeitet. Dabei hatten wir immer vor Augen: Wie können wir den Menschen helfen? Wie können wir Härten abfedern? Wie können die Maßnahmen schnell gelingen und ihre volle Wirkung entfalten? Natürlich stand über allem: Was ist in den engen Grenzen der verfassungsmäßigen Ausgestaltung möglich? Mit konkreten Maßnahmen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro federn wir in einem ersten Schritt unter anderem erhöhte Energie- und Beschaffungskosten ab.

Russlands Präsident Putin führt einen abscheulichen Angriffskrieg gegen die Menschen in der Ukraine, und er versucht, auch unsere Gesellschaft zu spalten. Diesen Spaltungsversuch werden wir nicht zulassen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir unterstützen daher insbesondere unsere soziale Infrastruktur für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir nehmen die Hilferufe von Vereinen, Trägern, Verkehrsbetrieben, Kommunen und Unternehmen ernst und helfen konkret. Wir wollen, dass kein Frauenhaus, keine Tafel, keine andere soziale Einrichtung und auch keine Kultureinrichtung aufgrund der hohen Energiekosten schließen muss. Dieser Haushalt und dieses Sondervermögen machen einen erkennbaren und dauerhaften Unterschied – einen Unterschied, der bei den Menschen ankommt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Kinder sind unsere Zukunft. Es ist unsere Verantwortung, ihnen gute Zukunftschancen zu ermöglichen, unabhängig von der Bildung und dem Geldbeutel ihrer Eltern oder ihrer Postleitzahl. Es ist unsere Verantwortung, ihnen eine gesunde Umwelt zu hinterlassen. Es ist unser aller Verantwortung, dass Kinder sicher und sorgenfrei aufwachsen können, dass sie eine gute, lebenswerte Zukunft in Frieden und Freiheit haben.

Aber Kinder und Jugendliche sorgen sich aktuell auch über Inflation, Krieg und Klimawandel. Kinder und Jugendliche von heute werden den Klimawandel besonders zu spüren bekommen, obwohl sie selbst am wenigsten dazu beigetragen haben.

Kinder und Jugendliche haben unter der Pandemie besonders gelitten. Im Lockdown konnten sie all das nicht machen, was Kinder und Jugendliche sonst gemacht hätten: sich ausprobieren, mit Freunden treffen, Neues erleben, Grenzen austesten, das Leben feiern, gemeinsam Sport machen oder einfach nur spielen. Das sind alles Gründe, warum Kinder und Jugendliche heute noch mehr im Mittelpunkt unseres Handelns stehen: angefangen bei den zusätzlichen Haushaltsmitteln für Schwimmen und Sport über die Stärkung von Familienzentren, von niedrigschwelligen Anlaufstellen gerade in benachteiligten Gebieten, damit die Unterstützung und Beratung genau bei den Familien ankommen, oder die Erhöhung der Zuschüsse für Kinder- und Jugendfreizeiten oder den Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche bis hin zum Pakt gegen Kinderarmut.

Häufig wird über Kinder und Jugendliche hinweg bestimmt. In der Pandemie war das ganz besonders der Fall. Umso wichtiger ist es, dass unsere Koalition mit dem „Aktionsplan Jugendbeteiligung“ die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entschieden voranbringt, denn es macht einen Unterschied, auch für das spätere Demokratieverständnis, wenn Jugend-

liche gehört werden. Schließlich sind Kinder und Jugendliche keine Statisten in unserer Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit mehr als 66 Millionen Euro aus dem Sondervermögen sichern wir zudem ab, dass beispielsweise Kindertagesstätten, Kindertagespflegestellen und Jugendzentren ihre Energiekosten decken können und damit weiter geöffnet bleiben. An vielen konkreten Stellen macht die schwarz-grüne Koalition also den Unterschied für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In den Schulen stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt, sowohl die Schüler\*innen als auch die Lehrkräfte. Wir haben bereits damit gestartet, die Ungerechtigkeiten bei den Einstiegsgehältern von Lehrkräften anzugleichen. Das macht einen Unterschied, der auch bei den Kindern und Jugendlichen ankommt. Schließlich sind Lehrer\*innen mitverantwortlich für deren Zukunftschancen.

Mit dem im kommenden Jahr zu erarbeitenden Aktionsplan Inklusion wird es zum ersten Mal einen transparenten und zielgerichteten Plan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geben.

Mit digitalen Förderplänen sorgen wir dafür, dass jedes Kind mit und ohne Förderbedarf auch individuell und kontinuierlich die richtige Unterstützung bekommt. Damit können die Förderpläne nicht mehr nur ein Teil einer Schülerakte sein, sondern ein hilfreiches, wirklich alltägliches Werkzeug für Lehrer\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen oder Lernbegleiter\*innen. Das wird die Arbeit erleichtern und somit für viele Kinder einen Unterschied zwischen vermeintlichem Stillstand und wirklicher Perspektive machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Gerade Familien mit geringem Einkommen oder in Transfergeldbezug sowie mit Migrationshintergrund nehmen seltener Ganztagsangebote an. Wir wollen auch für diese Kinder einen Unterschied machen und für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit sorgen. Dazu gehören der Ausbau des Ganztags, die Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen des Personals und der Ausbau von Fachkraftstellen. Denn die Herausforderungen für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung sind enorm. Und wir machen dabei den Unterschied.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Langes Sparen auf die Klassenfahrt oder nicht am Kindergereburtstag der besten Freundin teilnehmen können, weil das Geld für das Geschenk nicht reicht: Das ist Alltagsrealität von zu vielen Familien in NRW. Bereits vor den Krisen, die uns aktuell beschäftigen und die Situation vieler Menschen verschärfen, waren schon viele in Nordrhein-Westfalen von Armut bedroht oder betroffen.

Die Gesichter von Armut sind vielfältig: Alleinerziehende, Senior\*innen, Menschen mit internationaler Geschichte, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Armut kann jede und jeden treffen. Armut macht auch krank und einsam. Gerade in Krisenzeiten macht eine soziale Infrastruktur, auf die sich die Menschen verlassen können, den Unterschied. Denn so können Betroffene über Unterstützung informiert werden, ihnen wird zugehört und sie werden bestärkt. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit dem Sondervermögen hier ergänzende Hilfen zum Bund leisten und die soziale Infrastruktur stützen.

Kitas werden offen und warm bleiben und Beratungsstellen weiterhin die Menschen in der Krise unterstützen. Denn wir alle sind zwar von der Krise betroffen, aber die Auswirkungen von steigenden Preisen treffen nicht alle gleich.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit der Armutskonferenz hat die Landesregierung in der vergangenen Woche den Startpunkt gesetzt. Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam mit den Betroffenen und Institutionen einen Aktionsplan gegen Armut aufzulegen. Denn wir können und wollen uns mit der Armut in unserem Land nicht abfinden.

Armut ist das größte Zukunftsrisiko für Kinder und Jugendliche. Daher ist es wichtig, dass die Landesregierung die Pläne der Bundesregierung für eine Kindergrundsicherung unterstützt und selbst einen Pakt gegen Kinderarmut auflegt. Denn keine Mutter, kein Vater sollte sich vier Tage vor Heiligabend zwischen der Gasrechnung und einem Kinderwunsch entscheiden müssen. Kinderarmut ist eine Schande für dieses reiche Land!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Studierende sind in Deutschland stärker von Armut bedroht als der Rest der Bevölkerung. Im vergangenen Jahr war es mehr als jeder dritte Studierende. Deswegen macht es auch in der aktuellen Situation einen Unterschied, wenn wir mit dem Sondervermögen die Studierendenwerke unterstützen. So kann es beispielsweise günstigere Mensapreise geben. Auf die Fortführung der psychosozialen Beratung, die wir heute beschließen, sind zudem viele Studierende in der aktuellen Krise ganz besonders angewiesen.

Gerade im Angesicht von Fake News und Verschwörungsmäthen kommt der Wissenschaft eine wichtige Rolle zu. Sie wird gleichzeitig selbst immer wieder Opfer von Verschwörungserzählungen. Wir stärken daher Menschen aus der Wissenschaft den Rücken, denn wir brauchen sie und eine unabhängige Wissenschaft in diesen herausfordernden Zeiten ganz besonders – für Innovationskraft, für die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft, für das Gemeinwohl und für unsere Demokratie.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit dem Haushalt sichern wir unseren Forschungsstandort und tragen dazu bei, dem Fachkräftemangel beispielsweise in den Bereichen Schule und Medizin mit Studienplätzen entgegenzuwirken. Neben der akademischen Bildung unterstützen wir aber auch die berufliche Bildung. Beides ist für unsere Gesellschaft wichtig. Deswegen setzen wir uns für die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Ausbildung ein.

Mit der Einführung der Meisterprämie kommen wir dem einen wichtigen Schritt näher. Ob Ausbildung, Meister oder Studium: Für die anstehenden Herausforderungen von Erziehung und Bildung über Pflege bis zur Energiewende müssen wir alle Potentiale nutzen und alle Talente fördern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Nordrhein-Westfalen steht für Vielfalt. Vielfalt ist unsere Stärke. Eine Demokratie muss sich immer auch daran messen lassen, wie sie mit gesellschaftlichen Minderheiten umgeht. Der Schutz vor Diskriminierung und Gewalt ist ein staatlicher Auftrag. Dazu gehört auch, dass Menschen mit internationaler Geschichte an unserer Gesellschaft teilhaben können. Deshalb stärken wir mit diesem Haushalt Migrantenorganisationen und damit deren Stimme. Denn sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie machen unser Land bunt, vielfältig und auch wirtschaftlich stark.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir unterstützen gleichzeitig diejenigen, die neu nach Deutschland gekommen sind. Denn es ist unsere humanitäre Pflicht, den Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Elend zu uns fliehen, Schutz zu bieten. Viele sind solidarisch und helfen, wo sie können – als Unternehmen, die hinter den Sanktionen gegen Aggressoren stehen, in den Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchteten, als Flüchtlingsorganisationen, die anpacken und helfen, wo sie nur können, oder Menschen, die Geflüchtete zum Beispiel bei Behördengängen oder beim Start ins Arbeitsleben begleiten. Für diese Unterstützung möchten wir allen von ganzem Herzen danken.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ohne das ehrenamtliche Engagement an dieser Stelle, aber auch bei Feuerwehr, bei Sport, Tafeln, sozialen Einrichtungen oder Kulturvereinen würde unsere Gesellschaft aus den Fugen geraten. Deswegen sichern wir auch diese Strukturen mit Hilfen zur Abfederung der Energiepreise aus dem Sondervermögen.

In Nordrhein-Westfalen können wir uns auch dank der vielen ehrenamtlich Engagierten aufeinander verlassen. Wir stehen auch in der Energiekrise an der Seite der Menschen im Ehrenamt und in den verschiedenen Einrichtungen. Wir wissen: Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, brauchen Normalität, Schutz und vor allem Unterkünfte. Da sich die russischen Angriffe mehr und mehr auf die Energieversorgung richten, werden auch in diesem Winter weitere Ukrainer\*innen zu uns fliehen. Deshalb werden derzeit alle möglichen Unterbringungsplätze benötigt und ausgebaut. Das ist ein Kraftakt, der im Ministerium, in den Bezirksregierungen und in den Kommunen vollbracht wird. All denen, die jeden Tag daran arbeiten, Menschen aufzunehmen und ihnen Sicherheit zu geben, sage ich herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Kommunen sehen sich mit den aktuellen politischen Herausforderungen sehr konkret konfrontiert. Hier wird aus Plänen – sei es für Unterkünfte für Geflüchtete, für Coronaschutzmaßnahmen, für Klimaschutz oder für die Klimafolgenanpassung – ganz konkrete Realität. Die Kommunen haben für diese Leistungen von der schwarz-grünen Landesregierung bereits umfangreiche zusätzliche Unterstützung erhalten – insgesamt mehr als 1 Milliarde Euro für Coronakosten und für die Unterbringung, Versorgung und Integration Geflüchteter.

Auch über das Sondervermögen stehen den Kommunen Mittel in dreistelliger Millionenhöhe für Projekte der Energie- und Wärmewende sowie für emissionsarme Mobilität zur Verfügung.

Selbstverständlich bleibt zur strukturellen Verbesserung der Finanzlage der Kommunen noch einiges zu tun. Die konkreten Gespräche mit dem Bund über eine Altschuldenlösung stimmen erstmals hoffnungsvoll. Eine Altschuldenlösung – ob in Zusammenarbeit von Bund und Land oder alleine – wäre ein wichtiger Schritt und ein Befreiungsschlag für unsere hochverschuldeten Kommunen. Dann könnten Städte und Gemeinden auch in NRW überall wieder aus eigener Kraft in die Zukunft investieren; in gute Kinderbetreuung und Schulen, in das soziale Miteinander, in Sport und Kultur, in einen guten Nahverkehr oder in das kommunale Freibad.

So machen wir für die Kommunen den Unterschied, damit diese wieder Dienstleisterinnen der Menschen sein können, anstatt von ihren Altschulden erdrückt zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Verkehrswende ist ein elementarer Baustein zur Erreichung unserer Klimaziele. Selbst wenn ein radikales Umdenken nicht aus Klimaschutzgründen nötig wäre, müssten wir von „immer mehr Straßen“ wegkommen, hin zu attraktiv gestalteten Alternativen wie Bus-, Bahn-, Rad- und Fußverkehr. Dieses Umdenken wäre allein deshalb notwendig, weil schlicht und einfach nicht genug Personal und Geld

vorhanden ist, um jedem Wunsch jedes Bürgermeisters nach einer Ortsumgehung zu entsprechen.

So schwer es manchen auch fällt: In der Verkehrspolitik geht es um eine Abkehr von der Ankündigung weiterer Großvorhaben, die ohnehin nicht zu schaffen sind und damit immer nur weitere Verzögerungen hervorrufen. Wir sind hier nun einmal nicht bei „Wünsch dir was“, sondern bei „So ist es“. Nun wird der Weg der Priorisierung von Vorhaben und der Abarbeitung von Baustellen eingeschlagen. Gleichzeitig unternehmen wir einen Aufbruch für Fahrrad, Bus und Bahn.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das Deutschlandticket wird den öffentlichen Personennahverkehr revolutionieren. Das Ticket macht den Unterschied für das Klima und für die Geldbeutel von Pendlerinnen und Pendlern.

Die Energiepreissteigerungen treffen aber natürlich auch die Verkehrsbetriebe enorm. Hier kann kaum Energie eingespart werden. Die Gas- und Strompreisbremse wirkt nicht direkt in der Breite, da Busse vor allem mit Diesel betrieben werden. Daher stellen wir mit 200 Millionen Euro aus dem Sondervermögen sicher, dass trotz der extremen Kostensteigerungen das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs aufrechterhalten werden kann.

Darüber hinaus setzen wir mit dem Haushalt und den Änderungsanträgen einen weiteren Fokus auf die Stärkung des Rad- und Fußverkehrs. Mit 25 Millionen Euro zusätzlich fördern wir Maßnahmen entlang von Landesstraßen und in den Kommunen zur Verbesserung der Nahmobilität. Denn es macht einen enormen Unterschied, wenn Radfahrende und Fußgänger\*innen sich sicher fühlen, genug Platz haben und schneller an ihr Ziel kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Artenkrise ist leider in der öffentlichen Diskussion noch nicht so präsent wie die Klimakrise. Sie bedroht aber unsere Lebensgrundlagen genauso stark. Gestern ging die 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt zu Ende. Damit gibt es jetzt eine globale Vereinbarung für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Natur. Das ist eine Premiere.

Ein wesentliches Ziel der neuen Vereinbarung ist es, mindestens 30 % der weltweiten Land- und Meeresfläche bis 2030 unter effektiven Schutz zu stellen. Erstmals wurden zudem einheitliche Indikatoren vereinbart, um weltweit kontrollieren zu können, wie es um den Zustand der Natur bestellt ist. Das ist ein tolles Ergebnis, auch wenn es angesichts des Ausmaßes der Krise, die neben einzelnen Pflanzen- und Tierarten auch ganze Ökosysteme bedroht, nur ein Anfang sein kann.

Auch in NRW stellen wir uns der Herausforderung. Mit einem neu aufgelegten Landesprogramm „Biologische Vielfalt“ stellen wir uns dem Verlust von Arten und Ökosystemen entgegen. Damit werden beispielsweise Kleingewässer renaturiert und Moore wiederhergestellt. Wir machen damit einen Unterschied für die Artenvielfalt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Als Ostwestfälin freut es mich ganz besonders, dass im kommenden Jahr der Startschuss für den landesweiten Prozess zur Ausweisung eines zweiten Nationalparks fällt. Damit gehen wir auch an dieser Stelle einen wichtigen Schritt für den Erhalt unserer einzigartigen Natur.

Leider gibt es Kriminelle, denen unsere Umwelt, die Sauberkeit von Flüssen und das Überleben seltener Arten vollkommen egal sind. Zum Umweltschutz gehört daher auch, Straftaten im Rahmen der Umweltkriminalität konsequent zu verfolgen. Dazu werden wir in NRW eine eigene Staatsanwaltschaft einsetzen. So bekämpfen wir die Kriminalität, insbesondere die Organisierte Kriminalität, und schützen gleichzeitig unsere natürlichen Lebensgrundlagen konsequent.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Schwarz-Grün macht auch in der Innen- und Rechtspolitik den Unterschied. Wir überwinden vermeintlich tiefe Gräben. Gerade weil wir häufig unterschiedliche Perspektiven haben, kommen wir gemeinsam zu guten Ergebnissen. So sorgen wir beispielsweise für eine gute Aus- und Fortbildung unserer Beschäftigten in Polizei und Justiz. Die Kriminalitätssphäre und Herausforderungen verändern sich so rasant, dass auch unsere Polizei und Justiz bestmöglich darauf vorbereitet sein müssen.

Wir gehen konsequent gegen Kriminalität vor und rücken die Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Jedes Kind hat das Recht auf ein Aufwachsen ohne Gewalt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Doch wir wissen, dass viele Kinder Gewalt erleben – physische, psychische und sexualisierte Gewalt –, und zwar häufig an dem Ort, an dem Kinder und Jugendliche sich eigentlich am sichersten fühlen sollten: in ihrer eigenen Familie. Nicht nur für die Polizei, sondern auch für unser Parlament bleibt die Bekämpfung von Kindesmissbrauch ein Schwerpunkt der Arbeit. Der Schutz der Kinder hat für unser Handeln immer oberste Priorität.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ist der Rechtsextremismus. Die Razzia vor zwei Wochen gegen Reichsbürger und Verschwörungstheoretiker hat uns das in erschreckender

Weise wieder einmal gezeigt. Dass unter den Verdächtigen auch Bundeswehroffiziere sind, ist besorgniserregend. Dass auch eine ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete zum Netzwerk gehört, überrascht allerdings wenig.

Verschwörungsmythen mit rassistischen, antisemitischen Narrativen sowie rechtsextremistischen Einstellungen sind der Nährboden für gefährliche Pläne zum Umsturz unseres demokratischen Rechtsstaats. Sie dienen den Tätern als Legitimation für ihre menschenverachtenden Gewalttaten. Die Sicherheitsbehörden müssen daher konsequent gegen Rechtsextremismus vorgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir stärken mit unserem Haushalt die Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus. Damit stärken wir die Prävention und die Möglichkeit des Ausstiegs; vor allem aber machen die Opferberatungsstellen einen Unterschied für Betroffene rechter Gewalt.

Wir wollen, dass alle Menschen in NRW sicher sind – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter, sexueller Orientierung oder Religion. Wer von Rechtsextremen bedroht oder angegriffen wird, hat unsere volle Solidarität.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Unser Sicherheitsverständnis geht über den reinen Schutz vor Kriminalität hinaus. Sicherheit muss auch in einer Katastrophe gewährleistet sein. Hackerangriffe, Krieg und Klimawandel lassen potenzielle Katastrophen wahrscheinlicher werden. Wir stärken daher die Strukturen des Katastrophenschutzes auf Landesebene, damit die vielen Ehrenamtlichen auch in der Krise ihren Job gut machen können.

Unser Leitprinzip ist Vorsorge, damit wir im Falle einer Krise vorbereitet sind und Sicherheit geben können. Genau das machen wir mit dem Sondervermögen.

Ein flächendeckender Stromausfall ist zwar sehr unwahrscheinlich. Dennoch müssen wir unsere Infrastruktur besser davor schützen, als es bisher der Fall war. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Hochschulen, Polizei, Feuerwehr, öffentliche Einrichtungen – wir unterstützen an diesen Stellen mit Notstrom- und Kraftstoffversorgung, Erhöhung der Cybersicherheit und Satellitentelefonen, denn unsere Infrastruktur muss standhaft und sicher sein. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass wir auf Notfälle, seien sie noch so unwahrscheinlich, vorbereitet sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Der völkerrechtswidrige Krieg Putins begann für die Ukraine nicht erst im Februar dieses Jahres, sondern bereits im Frühjahr 2014 mit der Annexion der Krim. Schon damals wäre es spätestens an der Zeit gewesen, dass die damalige Bundesregierung die Conse-

quenzen zieht und die unsägliche Abhängigkeit von Putin im Speziellen und von Kohle, Öl und Gas im Allgemeinen endlich beendet. Leider hat es aber noch weitere acht Jahre und einen kompletten Regierungswechsel im Bund gebraucht, um die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Energiepolitisch stehen wir damit auch in NRW vor der Herausforderung, die verlorene Zeit nicht aufholen zu können, aber in enormem Tempo den Umstieg zu schaffen. Wir müssen kurzfristig den Verbrauch fossiler Energien senken. Das gelingt durch Energieeinsparungen und den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Im Haushalt finden sich daher mehr als 300 Millionen Euro für Energiewende und Klimaschutz.

Beim Sondervermögen legen wir noch mal nach. Mit 360 Millionen Euro werden Maßnahmen der klimaefizienten Wohnraumförderung, Mieterstromförderung, ein Investitionsprogramm Energie- und Wärmenetze und die Stärkung emissionsarmer Mobilität bereits 2023 zur Krisenbewältigung dienen.

Mit unserem Windenergie-Weihnachtspaket, das wir heute Nachmittag auf den Weg bringen, setzen wir dann die nächsten wichtigen Schritte zum beschleunigten Ausbau der Windenergie in NRW.

Diese Koalition macht den Unterschied, weil wir Investitionssicherheit für Windenergie- und Klimaschutzprojekte bieten und NRW so zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es macht diese Koalition aus, dass wir Hindernisse und Gräben überwinden können, um gute Lösungen für die Menschen in unserem Land zu finden. Es macht diese Koalition aus, dass wir Unterschiede nutzen, um einen Unterschied für die Menschen zu machen. Dazu gehört auch mal ein Umweg. Dann heißt es für uns aber: Wir handeln. Und wir behalten unser Ziel klar im Blick: Sicherheit, Zuverlässigkeit und verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereine, die Organisationen, Verwaltungen, Unternehmen und alle Menschen, die NRW so stark und lebenswert machen. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz\*** (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gerade extra langsam zum Rednerpult gegangen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, noch etwaige Änderungsanträge zu ihrem Haushalt einzubringen. Der Blick in ihre Richtung zeigt aber: Alle

Minister sitzen noch, nichts ist zurückgezogen worden. – Dann halte ich jetzt meine Rede von 13:25 Uhr. Ich hoffe, es verändert sich in der Zwischenzeit nicht allzu viel.

Das Chaos der letzten Tage macht einen Blick auf das Wesentliche wichtig. Mit Blick auf Berlin, aber auch Nordrhein-Westfalen müssen wir noch einmal darüber reden, was überhaupt ein guter Haushalt ist. Dazu gibt es offensichtlich ganz unterschiedliche Meinungen.

Die einen sagen, es wäre schön, wenn er in seiner Gänze mehr als 24 Stunden bekannt wäre. Es gibt andere Meinungen. Andere sagen, es wäre schön, wenn er juristisch haltbar wäre – eine gute Voraussetzung; wahrscheinlich ist das zumindest eine Voraussetzung dafür, dass man Ihnen nicht wie die FAZ bescheinigt, dass Ihr Haushalt ein absoluter Total Schaden ist.

Sie haben eben ausgeführt, dass wir in einer Krise sind. Ich muss Ihnen allerdings entgegenhalten: Selbst in der schwersten Krise gibt es gewisse Regeln.

Parteien neigen dazu, einen Haushalt nach ihren eigenen politischen Vorstellungen zu bewerten, also nach dem Motto: umso mehr Überschneidungen mit meiner Meinung, desto besser der Haushalt. – Das ist möglich, aber ein eher sehr eingeschränktes, individuelles Qualitätsmerkmal. Man könnte „Geschmackssache“ sagen.

Ich möchte Ihnen einen etwas lösungsorientierteren Gegenvorschlag machen. Ein guter Haushalt ist einer, der den aktuellen und zukünftigen Problemen des Landes gerecht wird und zu deren Lösung beiträgt. Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt, wie bereits Walt Whitman Rostow sagte. Das hört sich relativ simpel an, aber der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Das musste ja auch der Finanzminister feststellen. Denn wie bewerte ich heute, ob der Haushalt in den nächsten Jahren dazu beiträgt, die großen Herausforderungen des Landes zu lösen?

Damit es aber nicht zu einem rein politischen Schlagabtausch von unterschiedlichen Standpunkten kommt und jeder in seine eigene Glaskugel schaut, gibt es in der Wissenschaft – yeah, follow the science – dazu einige konkurrierende Vorhersagemodelle. Man unterscheidet dabei im Wesentlichen zwischen deterministischen und probabilistischen.

Finanzminister Optendrenk, aber auch Ministerpräsident Wüst sind offensichtlich – und heute wieder unterstrichen – eher genauso wie die Pandemiepropheten Lauterbachs Anhänger der deterministischen Vorhersage. Ergo nehmen sie die Entwicklungen der Vergangenheit – Steuerwachstum, Wirtschaftswachstum, Coronafallzahlen – und extrapolieren diese stur in die Zukunft.

Das ist freilich ziemlich unterkomplex gedacht, aber es ist immerhin ein sehr eindrückliches Erklärmodell für die Zustände im Land und das Scheitern Ihres Haushalts.

(Beifall von der AfD)

Das Gegenmodell sind probabilistische Vorhersagen, die immer dann von Bedeutung sind, wenn sich die Ungewissheit nicht eingrenzen lässt, was praktisch bei jedem komplexen System der Fall ist: Schülerentwicklungszahlen, Coronafallzahlen, in NRW spannenderweise selbst die Zahl der Grenzübertritte, die sich nicht vorhersagen lässt, Wirtschaftsentwicklung. Das alles sind mögliche Beispiele.

Wesentlich für die Vorhersagekraft des Modells ist es daher, mathematisch gewisse Wahrscheinlichkeitswerte für Szenarien zu ermitteln, um daraus abschätzen zu können, wohin die Reise geht.

Das war ein wenig trocken bis hierher – einverstanden –, aber ich hoffe, Sie können mir dennoch folgen. Ein Krisenhaushalt ist immerhin ein sehr ernstes Thema. Ich poltere später noch genug.

In der Wissenschaft hat sich etabliert, Szenarien aus der Vergangenheit zu betrachten, die wesentliche Akteure bei ihrer Lösungsfähigkeit zu beobachten und zu bewerten und daraus eine Wahrscheinlichkeit für ihre Lösungsfähigkeit in der Zukunft zu entwickeln.

Ich darf Sie daher an dieser Stelle ein wenig in die Vergangenheit zu einer kurzen Rückschau mitnehmen – keine Sorge, diesmal nicht bis in die Bronzezeit. Da gab es schließlich weder CDU noch Grüne oder FDP, und selbst die SPD kam erst kurze Zeit später.

(Heiterkeit von der AfD – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Punkt eins ist die Transformationsfähigkeit. Sie ist wichtig, da sie eines Ihrer liebsten Themen ist. Die etablierten Parteien in Nordrhein-Westfalen haben in der Vergangenheit, exemplarisch bei der Bewältigung des Strukturwandels, völlig versagt. NRW weist nun in weiten Teilen eine höhere Armutsquote als die neuen Bundesländer auf, die über Jahrzehnte unter einer sozialistischen Diktatur leiden mussten.

Schlimmer noch: Der Trend legt noch weiter zu. Nordrhein-Westfalen ist das Land in der gesamten Republik, in dem von 2021 bis 2022 die Armutsquote selbst prozentual am zweithöchsten gestiegen ist. Die Menschen werden unter Ihnen also immer ärmer.

Es verwundert daher auch nicht, dass die etablierten Parteien bereits zwischen 1990 und 2021 im Schnitt das drittschlechteste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer fabriziert haben. Schlüsselindustrien sitzen heute zumeist in Baden-Württemberg oder Bayern. NRW ist zwar wie gewünscht nachhaltig, aber nur nachhaltig abgehängt ob der unfassbaren Träg-

heit, der politischen Borniertheit und der fehlenden Kreativität bei der Bewältigung des Wirtschaftswandels.

(Beifall von der AfD)

Wie soll das jetzt gelingen, wenn es Ihnen schon in der Vergangenheit insgesamt und gemeinsam nicht gelungen ist?

Punkt zwei ist die Migration. Es sind die gleichen Parteien, die katastrophal bei der Integration der Gastarbeiter gescheitert sind – das zeigt sich quasi in allen Bereichen des Zusammenlebens: bei der Einkommensstruktur, den Bildungsabschlüssen, selbst bei der Gesundheit der Migranten und bei der ihrer Nachkommen sowie natürlich in der Polizeilichen Kriminalstatistik –, die nun erneut bei der Integration der Migranten seit 2015 und in den Folgejahren scheitern.

Bis heute hat niemand die politische Verantwortung für die Silvesternacht in Köln übernommen. Dabei spricht man immer von Köln, es gibt aber genauso Berichte aus anderen Großstädten in Nordrhein-Westfalen, wo es zu ähnlichen Ausschreitungen und Übergriffen gekommen ist, nur vielleicht nicht in so geballtem Umfang und räumlich begrenzt.

Erst recht übernimmt niemand die Verantwortung dafür, dass NRW zwar durch Zuzug im Rekordtempo wächst, aber gleichzeitig die Fachkräftelücke immer größer wird. Das Einzige, das abnimmt, sind der bezahlbare Wohnraum und die Anzahl an Kitaplätzen.

Es hieß zwar immer, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, es zeigt sich aber sehr konkret: Die Zustände im Jahr 2015 haben schlicht nie aufgehört, man spricht nur einfach nicht mehr darüber.

(Beifall von der AfD)

Wie hoch ist also die Chance, dass es dieses Mal mit den gleichen Parteien und ihrer Politik funktioniert, Fachkräftezugang zu steuern und Integration gelingen zu lassen?

Punkt drei ist der Haushalt in der Vergangenheit. Die Grünen sind wieder in der Regierung, und mit ihnen gibt es eine Konstante, denn plötzlich ist der Haushalt offensichtlich nicht mehr verfassungsgemäß. Das gab es schon einmal, nämlich in den Regierungsjahren zusammen mit Norbert Walter-Borjans. Zumindest hinsichtlich dieser Tradition bleibt man sich treu, sie wird weiter fortgesetzt.

Sie halten es nicht einmal für nötig, vor der Aufnahme neuer Schulden Einsparungen mit Nachdruck zu prüfen. Sie zeigen auch nicht auf, wann und wie das Geld zurückgezahlt werden soll. Das soll dann für stabile Staatsfinanzen stehen. Wie realistisch ist das, bitte schön?

Entschuldigen Sie, dass ich bei all den Beispielen aus der Vergangenheit, die Sie geliefert und ich

Ihnen genannt habe, erhebliche Zweifel darüber anmelden muss, ob Sie in der Lage sind, dieses Mal die richtigen Analysen durchzuführen, an den richtigen Stellschrauben zu drehen und adäquate Lösungen zu finden.

Der Rechnungshof hat völlig recht. Es ist keine außergewöhnliche Notsituation. Mit Ihnen ist es leider die gänzlich normale, quasi verstetigte Notlage des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Sie sind leider nicht Teil der Lösung, Sie sind die maßgebliche Ursache für unsere Probleme. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Deutschland und NRW waren trotz Ihnen stark, nicht wegen Ihnen. Die Menschen hier sind fleißig, die Wirtschaft ist robust, die Gesellschaft ist sozial. Das Beste, das Sie tun können, ist, NRW nicht weiter im Weg zu stehen.

Aber natürlich will es keiner gewesen sein. Anstatt Verantwortung zu übernehmen, zeigen Sie immer mit dem Finger auf andere. Warum schneidet NRW so viel schlechter ab als andere Bundesländer? Mal wegen Putin, dann wegen Corona, wegen des Klimawandels oder wegen des Wiedererstarkens des Rechtspopulismus. Um Ausreden sind und waren Sie dabei nie verlegen.

Dabei war es natürlich nicht Putin, der bei uns die grundlastfähigen Kraftwerke abgeschaltet und uns so in eine gefährliche Abhängigkeit von russischem Gas getrieben hat. Das war wechselseitig Ihr gemeinsames Werk.

Sie sind völlig blauäugig in die Falle getappt, die nun die Bürger in kalten Wohnzimmern und mit gewaltigen Energiekosten ausbaden dürfen. Natürlich trifft die aktuelle Energiekrise Wirtschaftsregionen härter, aber diese Krise dauert etwas länger an als nur dieses Jahr. Wer war denn davor für Ihr Versagen schuld? Das Coronavirus?

Natürlich ist auch Corona nicht schuld an der katastrophalen Lage. Viren treffen keine politischen Entscheidungen, es sind leblose kleine Proteinfetzen. Viren schließen keine Geschäfte. Viren ziehen kein Flutterband um Spielplätze. Viren sprechen keine Verweilverbote auf Parkbänken aus. Viren haben Menschen nicht isoliert, sie einsam und alleine auf Intensivstationen sterben und anschließend ohne die Möglichkeit der Teilnahme auf Friedhöfen begraben lassen. Das alles waren wieder Sie in wechselnder Zusammensetzung, obwohl spätestens im Sommer 2020 klar war, dass Ihre Maßnahmen völlig überzogen und in vielen Teilen deutlich schädlicher als nützlich waren.

(Beifall von der AfD)

Anstatt einzulenken haben Sie lieber versucht, Kritiker mundtot zu machen und sozial auszugrenzen. Nun hier halbherzig mit einem Haushalt nach Corona

auffohlen zu wollen, ist nur noch mit Kopfschütteln zur Kenntnis zu nehmen. Die Gesundheit einer ganzen Generation wurde durch Ihr einmaliges Experiment aufs Spiel gesetzt. Zumindest Sie bleiben sich treu. Sie zeigen Mal um Mal, dass Sie es nicht können.

Zumindest der Klimawandel – die Jahrhundertherausforderung – muss doch jetzt die Notlage rechtfertigen. Die Grünen haben so darum gekämpft, dass auch in der letzten Kommune Nordrhein-Westfalens der Klimanotstand ausgerufen wird. Panikmache ist aus Ihrer Sicht zwar ganz offensichtlich ein probates Mittel, um politische Ziele zu realisieren, sie ist aber, um Gottes willen, kein guter Ratgeber.

Wir geben bereits heute das Zwei- bis Dreifache von dem aus, was an potenziellen Schäden durch die befürchteten realistischen Klimaveränderungen verursacht werden würde. Milliarden und Abermilliarden fließen in die Klimapolitik, um die Temperatur um den Bruchteil eines Grades zu senken – mit ungewissem Ausgang.

Es steht aber schon fest, dass all das Geld bitter fehlt, um Lehrer, Polizisten und Krankenschwestern zu bezahlen, um Schulen zu sanieren und Armut zu bekämpfen. Nicht einmal für den Katastrophenschutz gegen eventuelle Umweltkatastrophen bleibt am Ende genügend übrig.

Es sind nicht 1,5 Grad, die die Menschen ihre Zukunft kosten, sondern es ist Ihre konsequente Verarmungspolitik, die für kommende Generationen nichts, aber auch gar nichts anderes mehr übrig lässt als Betonfundamente von Windindustrieanlagen in Naturschutzgebieten und Schuldenberge.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Ist es denn zumindest der Rechtspopulismus, der sich für alle diese Krisen im Land verantwortlich zeigt? Zugestanden, wir machen es Ihnen nicht leicht, zumindest nicht damit, mit dem politischen Versagen davonzukommen. Darauf bin ich auch ein bisschen stolz, das ist handfeste Oppositionsarbeit. Aber wie sollen wir denn für all diese Verfehlungen verantwortlich sein, wenn wir in keiner Kommune, in keinem Kreis und schon gar nicht im Land an der Macht beteiligt sind oder waren, also keine dieser Entscheidungen mittragen konnten? Darauf legen Sie ja alle gemeinsam großen Wert. Nicht einmal auf völlig apolitischen Anträgen wollen Sie uns mitzeichnen lassen.

Nein, für diese Zustände im Land – die Armut, den Bildungsverfall, den Notstand in den Krankenhäusern und Praxen, die Wohnungsnot, die explodierenden Energie- und Lebensmittelkosten – sind Sie und Ihre Politik alleine verantwortlich.

(Beifall von der AfD)

Wer hätte denn schon wissen können, dass Schulen Lehrer brauchen, oder? Wem wollen Sie das denn bitte verkaufen? Kinder werden nicht über Nacht schulpflichtig. Sie haben nach jeder Geburt mindestens fünf Jahre Vorlauf, um einen Schulplatz bereitzustellen. Dass nun also 8.000 Lehrer in Nordrhein-Westfalen fehlen, ist kein Zufall, keine böse Überraschung, keine Einflussnahme von außen. Es ist Ihr politisches Versagen quer durch die Bank. Sie haben einfach viel zu lange weggesehen, anstatt einzugreifen.

Es ist Ihr politischer Stil, immer erst dann aufzustehen, wenn Sie von der öffentlichen Empörung und den Medien zum Jagen getragen werden. Ansonsten werden hier systematisch Probleme ausgesessen in der Hoffnung, sie gehen von alleine, oder die Folgeregierung muss sich darum kümmern. Das, liebe Damen und Herren, ist schlicht Arbeitsverweigerung.

(Beifall von der AfD)

Es wundert daher auch nicht, dass ein Fünftel der Schüler in Nordrhein-Westfalen nicht mehr die Mindestanforderungen im Lesen, Schreiben und Rechnen erfüllt, dass wir im europäischen Vergleich eine der schlechtesten Schichtmobilitäten bei Bildungsabschlüssen, dafür aber astronomisch hohe Zahlen bei den Übergriffen auf Lehrer haben.

Dabei sind die Schulen ja kein Einzelfall. In den Kitas zeigt sich doch genau das gleiche Bild. Auch hier fehlen Tausende Betreuerinnen, alleine um den Regelbetrieb aufrechtzuerhalten. Wir reden hier nicht einmal mehr über die von den Pädagogen geforderten Betreuungsschlüssel. Es wäre daher anmaßend, bei Ihnen noch von einer frühkindlichen Bildung in den Kitas zu sprechen. Bei aller Mühe und allem Einsatz der Erzieherinnen: Mit Ihnen ist das allenfalls eine Notbetreuung.

Auch im Gesundheitswesen stellt sich exakt das gleiche Bild: überfüllte Krankenhausflure, ausgebranntes Personal. Doch anstatt zu heilen, setzen Sie seit Jahren darauf, auf klaffende Wunden kleine Pflaster zu kleben. Sie haben zugelassen, dass Patienten als Fälle und Krankenhäuser als Profitquelle für Investoren betrachtet werden, dass MVZ von externen Investoren teils nicht einmal mehr aus dem Gesundheitswesen aufgekauft und Leistungen für Patienten eingeschränkt werden.

Unter Ihnen haben wir eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt mit einem maximal nur noch mittelmäßigen Output. Es gibt ewige Wartezeiten auf Facharzttermine oder beim Psychologen. Kommt man dann dran, haben die kaum ein Zeitfenster für das Allerwichtigste, für eine vernünftige Anamnese, für sprechende Medizin. Aber das alles ist so gewollt. Das ist Ihre Politik, genau wie die völlig unterfinanzierte Prävention.

Damit sind wir beim Sport, in der Staatskanzlei angesiedelt, nur um ihn dann stiefmütterlich erledigen zu

lassen. Ihre Sportpolitik kommt kaum über die Prävention von Vereinspleiten hinaus. Der durchschnittliche Nordrhein-Westfale hat in den Lockdowns 5 kg zugelegt. Die Bewegungsmuster haben sich nachhaltig verschlechtert – mit nachhaltigen Folgen für die Gesundheit. Doch anstatt hier mit mehr Investitionen aktiv in die Prävention zu gehen, die Menschen wieder mehr zur Bewegung anzuhalten und ihnen mit einem aktiven Vereinswesen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit dazu zu geben, wird nur weiter gespart, bis aus den Couch-Potatos dann Behandlungsfälle im eben thematisierten Gesundheitswesen geworden sind.

Genauso kann man gerade dabei zusehen, wie Ihre Baupolitik krachend scheitert. Der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum wird mit Ihnen in NRW mehr und mehr zur Utopie. Sie haben es geschafft, das Investitionsklima an dem Standort durch staatliche Eingriffe derart herunterzuwirtschaften, dass es sich schlicht nicht mehr lohnt, Wohnungen zu bauen.

Mit Ihnen möchte einfach kaum jemand mehr Vermieter sein und erst recht nicht werden. Zu groß ist die Sorge davor, von Ihnen geschröpft und für gescheiterte Großprojekte wie Transformation, Integration und demografischen Wandel zur Kasse gebeten zu werden. Das ist immer mehr Menschen bewusst. Wer langfristig investiert, der bindet sich. Und an Sie will sich keiner mehr binden. Wäre die Regierung eine Aktie, sie wäre im freien Fall. Aber Wohnungen sind nicht das Einzige, das mit Ihnen schlichtweg nicht mehr gebaut wird.

Verkehr und Infrastruktur: Was eigentlich Aushängeschild und wichtiger Standortfaktor für eine starke Industrie- und Wirtschaftsregion sein müsste, ist bei Ihnen kaum mehr der Sanierung würdig. Etwa 171 Stunden gehen laut ADAC den Menschen in NRW durch Staus jährlich verloren – mehr als in jedem anderen Bundesland.

NRW ist, so munkelt man, Weltmarktführer der billigsten Brückensanierungen: Tempo 60 und Achtung-Brückenschäden-Schilder, die dann bis in alle Ewigkeiten stehen. Das macht es natürlich sehr einfach. Das entschleunigt dann auch den Weg zur Arbeit. Das ist aber keine gute Mobilitätspolitik.

(Beifall von der AfD)

Sie dürfen Mobilität und insbesondere Individualmobilität nicht weiter als politischen Gegner betrachten. Sie verrennen sich in eine gefährliche Einbahnstraße. International ist kaum jemand bereit, diese mitzugehen. Die wenigsten Handwerker werden bereit sein, für Sie aufs Lastenrad umzusteigen. Die meisten, mit denen ich gesprochen habe, ziehen dann lieber nach Skandinavien, in die Schweiz, nach Kanada oder in die USA. Dann gehen Ihre Fachkräfte. Nur das Tempo-60-Schild bleibt, wahrscheinlich noch für eine ganze Weile.

Dabei wären die von Ihnen so geliebten Elektroautos beispielsweise Wunschpartner von Kernkraft. Immer dann, wenn die Autos zum Laden am Netz hängen, gab es in der Vergangenheit Probleme mit überschüssigem Strom, da nachts weniger Personen die Waschmaschine anwerfen, das Licht brennen oder den Fernseher durchlaufen lassen.

Aber nichts bekommt Sie von Ihrem ideologischen Feldzug für die Wind- und Solarenergie weg, weder eine Dunkelflaute noch der Pressebericht, man könne sofort die Strompreise um 50 % senken, indem man alle deutschen Kernkraftwerke einfach zurück ans Netz hole, ja noch nicht einmal mehr saubere grüne Energie in Form von Kernfusion.

Anstatt Lehrstühle zu schaffen, die Kindern zutrauen, ihr Geschlecht zu wechseln, aber nicht, „Pippi Langstrumpf“ unzensuriert zu lesen, sollten Sie es vielleicht mal wieder mit Forschung im Bereich „Kernenergie und Kernfusion“ versuchen.

Sie haben sich öffentlich längst damit abgefunden, dass der Verkehr in NRW stockt, der Rhein bald wieder zur unüberwindbaren natürlichen Schranke wird, wenn auch die letzte Rheinbrücke unbefahrbar geworden ist, und keine einzige Hochschule in NRW mehr im internationalen Topranking zu finden ist. Was ist nur aus dem Land der Dichter und Denker, der Ingenieure und Maschinenbauer, der Chemiker und Pharmazeuten geworden?

Ihre feministische, moderne Politik wiederum macht mehr für Männer mit Perücken als für Frauen in der Forschung. Auch das ist eigentlich kaum zu fassen.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Aber es passt ins Bild. Auch Ihre Arbeitsmarktpolitik kümmert sich lieber um das Verteilen von Sozialleistungen als um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dabei gilt nach wie vor und immerzu: Armut löst man nicht mit Almosen, sondern mit Arbeit.

Mit Ihnen wird der amerikanische Traum „vom Tellerwäscher zum Millionär“, das große Versprechen des Kapitalismus, immer mehr zum Traum statt zum Motto. Mit Ihnen und Ihrer Politik wird der Tellerwäscher allenfalls noch zum Tellerwaschenden, wie gerade eben wieder gehört. Und das wollen Sie uns dann noch als Gerechtigkeit verkaufen.

(Beifall von der AfD)

Die Eingriffe in die robuste NRW-Wirtschaft durch SPD, CDU, Grüne und FDP sind und bleiben das Belastungspaket. Das einzige Entlastungspaket gibt es von der AfD. Wir entlasten, und zwar nicht Sie, sondern die Bürger. Ein schlanker Staat, niedrige Steuern, mehr Freiheit, das gibt es nur mit der AfD.

(Beifall von der AfD)

Während Sie Vorreiter als klimaneutrales Land werden wollen – zur Erinnerung: Deutschland trägt 1,9 % zum anthropogenen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei, NRW davon wiederum nur 20 %, also insgesamt null Komma noch etwas Prozent; wir haben keinen nennenswerten Einfluss auf das Weltklima, Sie wollen aber dennoch Milliarden investieren –, möchten wir das Land werden, das wieder Wohlstand für alle verspricht: durch Innovation, durch gute und bezahlbare Arbeit in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und nicht als deren CO<sub>2</sub>-politischer Bewährungshelfer.

Der Mittelstand, die großen Unternehmen verfügen schlicht über mehr Marktkenntnisse als Mona Neubaur. Sorry, wer das nicht sieht, der sorgt für viele teure Fehlentscheidungen für die ohnehin sehr gebeutelten Steuerzahler. Sie erzeugen mit der großen Transformation ein unfassbares Klumpenrisiko. Sie setzen alles auf eine Karte. Kein Mensch, der auch nur mal 50 Euro investiert hat, würde da mitgehen.

Aber Sie gehen mit Steuergeld um, als wären es Jetons im Spielcasino. Es ist ja nur Geld, Sie erinnern sich. Man kann das Geld also den Grünen anvertrauen, klar. Aber dann ist es wie bei der inneren Sicherheit: beides weg.

Bei 13 Messerattacken am Tag und einer Gruppenvergewaltigung jeden zweiten Tag in Nordrhein-Westfalen kann man nicht mehr von Law and Order sprechen, wie es so gerne gemacht wird. Wenn im Innenressort nicht umgesteuert und nicht dringend gehandelt wird, dann ist das nicht Law and Order, dann ist das vielmehr Wild, Wild West.

Die Regierung kann nicht mehr für Bildung, für eine geregelte Gesundheitsversorgung, für eine warme Wohnung und sichere Straßen sorgen. In NRW mangelt es mittlerweile am Notwendigsten. Nach Hemingway: In Krisen geht erst einmal alles ganz langsam, und dann kommt alles auf einmal.

Selbst der Wocheneinkauf wird bei Ihnen für immer mehr Bürger zum finanziellen Risiko. Wenn Sie das alles nicht mehr schaffen, wenn Ihnen die Verantwortung für die von Ihnen geschaffenen Krisen zu groß wird: Niemand zwingt Sie dazu, in der Regierung zu bleiben. Treten Sie zurück, und machen Sie den Weg frei für neue Ideen, frische Gedanken und unbelastete Politiker.

(Beifall von der AfD)

Aber Sie und ich wissen: Das wird nicht passieren. Sie werden auch weiterhin hart mit jedem ins Gericht gehen, der Ihnen nicht ins Bild passt, werden für alle Krisen Schuldige außerhalb des eigenen Sakkos finden und sich beim Blick aus der gepanzerten Limousine fragen, warum die Menschen alle so traurig sind. Das Leben ist doch schön. So werden bald wahrscheinlich nicht mehr nur 19 % der Menschen in NRW von Armut betroffen sein, sondern, ähnlich wie bereits jetzt in Teilen des Ruhrgebiets, jeder Dritte.

NRW soll klimaneutrales Bundesland werden. Firmen, die mit ihren Arbeitsplätzen vor Ihnen ins Ausland geflohen sind, können hier kein CO<sub>2</sub> mehr ausstoßen, richtig, aber eben auch keine Familien ernähren.

Dafür werden am anderen Ende die Kinder, die heute zwischen Lehrermangel und Anarchie in den Schulklassen keinen vernünftigen Abschluss machen, demnächst nicht als High Performer, als Softwareentwickler durchstarten.

Das alles ist hausgemacht. Das alles ist bereits jetzt abzusehen. Nur, Sie scheitern daran, die richtigen Fragen zu stellen, um dann zu einer Lösung zu kommen. Klar, es könnte ja auch unangenehm sein.

Bei Politikern, die auch für das Jahr 2023 noch mehrere Hundert Millionen Euro für Coronatests, Masken und Co. an Kitas und Schulen einplanen, die aber auf der anderen Seite gerade 2 Millionen Euro für die aus allen Nähten platzenden Tafeln haben, während für ein Sofortprogramm für Kinderkliniken, die erst über die letzten Jahre kaputtgespart wurden, nur um nach zwei Jahren des Social Distancing vor dem völligen Kollaps zu stehen, kein einziger Euro mehr übrig bleibt, habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Woher soll man auch die 50 Millionen Euro für die Kinderkliniken nehmen, um dringend benötigte Springer- und Honorarärzte zu bezahlen, damit noch jedes schwerkranke Kind in NRW behandelt werden kann, wenn man das Geld so dringend für Diversity Management, die Förderung von Gleichstellung an Hochschulen sowie die Gleichstellung in Beruf und Gesellschaft braucht, auch 50 Millionen Euro?

Während Sie lieber 971,5 Millionen Euro in den Kampf gegen die Coronapandemie stecken wollen, würden wir das Geld deutlich lieber in den Kampf gegen die Folgen Ihrer Pandemiebekämpfung investieren. Wir brauchen kein Geld für Impfzentren, Testregime an Schulen, zusätzliche Kapazitäten im Schülerverkehr, geschweige denn für extra Kontrollpersonal im ÖPNV. Wir wollen die Maskenpflicht im ÖPNV aufheben und lieber ins Aufholen nach Corona investieren: in neue Lehrer, in Kinderkliniken, in zusätzliche Therapieplätze, um die psychischen Folgen der Isolation und Panikmache abzufedern, in die Sportvereine, damit die Kinder endlich wieder Freude am Leben haben, anstatt mit Ihnen Angst voreinander.

(Beifall von der AfD)

Während Sie lieber sagenhafte 226 Millionen Euro in diverse Klimaschutzfantasien investieren wollen – 1,1 Millionen Euro allein für eine klimaneutrale Landesverwaltung –, wollen wir lieber 10,4 Millionen Euro für eine Wertschätzungsprämie für das ehrenamtliche Engagement der Bürger, für ein besseres und soziales Miteinander, mehr Geld für die Forschung, um mit den Lösungen von Morgen den

Problemen begegnen zu können, statt mit Ihnen zurück ins vorindustrialisierte Zeitalter zu fallen.

Wir wollen mehr Investitionen in kluge Köpfe, 10 Millionen Euro für Lesen und Schreiben an Grundschulen, damit aus Ihrer Bildungskatastrophe keine Lost Generation erwächst, zudem 2 Millionen Euro zusätzlich für den Sport in NRW, da jeder investierte Euro in den Breitensport mindestens einer ist, den wir im Gesundheitsbereich irgendwann sparen werden.

Während Sie die Clankriminalität lieber bekämpfen würden, indem Sie einfach die Definition des Begriffs „Clan“ ändern, sodass es dann rein technisch keine mehr gibt, wollen wir 100 Millionen Euro für Dienstzulagen für Polizisten und 7,2 Millionen Euro für Staatsanwälte und Richter.

Mit Ihnen gibt es rund 3 Millionen Euro an Zuschüssen für die Film- und Medienstiftung NRW GmbH für zum Teil wirklich laue Produktionen. Bei uns gibt es 100 Millionen Euro gegenfinanziert für den Breitbandausbau, damit man genauso wenig über die deutsche Digitalisierung lachen muss wie über die Komödien, die hier produziert werden.

(Beifall von der AfD)

Während Sie die Freie Szene unter anderem in Projekten wie „Demokratiestärkende Methoden im Tanz“ fördern, gibt es bei uns 1,5 Millionen Euro zusätzlich für die Förderung des Bibliothekwesens.

Sie wollen in Radschnellwege investieren, weil man bald kaum mehr mit dem Auto, so hat man den Eindruck, über die Straßen zur Arbeit kommt. Wir wollen lieber 41 Millionen Euro in den Straßen- und Brückenbau investieren, damit der Verkehr in NRW endlich wieder fließt.

Der einzige Weg, den Staatsapparat effizient zu machen, ist, ihn zu verkleinern, so wusste schon Milton Friedman. Sie aber haben den Regierungsapparat allein in den letzten sechs Jahren mit zusätzlichem Personal geradezu aufgebläht und planen so 60 Millionen Euro zusätzlich ein. Wir hätten lieber einen schlanken Staat ohne Versorgungsposten für Parteifreunde und würden das Geld lieber in den Wohnungsneubau investieren.

Sie kürzen beim Sport und investieren in den Ausbau des Landtags. Mit uns wäre es genau andersherum. Wir würden mit einer Reform die Zahl der Abgeordneten in NRW verringern und den Kindern lieber wieder Schwimmen beibringen.

Mit Ihnen soll es 6 Millionen Euro zur Anschubfinanzierung der Pflegekammer geben, damit den Pflegekräften erst später auffällt, was für ein teurer Spaß das ist, wenn es quasi schon zu spät ist; denn in Deutschland wurde noch nie eine Kammer, einmal geschaffen, wieder aufgelöst. Wir würden dieses Geld, das gleiche Geld, lieber in ein Projekt gegen Gewalt an Pflegekräften investieren.

Ihr Haushalt sieht 6,4 Millionen Euro Fördergeld für parteinahe Jugendorganisationen vor. Mit uns gäbe es das Geld lieber für die heimische Landwirtschaft.

Es geht immer und ganz wesentlich um die Frage der Priorisierung, um den Willen dazu, mit dem Geld auszukommen, das jetzt und zukünftig zur Verfügung steht. Welche Mittel sind tatsächlich dazu geeignet, unser Land nach vorne zu bringen, unseren Erfolg zu sichern, und was ist eher ein Nice-to-have?

Wer bei jedem Problem gleich neue Schulden macht, so wie Sie, der muss sich dann über Inflation nicht beschweren. Wer Probleme mit Geld zuschüttet, der ist der Grund für Inflation. Insbesondere bei der Nachhaltigkeit, was Ihnen ja sonst, so sagen Sie, so wichtig ist, versagen Sie komplett. Die junge Generation kann einfach nicht noch mehr Schulden tragen.

Aber noch bevor der demografische Wandel tatsächlich richtig zuschlägt und sowohl die Arbeit auf der einen Seite verschwindet sowie die Menschen im Sozialbezug wieder auftauchen, sind die Kassen mit Ihnen nur noch große schwarze Löcher. Allein bei den Zinskosten für Ihre Schulden gehen wir mit Riesensprüngen voran, sodass das zu erheblichem haushalterischem Gepäck für kommende Generationen wird.

NRW ist mit knapp 190 Milliarden Euro das mit Abstand höchstverschuldete Bundesland. Auch bei den Schulden pro Einwohner liegt NRW mit 10.664 Euro deutlich über dem Schnitt der westlichen Flächenländer.

Aber – ich komme zum Schluss – Menschen ändern sich eben nicht. Parteien ändern sich offensichtlich nicht, und die Politik ist nicht bereit, sich zu ändern, zumindest nicht mit Ihnen.

So gelten die Worte Gabriel Bonnot de Mablys heute wie 1758: L'avenir les inquiète peu: après eux le déluge. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung hat nun Ministerpräsident Hendrik Wüst das Wort.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Hendrik Wüst, Ministerpräsident:** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Tagen endet ein Jahr, das vor allem durch ein Datum geprägt war: den 24. Februar. An diesem Tag begann der brutale russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – mit sehr viel Leid für die Menschen zwischen Donbass und Lemberg.

Die russische Kriegsführung zielt immer stärker darauf ab, Menschen aus der Ukraine zu vertreiben.

Dieser Krieg hat Gewissheiten erschüttert, und dieser Krieg hat auch konkrete Folgen hier bei uns: steigende Energiepreise, Rekordinflation, Sorgen um Arbeitsplätze. Das macht vielen Menschen zu schaffen.

Niemand kann sagen, wie lange dieser Krieg noch dauern wird. Niemand kann sagen, wie viele Menschen noch zu uns fliehen werden. Niemand kann sagen, ob unsere Wirtschaft sich im nächsten Jahr erholt oder weiter einbrechen wird.

Aber eines steht fest: Wir müssen jetzt Vorsorge für diese Unwägbarkeiten treffen, damit wir das Land und die Menschen gut durch die Krise bringen, damit wir in Zeiten der Unsicherheit den Menschen ein Stück Sicherheit geben, um soziale Notlagen zu verhindern, um unsere soziale Infrastruktur zu sichern. Das ist Teil des gesellschaftlichen Zusammenhalts, den wir jetzt stärken müssen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass Menschen, denen es schon vor diesem Krieg nicht gut ging, ins Bodenlose fallen. Wir werden diese Krise gemeinsam meistern. Wir sind das Land der Solidarität und des Zusammenhalts, und genau deshalb helfen wir.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Allein an den Entlastungen des Bundes beteiligen wir uns mit 4 Milliarden Euro – jedes Jahr. 4 Milliarden Euro schneidet man nicht mal eben aus einem Etat heraus.

Unser Haushalt ist, anders als der Bundeshaushalt, sehr geprägt von fixen Personalkosten für Lehrer, Polizisten, Justizangestellte. 4 Milliarden Euro stellen für uns eine große Belastung dar, aber wir gehen das mit, weil es jetzt notwendig ist.

Dazu kommen die finanziellen Aufwendungen für die anständige Versorgung der Flüchtlinge. In den vergangenen Jahren war es immer so, dass im Winter weniger Menschen zu uns geflohen sind. Jetzt ist es anders, in diesem Winter kommen mehr Flüchtlinge zu uns.

Das liegt an der veränderten Kriegsführung in der Ukraine. Russland greift ganz gezielt die zivile Infrastruktur an. Das Kalkül dahinter: Ohne Fenster, ohne Strom, ohne Heizung werden die Menschen im Winter in Massen ihre Heimat verlassen müssen.

Die Versorgung der Flüchtlinge wird für unsere Kommunen zunehmend schwierig. Es kommen viele Kinder, die nicht nur untergebracht, sondern auch in der Kita betreut und in der Schule unterrichtet werden müssen. Diesen Menschen gerecht zu werden, wird die Kommunen immer weiter herausfordern, und wir müssen als Land helfen, wo wir können.

Das wird uns finanziell herausfordern. Niemand kann uns sagen, in welcher Größenordnung wir am Ende

helfen müssen. Am Ende dieses Jahres weiß niemand, was uns das nächste Jahr bringen wird.

Wir treffen deshalb Vorsorge. Wir bereiten uns auf das Unwägbar, auf das Unvorhersehbar vor. Wir schaffen Vorsorge und Hilfe für die, die besonders in Not sind. Darum geht es in diesen Tagen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Neben der Entlastung des Bundes, die wir mitbezahlen, und der Versorgung der Flüchtlinge sind jetzt eigene Hilfsprogramme des Landes zu finanzieren. Die Sicherung weiterer Teile der sozialen Infrastruktur aufgrund der hohen Energiepreise wird die Unterstützung des Landes erfordern.

In einer ersten Tranche stellen wir dafür 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Dieses Paket hat nur ein Ziel: die Unterstützung der Menschen in Zeiten der Krise. Es geht um Hilfen für Kitas, Teilhabechancen für Kinder, Hilfe für Wohnungslose und Tafeln, anständige Unterbringung der Flüchtlinge, die Unterstützung des energieintensiven Mittelstands, damit Arbeitsplätze sicher sind, und um die Finanzierung der Krankenhäuser.

Wir leisten akute Hilfen durch eine Abfederung der Energiekosten, die Stärkung unserer kritischen Infrastruktur und gezielte Programme für soziale Einrichtungen und gesellschaftliche Begegnungsorte. Wir machen den ÖPNV krisenfest für Millionen Pendler.

Wir schließen mit all dem die Lücken, die beim Entlastungspaket des Bundes offengeblieben sind. Unsere Hilfen kommen insbesondere den Menschen in unserem Land zugute, denen es ohnehin nicht gut geht.

Bei all den Debatten, die hier heute stattgefunden haben: Das Wesentliche ist es, die Menschen gut durch diese Krise zu bringen.

(Anhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ja, das alles geschieht unter einem hohen zeitlichen Druck und mit einer großen Dynamik.

Ich will noch einmal unseren Teil an den Entlastungen des Bundes beschreiben. Dieser ist wesentlich durch die Kosten zur Absenkung der kalten Progression geprägt. Am 2. November 2022 haben sich die Länder mit dem Bund auf einen Abbau verständigt. Das sollte uns in Nordrhein-Westfalen zunächst 1,6 Milliarden Euro im Jahr kosten. Auf dieser Basis haben wir einem Gesamtpaket zugestimmt. Auf dieser Basis haben wir eingeschlagen.

Kurz danach hat der Bundesfinanzminister einen neuen Progressionsbericht vorgelegt. Die Belastung unseres Haushalts hat sich dadurch in wenigen Tagen fast verdoppelt. Statt 1,6 Milliarden Euro kommen noch einmal 1,4 Milliarden Euro obendrauf; es sind also in Summe 3 Milliarden Euro. Das passiert

einfach mal so. Und das beschreibt die Dynamik, die immer wieder auch Änderungen nötig gemacht hat.

Deshalb fällt uns auch kein Zacken aus der Krone, wenn wir auf die Hinweise von Expertinnen und Experten hören und im laufenden Verfahren auf Veränderungen reagieren, nachjustieren und es besser machen.

Es ist so, wie ich es an diesem Rednerpult nach meiner zweiten Wahl zum Ministerpräsidenten gesagt habe: Weil keine Partei die allein selig machende Antwort hat, geht es immer wieder aufs Neue darum, über den richtigen Weg konstruktiv zu diskutieren und um die besten Lösungen zu ringen.

Niemand kann sagen, wie sehr sich diese Krise noch zuspitzen wird. Bei der Größe der Herausforderungen braucht es das konstruktive Zusammenwirken von Regierung und Opposition. Wir werden dieses Miteinander hier im Landtag auch weiterhin suchen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Konkret heißt das: Anders als noch bei den Corona-hilfen werden wir über jede Maßnahme hier im Plenum diskutieren und abstimmen. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, der Unsicherheit in diesen Zeiten Sicherheit entgegenzusetzen. Darum geht es.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Krieg und seine Folgen sind nicht die einzige Herausforderung in unserer Zeit. Der Klimawandel ist in Nordrhein-Westfalen nicht nur messbar; er ist für uns alle auch spürbar.

Im vergangenen Jahr gab es Starkregen und Überflutungen mit 49 Toten in Nordrhein-Westfalen und mit Schäden in Milliardenhöhe. In diesem Sommer hatten wir monatelang Dürre – überall braune Wiesen und Gärten; Waldbrände, wie wir sie sonst in Deutschland nicht gehabt haben; Niedrigwasser bei uns im Rhein; Tornados in Lippstadt, Paderborn und an anderen Orten.

Wir sind die erste Generation, die wirklich nicht mehr weggucken kann. Wir sind die erste Generation, die sicher weiß, was passiert, wenn nichts passiert. Wenn nichts passiert, wird sich die Durchschnittstemperatur in Nordrhein-Westfalen in den nächsten 50 Jahren dramatisch erhöhen. Für unsere Kinder und Enkelkinder hieße das: noch mehr Dürre, noch mehr Waldbrände, noch mehr Überschwemmungen.

Die Daueraufgabe unserer Zeit ist deshalb der Schutz unseres Klimas, die Bewahrung unserer Schöpfung. Wenn wir nichts tun, wird es schlimmer. Deshalb stellen wir uns auch dieser Krise. Wir halten dagegen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Unserem Land kommt dabei besondere Verantwortung zu. Wir sind eine der wichtigsten Industrie-

regionen der Welt. Schon heute leisten wir einen großen Beitrag zum Klimaschutz – wie kaum eine andere Region. Allein mit dem Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030 sparen wir 280 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>.

Klimaschutz wird dann weltweit erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, Klimaschutz und Industrie mit guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit zu versöhnen, sodass andere sehen, dass beides geht, nämlich das Klima zu schützen und Wohlstand zu schaffen. Das ist unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung als Industrieland.

Die Landesregierung will, dass Nordrhein-Westfalen Industrieland bleibt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Daran arbeiten wir gemeinsam, und zwar aus Überzeugung, weil wir wissen, was unser Land der Industrie zu verdanken hat – den großen Unternehmen, den Mittelständlern, den Familienunternehmen, den Weltmarktführern und den Hidden Champions. Sie schaffen seit Jahrzehnten unseren Wohlstand, soziale Sicherheit und Arbeitsplätze. Sie haben die Identität unseres Landes geprägt.

Wir wissen: Nur mit einer starken, einer modernen und einer innovativen Industrie werden wir dauerhaft Wohlstand und soziale Sicherheit schaffen.

Damit unsere Industrie Zukunft hat, wird sie sich neu erfinden – wieder einmal. In den 200 Jahren Industriegeschichte hat sich unsere Industrie ständig neu erfunden. Das macht ihren Erfolg und den Erfolg unseres Landes bis heute aus. Wir können Wandel. Auch diesen Wandel werden wir erfolgreich meistern.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Den Wandel hin zur klimaneutralen Produktion werden wir dort unterstützen, wo Hilfe gebraucht wird. Ein Beispiel dafür ist der Bereich „Stahl“. Ob Rotorblätter oder Pipelines für Wasserstoff – ohne Stahl keine Energiewende. Ob Schiene oder Binnenschiff – ohne Stahl keine klimafreundliche Mobilität.

thyssenkrupp wird grünen Stahl bei uns in Duisburg herstellen. So werden jährlich 3,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Wir unterstützen thyssenkrupp deshalb bei dieser Innovation mit der höchsten Einzelförderung der Landesgeschichte, nämlich mit bis zu 700 Millionen Euro.

Grüner Stahl made in Nordrhein-Westfalen ist eine zentrale Säule des Wohlstands der Zukunft. Wir sorgen dafür.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Industrie in Nordrhein-Westfalen umfasst auch Chemie, Zement, Glas, Alu, Papier und vieles mehr. Diese Industrien eint, dass sie viel Strom, viel Gas und viel Wärme brauchen. Nordrhein-Westfalen ist

Industrieland, weil wir Energieland sind und sich die Industrie dort ansiedelt, wo Energie sicher und bezahlbar zur Verfügung steht. Mit unserer heimischen Kohle konnten wir das lange bieten.

Damit Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft Industrieland bleibt, steigen wir aus tiefer Überzeugung mit einem konkreten Plan und einem großen Anspruch in die Energieversorgung der Zukunft ein. In Nordrhein-Westfalen gibt es deshalb keinen Ausstieg ohne Einstieg mehr.

Bis 2030 steigen wir aus der Braunkohleverstromung aus, damit wir die Klimaziele erreichen. Gleichzeitig steigen wir in neue Energieproduktionen ein. Das ist Teil der Vereinbarung zum Ausstieg aus der Kohle. 1 Gigawatt erneuerbare Energien zusätzlich und 3 Gigawatt Gaskraftwerke, die später mit Wasserstoff laufen: Das schafft Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Und das ist verantwortungsvolle, moderne Industriepolitik.

(Lebhafter Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die erneuerbaren Energien sind ein zentraler Standortfaktor. Immer mehr Unternehmen setzen sich klare Klimaziele. Sie wissen, dass ihre Produkte nachhaltig sein müssen, damit sie auch in Zukunft marktfähig sind.

Der Chiphersteller Infineon will bis 2030 CO<sub>2</sub>-neutral werden und Chips mit grünem Strom produzieren – auch an seinem wichtigen Standort bei uns in Warstein. Dieser soll zukünftig über einen Windpark mit Energie versorgt werden, damit Infineon seinen Kunden das bieten kann, was sie suchen: nachhaltig produzierte Chips für Wärmepumpen und Elektromobilität.

Genauso ist es bei Miele. Die Produkte von Miele, die auf allen Kontinenten in der Welt genutzt werden, sollen künftig klimaneutral produziert werden. Miele hat deshalb mit thyssenkrupp Vereinbarungen über die Lieferung grünen Stahls geschlossen. Ab 2030 will Miele zu 100 % grünen Stahl einsetzen, weil die Kunden das erwarten.

Allein diese Beispiele zeigen, dass unsere Wirtschaft einen enormen Bedarf an erneuerbaren Energien hat. Deshalb sorgen wir jetzt dafür, dass dieser Bedarf auch gedeckt wird. Der Ausbau muss schneller erfolgen. Das tun wir mit neuen Regeln beim Ausbau der Windenergie sowie mit einer Beschleunigung des Ausbaus der Photovoltaik auf Baggerseen und Obstplantagen, Häusern und Ställen.

Außerdem setzen wir auf Wasserstoff. Deshalb brauchen wir den Ausbau der Pipelines nach Belgien und in die Niederlande – jetzt für LNG und später für Wasserstoff.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen geht beim Schutz unseres Klimas voran. Deshalb ist es ein Gewinn für das weltweite Klima, wenn die Industrie hier bei uns bleibt, und es ist ein Gewinn für unser Land, wenn wir die guten Arbeitsplätze bei uns sichern. Auch auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren wir mit Entschlossenheit. So schaffen wir Zukunft für die Industrie; so schaffen wir Sicherheit für Arbeitsplätze; so sichern wir Wohlstand und garantieren soziale Sicherheit für die Menschen in unserem Land.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Mehr Tempo brauchen wir nicht nur beim Ausbau der Erneuerbaren. Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass wir im Rheinischen Revier schneller vorankommen. Wir beschleunigen die Verfahren, damit dort Neues entstehen kann, bevor das Alte geht. Das gilt nicht nur für die Energieversorgung, sondern gerade auch für Arbeitsplätze. Wir arbeiten daran, dass die neuen Arbeitsplätze da sind, bevor alte Arbeitsplätze nicht mehr vorhanden sind. Das schafft gerade dort Sicherheit im Wandel.

Deutschland muss insgesamt schneller werden: beim Leitungsbau, bei der Verkehrsinfrastruktur, bei den Genehmigungsverfahren für Unternehmen in der Transformation. Dazu reicht es auch nicht, Ingenieure einstellen zu wollen, die es gar nicht gibt, oder mehr Geld zu versprechen. Wir müssen an das Planungsrecht heran. Dass der Bund den für dieses Jahr verabredeten Pakt für Planungsbeschleunigung auf das nächste Jahr verschoben hat, ist enttäuschend. Wir brauchen eine klare Agenda für mehr Tempo.

In den letzten Jahren haben wir viele tüchtige Ingenieurinnen und Ingenieure eingestellt, die heute viel zu oft damit beschäftigt sind, die vielen Verfahrensschritte abzuarbeiten. Sie müssen viel zu viel Papier produzieren, bis endlich Schienen gebaut, Brücken repariert oder Windräder aufgestellt werden. An diesen Irrsinn müssen wir heran.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Salamitaktik, das künstliche Verlängern von Gerichtsverfahren durch scheinbar weises Vorlegen, darf es nicht länger geben. Zu Beginn eines Rechtsstreits müssen alle Fakten auf den Tisch. Wir brauchen Stichtagsregelungen. Es kann nicht sein, dass Rechtsänderungen mitten in einem Verfahren dazu führen, dass man wieder von vorne anfangen muss. Wir brauchen mehr vorzeitige Maßnahmenbeginn. Wenn nur noch die Frage Streitig ist, ob die Lärmschutzwand 3,50 oder 4,00 m hoch ist, kann man das unterwegs klären und muss das ganze Verfahren deshalb nicht anhalten.

Das Wind-an-Land-Gesetz des Bundes kann ein gutes Vorbild für eine neue Balance von Artenschutz und notwendigen Projekten sein. Dieses Prinzip gilt es jetzt auch auf andere wichtige Projekte zu über-

tragen. Nicht nur bei LNG-Terminals muss gelten: Deutschland wird schneller. – Das ist unsere Aufgabe. Daran müssen wir gemeinsam mit dem Bund schnell arbeiten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wasserstoff, Photovoltaik, Windräder – nichts passiert ohne Menschen, die all das bauen und installieren. Nur mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern können Unternehmen auch die Chancen der Digitalisierung nutzen, Innovationen etwa in der Biotechnologie, der Medizin oder der Luft- und Raumfahrt voranbringen und wettbewerbsfähig bleiben. Ohne topqualifizierte Fachkräfte gibt es weder eine klimaneutrale Industrie noch eine smarte Produktion.

Der Fachkräftemangel ist längst zu einem erheblichen Risiko für Konjunktur und Wachstum geworden. In Nordrhein-Westfalen verstärken wir mit einer neuen Fachkräfteoffensive deshalb unsere Anstrengungen. Es geht darum, für die duale Ausbildung zu werben, deren Attraktivität zu steigern, für mehr Durchlässigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu sorgen und es Fachkräften aus dem Ausland zu erleichtern, sich bei uns in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft zu integrieren.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen brauchen in Zukunft noch mehr Unterstützung. Diese liefern wir, indem wir zum Beispiel die überbetrieblichen Bildungsstätten ausbauen und das Gründen noch einfacher und attraktiver machen, beispielsweise mit mehr Mitteln für die Meistergründungsprämie.

Völlig klar ist, dass wir auch den Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland brauchen werden. Wir wollen eine unbürokratische und schnelle Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen. Das geht viel zu langsam. Diese Herausforderung „Fachkräftemangel“ wird uns ganz sicher in den kommenden fünf Jahren beschäftigen. Wir packen sie heute schon an.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Zukunft unseres Landes, das sind vor allem unsere Kinder. Wir sehen, dass wir da viel zu tun haben, gerade nach Corona. Oft sind es kleine Summen, mit denen wir vieles verbessern können. Ich bin den regierungstragenden Fraktionen für ihre Veränderungen am Haushalt dankbar. Zusätzliche Mittel für Ferienmaßnahmen und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich „Kinderschutz“ oder mehr Geld für Schwimmenlernen – noch einmal wurde überall für die Kinder draufgelegt.

Das Wichtigste ist: Wir investieren in Bildung. Bildung ist die Grundlage für Wohlstand. Bildung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, ein souveränes Leben.

Bildung fängt in der Kita an. Deshalb ist für uns klar: Wir finanzieren als Land die Sprach-Kitas weiter, weil der Bund sich da leider herauszieht.

Wir müssen bei den Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen besser werden. Das ist die zentrale Startchance in der Wissensgesellschaft, die der Staat jedem Kind geben muss. Ich will es klar sagen: Unsere Grundschüler haben Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Zuhören. Da ist vieles aufzuholen. Wir brauchen deshalb vor allen Dingen mehr Lehrerinnen und Lehrer, gerade in den Grundschulen.

In der vergangenen Woche hat die Schulministerin das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung vorgestellt. Wir wollen mehr Menschen für den Beruf des Grundschullehrers/der Grundschullehrerin gewinnen. Deshalb gehen wir in Nordrhein-Westfalen an die Besoldung heran: A13 für alle. Wir werden unsere Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen genauso bezahlen wie Lehrerinnen und Lehrer an weiterführenden Schulen, damit sich mehr junge Menschen für diesen wichtigen Beruf entscheiden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bis Ende dieser Wahlperiode sind damit Mehrausgaben von 900 Millionen Euro verbunden. Allein im kommenden Jahr schlagen dafür mehr als 100 Millionen Euro zu Buche – 100 Millionen Euro für die Attraktivität des Lehrerberufs; 100 Millionen Euro für bessere Bildung; 100 Millionen Euro für die Zukunft unserer Kinder. Ein ganz wichtiger Punkt dieser Landesregierung wird damit konkret umgesetzt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir machen das Land sicherer. Die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen ist 2021 auf den niedrigsten Stand seit 1985 gesunken. Dieses Minus an Straftaten ist ein echtes Plus an Sicherheit und Lebensqualität für die Menschen in unserem Land. Gleichwohl ist noch viel zu tun. Wir wollen, dass die Zahl der Straftaten weiter herunter- und die Zahl der Polizisten heraufgeht. Bereits im kommenden Jahr werden wir 3.000 neue Polizeikräfte einstellen.

Einen Schwerpunkt werden wir auch künftig auf die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität legen.

Im Kampf gegen Kindesmissbrauch wollen wir die Polizei technisch weiter aufrüsten. Mit der Ausweitung von Childhood-Häusern werden wir Missbrauchsoffern künftig eine noch bessere und vor allen Dingen kindgerechte Betreuung in Strafverfahren ermöglichen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Im Bereich des Katastrophenschutzes haben wir uns eine Generalüberholung vorgenommen, die den Erfahrungen der Flutkatastrophe des vergangenen Jahres Rechnung trägt. Katastrophenschutz besser

machen – auch das schafft Sicherheit in den Krisen dieser Zeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Herausfordernde Zeiten sind es besonders für diejenigen, die alleine sind, die einsam sind, die ihre Sorgen nicht mit jemand anderem teilen können. Einsamkeit ist ein Leid, das wir viel stärker beachten sollten. Nicht immer, aber leider viel zu oft führt Armut zu Einsamkeit. Wem das Geld für eine Tasse Kaffee oder ein Glas Bier mit Freunden fehlt, der zieht sich zurück. Er geht nicht mehr aus, trifft sich nicht mehr mit Freunden und wird einsam. Selbst Menschen, die nach langer Durststrecke wieder in Lohn und Brot stehen und wieder Geld dafür haben, sich die Tasse Kaffee mit Freunden leisten zu können, bleiben oft einsam, weil sie in der Einsamkeit gefangen sind. Darum werden wir den Kampf gegen die Armut auch deshalb intensivieren, weil er zugleich ein Kampf gegen die Einsamkeit ist.

Ich habe mich Anfang Dezember mit den Mitgliedern und Sachverständigen der Enquetekommission „Einsamkeit“ ausgetauscht. Wir haben eine entsprechende Stabsstelle eingerichtet. Wir diskutieren darüber, wie wir Einsamkeit konkret überwinden können, wie wir die Unsichtbarkeit einsamer Menschen überwinden können, wie wir diejenigen sichtbar machen, die einsam und kaum noch sichtbar sind, wie wir sie in die Mitte der Gesellschaft zurückholen.

Jeder und jede von uns kann etwas tun, damit Menschen sich nicht einsam fühlen. Es sind oft ganz kleine Gesten, die helfen – Gesten, die nicht viel Mühe erfordern: die Karte zu Weihnachten an die alleinstehende Witwe in der Nachbarschaft; der Teller mit Plätzchen vor der Tür der alleinerziehenden Mutter oder des alleinerziehenden Vaters, die sich jeden Tag zerreißen, es aber einfach nicht geschafft haben, vor den Weihnachtstagen auch noch mit den Kindern zu backen; der Anruf an Weihnachten bei einem Verwandten oder Bekannten, dem es zuletzt nicht gut ging.

Gerade jetzt in der dunklen Jahreszeit, in der Zeit vor Weihnachten, ist Einsamkeit besonders schlimm. Zeigen wir darum unseren Mitmenschen gerade jetzt, dass wir an sie denken, dass wir sie sehen, dass sie nicht alleine sind. Wenn gute Menschen Gutes tun, kann das eine enorme Kraft haben. Entfesseln wir diese Kraft, nicht nur zu Weihnachten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kolleginnen, es geht ein Jahr zu Ende, das durch Krisen und erschütterte Gewissheiten geprägt war. Alle Demokraten eint, dass wir die Menschen und das Land gut durch diese Zeit bringen wollen. Uns alle eint, dass wir das Erbe, das wir unseren Kindern und Enkeln überlassen werden, fest im Blick haben. Lassen Sie uns deshalb auch im kommenden Jahr im fairen demokratischen Wett-

streit gemeinsam für die Menschen in unserem Land arbeiten. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion der SPD spricht nun der Abgeordnete Herr Zimkeit.

(Unruhe von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD] – Heiterkeit)

**Stefan Zimkeit<sup>\*)</sup>** (SPD): Frau Präsidentin, ich werde alles geben, damit die Unruhe der Koalitionsfraktionen gerechtfertigt ist.

(Heiterkeit von Thorsten Schick [CDU])

Ich hatte tatsächlich die – zugegebenermaßen etwas naive – Hoffnung, dass der Ministerpräsident die Kraft aufbringen würde, in der Debatte zu diesem chaotischsten Haushaltsverfahren unserer Geschichte Fehler einzugestehen, sich vielleicht sogar zu entschuldigen oder diese Fehler zu erklären.

(Zuruf von der CDU)

Diese Kraft hat er nicht aufgebracht. Er hat so getan, als hätte man alles richtig gemacht. Das ist ein Stück weit Realitätsverlust.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Der Ministerpräsident hat die ganze Zeit immer von Sicherheit und Gemeinsamkeit gesprochen. Glauben Sie wirklich, Herr Wüst, dass Sie mit diesem Haushaltsverfahren, mit diesem Chaos, im Land für Sicherheit gesorgt haben? Nein, Sie haben für die größte Unsicherheit seit vielen Jahren gesorgt. Das ist Ihre politische Verantwortung.

(Beifall von der SPD, Dietmar Brockes [FDP] und Dirk Wedel [FDP])

Ihre politische Verantwortung ist auch, dass es hier kaum noch Gemeinsamkeiten zwischen den demokratischen Fraktionen gibt. Wir haben darum gebeten, in einer Ältestenratssitzung noch einmal darüber zu diskutieren, wie man Ihr Chaos ein bisschen strukturieren kann und einen fehlerhaften Antrag, den Sie eingebracht hatten, noch verändern kann. Das haben Sie abgelehnt. Sie haben schlicht und ergreifend wieder unsere Rechte eingeschränkt. In diesem Zusammenhang dann noch von Gemeinsamkeiten zu sprechen, ist einfach nur noch unehrlich.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Dann möchte ich zum weiteren Inhalt kommen. Ich zitiere: Es ist ein unverzügliches Handeln erforderlich, „sodass ein Zuwarten bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2023 nicht verantwortet werden kann.“

Das war die Aussage der Koalitionsfraktionen in ihren Änderungen zum Haushalt 2023. Sie erklären uns, dass es verantwortungslos ist, mit Hilfen bis 2023 zu warten. Jetzt sorgen Sie durch das Zurückziehen des Nachtragshaushalts dafür, dass es genauso kommt, nämlich dass 2022 keine Hilfen mehr ausgezahlt werden können. Ihr Handeln ist nach Ihren eigenen Worten verantwortungslos.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Dann legen Sie uns hier einen Antrag zur erneuten Erklärung der Notlage vor. Demzufolge wurde nichts, aber auch gar nichts gelernt. Er ist in weiten Teilen unverändert gegenüber dem, was Sie vorher beschlossen hatten. Sie sind mit voller Wucht gegen eine Betonwand gerannt, stehen jetzt auf und nehmen Anlauf, um wieder dagegen zu laufen – und das zum Schaden der Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Sie greifen all die Kritik des Landesrechnungshofes eben nicht auf. Wer sich hier wie mehrere Redner der Koalition hinstellt und sagt: „Wir greifen diese Hinweise auf“, der kann die Stellungnahme des Landesrechnungshofes nicht gelesen haben. Sie übergehen nämlich auch bei Ihrem neuen Beschluss weiterhin zentrale Hinweise des Landesrechnungshofes.

Sie arbeiten mit veralteten Zahlen. Sie stützen sich auf ifo-Zahlen, obwohl es seit November längst neue und bessere Zahlen gibt. Diese erwähnen Sie überhaupt nicht, sondern lassen sie weg. Sie halten weiter an der konjunkturellen Begründung des entsprechenden Notlagebeschlusses fest, obwohl dafür überhaupt kein Notlagebeschluss möglich ist, sondern es dafür eine Konjunkturkomponente gibt, die Kreditaufnahmen aus konjunkturellen Gründen anders regelt. Sie stellen die möglichen Einsparungen im 2023er Haushalt weiterhin nicht vernünftig dar und erklären in Ihrem Notlagebeschluss auch die Bedarfe nicht. Damit bleibt der Umfang von 5 Milliarden Euro vollkommen schleierhaft und unbegründet. Sie ignorieren den Landesrechnungshof weiter. Damit gefährden Sie auch die Hilfen für 2023, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Dann stellen Sie sich wieder hierhin und sagen, diejenigen, die darauf hinweisen, dass Sie am Rande der Verfassung agieren, hätten die Verzögerung der Hilfen zu verantworten. Das ist der Versuch, hilfebedürftige Menschen in Nordrhein-Westfalen in Geiselschaft zu nehmen, um die Opposition zu erpressen, ihre Rechte nicht wahrzunehmen. Das ist unverschämte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Lachen von Matthias Kerkhoff [CDU])

Ein paar Sätze zum Verfahren: Für die erste von Ihnen eingebrachte Notlage hatten wir immerhin noch 20 Stunden Beratungszeit. Beim großen Änderungspaket im HFA waren es noch 30 Minuten. Heute, beim zweiten Notlagebeschluss, waren es noch 5 Minuten. Was ist das für ein Umgang mit Abgeordneten- und Parlamentsrechten?

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Grünen haben in der vergangenen Legislaturperiode an diesem Pult immer wieder kritisiert, dass Parlaments-, Abgeordneten- und Oppositionsrechte übergangen worden seien. Das Interesse an diesen Rechten hat bei den Grünen genau so lange angehalten, bis sie in die Regierung gekommen sind. Nun ignorieren sie diese Rechte selbst in unglaublicher Art und Weise.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Herr Schick hat dieses Verfahren vorhin mit einem Winterreifenwechsel verglichen. Sie haben erst Sommerreifen und dann wieder Winterreifen aufgezoogen. Dann haben Sie zwei Sommerreifen zusammen mit zwei Winterreifen montiert. Jetzt ziehen Sie noch einen Winterreifen und einen Sommerreifen auf und wundern sich, dass Sie stehen bleiben und nicht fahren können. Das ist der Ablauf Ihres Verfahrens.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Beifall von der FDP)

Hier wurde viel über die Kommunen gesprochen. Wir haben in Bezug auf das Sondervermögen beantragt, den Kommunen 23 % dieses Sondervermögens zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen, damit sie in der Krise ihre Arbeit machen können. Wenn Sie all das, was Sie hier über die Kommunen gesagt haben – auch Sie, Herr Wüst –, ernst meinen, dann stimmen Sie diesem Antrag zu. Ansonsten ist das mit Ihren Hilfen alles nur hohles Gerede.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Frau Brems hat hier lange und richtigerweise ausgeführt, dass dringend ein Altschuldenfonds eingerichtet werden müsste. Dann tun Sie es.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir legen Ihnen in einem Antrag einen Vorschlag vor, weil Sie in diesem Zusammenhang nichts getan haben. Heben Sie für diesen Antrag doch gleich die Hand.

Wir haben hier ein absolut chaotisches Haushaltsverfahren zu durchlaufen, bei dem die Gefahr besteht, dass die Menschen in diesem Land nachher den Leidtragenden sind. Sie haben immer noch Chancen, dies zu ändern und das Ganze so auf den Weg zu bringen, dass all die Hilfen ankommen können.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Die Hilfen für Jugendliche, für Kinder, für Kitas und für viele andere, die Sie hier beschrieben haben, könnten schließlich längst bei den Menschen angekommen sein, wenn Sie das im Nachtragshaushalt nicht abgelehnt hätten. Jetzt plötzlich in Eile das zu machen, was Ihnen vor ein paar Wochen noch egal war, ist das Merkmal Ihrer Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Beucker.

**Dr. Hartmut Beucker (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen, geehrte Herren! Gestern Abend, nach einem angesichts des bekannten Tohuwabohus parlamentarisch kurzweiligen Nachmittags, bekam ich irgendwie ein Stück des Comedians Torsten Sträter zu sehen. Es ging um den Ausdruck „quality Time“ und den begrifflichen Unsinn, Zeit nach Qualitätsstufen zu unterscheiden. Nach Sträter – und eigentlich hat er recht – ist Zeit Zeit.

Nach den letzten Wochen allerdings würde ich ihn einladen, sich das Haushaltsverfahren hier im Parlament einmal zu Gemüte zu führen und sein Programm diesbezüglich zu überdenken. Wer dieses Verfahren mitgemacht hat, muss sich sicher sein, dass alle andere Zeit qualitativ höher einzuschätzen ist als die dieses Verfahrens.

Was haben wir erlebt? Eine Hetzjagd durch das Verfahren, einen Nachtragshaushalt, der die Ministerialbürokratie fütterte, ein Sondervermögen als Corona-rettungsschirm, aus dem verfassungswidrig Ausgaben für die Energiepreiskrise gespeist werden sollten, einen ersten Entwurf zum zweiten Nachtragshaushalt, der aus etlichen Gründen verfassungswidrig war und zurückgezogen wurde, ein Sondervermögen zur Energiepreiskrise, wobei die Krise wahrheitswidrig dem Krieg und dessen Flüchtlingen in die Schuhe geschoben wird und das mangels schuldenrechtlich begründeter Notsituation ebenfalls verfassungswidrig ist, einen zweiten Entwurf zum zweiten Nachtragshaushalt, der für gerade zehn Tage gelten sollte, neuerlich verfassungswidrig war und auch zurückgezogen wurde, einen Landesrechnungshof, der die Verfassungswidrigkeiten klar benannte, eine Regierungskoalition, die das zunächst nur als eine Meinung unter vielen gelten lassen wollte, ein Parlament, das auf Geheiß der Regierung eine außergewöhnliche Notsituation Anfang Dezember feststellt, Mitte/Ende Dezember dann aber von der Regierung hört, eine solche Situation gebe es doch nicht, es werde sie aber zu Beginn des neuen Jahres geben oder heute oder übermorgen.

Das alles ist ein Treppenwitz, und ich würde lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

Am zweiten Tag der letzten Plenarwoche habe ich hier gefragt, wie die Regierung wohl reagiert, wenn der auch zweite Nachtrag als verfassungswidrig nicht zu halten sein würde? Jetzt wissen wir es.

Immerhin hat sie dem einen oder anderen Fehler abgeholfen. So sind nun nähere Angaben zu Beginn und Dauer der Schuldentilgung gemacht. Von einer mindestens überschlägigen Einschätzung des Finanzbedarfs im Gesetz, wie sie der Landesrechnungshof und die Verfassung fordern, aber weiter keine Spur. Ebenso gibt es keine Angaben zu eventuellen Haushaltsverbesserungen.

Und die Maßnahmen? Sie wollen sich um Sirenen kümmern. Das hat weder was mit Energiepreisen noch mit Flüchtlingsunterbringungen zu tun. Es ist schlicht und einfach unzulässig, weil der Begründungszusammenhang fehlt. Und trotzdem ist die Regierung dank der sie tragenden Fraktionen sicher, die Notfallsituation samt Beeinträchtigung der Finanzlage für 2023 schon in zwei Wochen oder heute oder morgen begründen zu können – und das auch vor dem Hintergrund, dass davon im Rest von Deutschland so gut wie eigentlich nichts zu sehen ist. Und da ist sie wieder: die Realität als Feind der Altparteien.

Einzig mögliche Erklärung für dieses Schauspiel: Sie wollen auf Teufel komm raus auf Vorrat Schulden machen für Ihr schwarz-grünes Wolkenkuckucksheim. Nun denn, Schwarz-Grün stellt mit Mehrheit die Regierung.

Aber gegen eines wehre ich mich entschieden: Der Finanzminister, Herr Dr. Optendrenk, hat es im Finanzausschuss so hingestellt, als seien alle diese verfassungswidrigen Maßnahmen nur eine zulässige Reaktion, weil die Situation so schlimm wäre. Aber selbst Notlagen – selbst wenn sie bestehen würden – rechtfertigen keinen Verfassungsbruch. Das schreiben wir der Regierung ins Stammbuch.

(Beifall von der AfD)

Überlegungen zu dieser Zeit – ich begann mit Torsten Sträter und ende mit Karl Valentin –:

„Über kurz oder lang kann das nimmer länger so weitergehen, außer es dauert noch länger, dann kann man nur sagen, es braucht halt alles seine Zeit, und Zeit wär's, dass es bald anders wird.“

Das hoffen wir, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Für die FDP-Fraktion spricht noch einmal der Fraktionsvorsitzende Höne.

**Henning Höne\*** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Fehler macht, dann zeigt man Größe, wenn man diese klar benennt und das zugibt. Dann zeigt man übrigens auch Führungsstärke. Weder die Redner der Koalitionsfraktionen noch der Ministerpräsident waren dazu heute in der Lage.

Wir haben hier Redner erlebt, die das als kleine Nickeligkeiten abgetan haben: Es war nicht ganz glücklich. Hätte ich mir etwas einfacher vorgestellt. – Meine Damen und Herren, wenn Sie sich das einfacher vorgestellt haben, dann sind Sie wahrscheinlich im falschen Job und in der falschen Rolle, insbesondere in einer solchen Krise.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Auftritt des Ministerpräsidenten heute, auch sein Verhalten jetzt gerade in dieser Sekunde, während der gesamten Debatte,

(Zuruf von der CDU: Lächerlich! – Weitere Zurufe von der CDU)

ist eigentlich nur der Beleg meiner Analyse zu seiner Arbeit und seiner Arbeitshaltung. Herr Ministerpräsident, dieses demonstrative Desinteresse wirkt nicht souverän, es ist respektlos, und es wirkt abgehoben, und das schon nach so wenigen Monaten im Amt. Das ist so.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Nach diesen Tagen und Wochen, nach dem Hin und Her, nach dem Zickzack, nach diesem Chaos, das Sie angerichtet haben, hält der Ministerpräsident eine Rede, in der er überhaupt nicht auf das Verfahren eingeht. Er hält hier eine Rede, die er bei jeder Jahrmärkeröffnung hätte halten können, zum Thema: Was tut die Landesregierung Gutes fürs Land?

(Beifall von der FDP – Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Er zählt die kleinen Projekte und Projektchen auf, die kleinen Hilfen, die man jetzt auf den Weg bringt. Dass Sie jetzt so laut reagieren, zeigt, dass Sie das in Wahrheit wissen. Ihnen muss das doch unangenehm sein, was hier in den letzten Wochen passiert ist.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Der Landtag hat sich in der letzten Legislatur in einer Enquetekommission mit dem Thema „Einsamkeit“ beschäftigt. Ich finde es gut, dass Sie dieses Thema aufgegriffen haben.

(Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, nach diesen Wochen und in dieser Notlage nutzen Sie ernsthaft die Redezeit, um das Signal auszusenden: Stellen Sie doch den Nachbarn mal Plätzchen vor die Tür. – Das kann doch

nicht Ihr Ernst sein, dass Sie so mit der Krise umgehen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Diese Koalition ist in den letzten Wochen mehrfach von der Realität überrannt worden. Sie sind nicht mal nah dran, vor die Lage zu kommen; Sie sind meilenweit dahinter. Und dieses Land ist leider – zu meinem großen Bedauern – in schlechten Händen für diese Krise.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Rainer Schmeltzer:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Höne. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich es sehe, sind das sehr viele Abstimmungen. Ich bitte um etwas Konzentration.

Wir kommen zur Abstimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu einem NRW-Krisenbewältigungsgesetz Drucksache 18/1951. Erstens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2232. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2232 angenommen.**

Wir stimmen zweitens ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/2241. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2241 abgelehnt.**

Wir stimmen nunmehr ab über den Gesetzentwurf Drucksache 18/1951. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/2123, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1951 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in der soeben geänderten Fassung und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 18/1951 in zweiter Lesung in der soeben geänderten Fassung angenommen.**

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2022 hat die Fraktion der AfD zu diesem Gesetzentwurf gemäß § 78 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung die Durchführung einer dritten Lesung beantragt und bereits vorsorglich der Durchführung der dritten Lesung im unmittelbaren Anschluss an die soeben erfolgte zweite Lesung widersprochen. Ferner hat die Fraktion der AfD die Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Nach unserer Geschäftsordnung findet somit eine dritte Lesung dieses Gesetzentwurfs frühestens am morgigen Tage statt. Gestern ist der Landtag für morgen zu einer Sondersitzung einberufen worden, in der die dritte Lesung geplant ist.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD zur Rücküberweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1951 an den Haushalts- und Finanzausschuss. Hierüber entscheidet der Landtag mit Mehrheit. Wir kommen somit zu dieser Abstimmung. Wer stimmt für den Antrag auf Rücküberweisung? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die **Rücküberweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1951 abgelehnt**.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des NRW-Rettungsschirmgesetzes Drucksache 18/1501. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/2122, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1501 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 18/1501 in der Fassung der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen**.

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2022 hat die Fraktion der AfD auch zu diesem Gesetzentwurf gemäß § 78 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung die Durchführung einer dritten Lesung beantragt und bereits vorsorglich der Durchführung der dritten Lesung unmittelbar im Anschluss an die soeben erfolgte zweite Lesung widersprochen. Auch hier hat die Fraktion der AfD die Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Nach unserer Geschäftsordnung findet somit eine dritte Lesung dieses Gesetzentwurfs frühestens am morgigen Tage statt. Gestern ist der Landtag für morgen zu einer Sondersitzung einberufen worden, in der die dritte Lesung geplant ist. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion

der AfD auf Rücküberweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1501 an den Haushalts- und Finanzausschuss. Hierüber entscheidet der Landtag mit Mehrheit.

Wer stimmt dem Antrag auf Rücküberweisung zu? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die **Rücküberweisung des Gesetzentwurfes abgelehnt**.

Wir kommen des Weiteren zu den Abstimmungen in dritter Lesung der Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz 2023 und zum GFG 2023. Die Beratungsverfahren werden hiermit abgeschlossen. Es handelt sich somit jeweils um eine Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wir stimmen ab über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 – GFG 2023). Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/2124, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Drucksachen 18/1100 und 18/1402 (Ergänzung) in der Fassung nach der zweiten Lesung unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksachen 18/1100 und 18/1402 (Ergänzung) in dritter Lesung angenommen und verabschiedet**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2231. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2231 angenommen**.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen zum Haushaltsgesetz 2023 und den hierzu gestellten Änderungsanträgen. Wir werden über jeden Änderungsantrag einzeln abstimmen.

Wir stimmen ab über Drucksache 18/2192. Antragstellerin ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Damit ist

## Anlage 1

### Schreiben der FDP-Fraktion zu der Abstimmung vor Eintritt in die Tagesordnung



#### **Erklärung zur Abstimmung der Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion gemäß § 47 Abs. 2 GO LT**

Die Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion NRW erklären gemäß § 47 Abs. 2 GO LT, dass sie bei der Abstimmung am heutigen 20.12.2022 zur Aufnahme des neuen Beschlusspunktes zur „Einwilligung des Landtags gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2023 in Ausgaben zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und in die Aufnahme von Krediten“ mit Ablehnung votiert haben, da sie erhebliche rechtliche Zweifel unter anderem an der zeitlichen Zulässigkeit dieses Beschlusses haben.

Diese rechtlichen Zweifel sind zunächst unabhängig von einer abschließenden inhaltlichen Positionierung zu den von der Landesregierung geplanten Maßnahmen. Die Abgeordneten vertreten allerdings die Auffassung, dass ein derartiger Beschluss des Landtags sowohl vor der Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) als auch vor der abschließenden dritten Lesung (vorgesehen für den morgigen 21.12.2022) und der erst darauf folgenden Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine (NRW-Krisenbewältigungsgesetz) noch nicht getroffen werden kann.

Zudem haben die Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion ebenfalls gegen die Erweiterung der Tagesordnung um den Beschlusspunkt „Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 b Landeshaushaltsordnung (LHO) in Verbindung mit Artikel 109 Absatz 3 Satz 2, 2. Alternative GG“ gestimmt, da eine sachkritische Auseinandersetzung mit diesem Antrag der Koalitionsfraktionen, der am heutigen Morgen des 20.12.2022 lediglich eine Stunde vor Sitzungsbeginn um 11.00 Uhr vorgelegt wurde, nicht möglich war.



## Unterschriftenliste

der Fraktion der FDP

---

Henning Höne

---

Marcel Hafke

---

Marc Lürbke

---

Angela Freimuth

---

Ralf Witzel

---

Dietmar Brockes

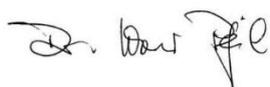
**Freie  
Demokraten**

Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen **FDP**



---

Yvonne Gebauer



---

Dr. Werner Pfeil



---

Prof. Dr. Andreas Pinkwart



---

Dr. Joachim Stamp



---

Dirk Wedel

